

36. Sitzung

am Mittwoch, dem 16. März 2005

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung .	2225		
Abg. Wedler (FDP) zur Geschäftsordnung	2225		
Abg. Kastendiek (CDU) zur Geschäftsordnung	2225		
Abg. Wedler (FDP) zur Geschäftsordnung	2225		
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	2226		
Fragestunde			
1. Auswirkungen der Steueramnestie auf Bremen			
Anfrage der Abgeordneten Frau Wiedemeyer, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 23. Februar 2005	2227		
2. „Chroniker-Programme“ im Lande Bremen			
Anfrage der Abgeordneten Brumma, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 23. Februar 2005	2228		
3. Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer			
Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Februar 2005	2229		
4. „Nachtwanderer“ – Bürgerengagement für mehr Sicherheit			
Anfrage der Abgeordneten Kasper, Kleen, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 24. Februar 2005	2232		
5. Umsetzung der Zeugnisordnung			
Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Kastendiek und Fraktion der CDU vom 28. Februar 2005	2233		
6. Freistellung von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst			
Anfrage des Abgeordneten Wedler (FDP) vom 2. März 2005	2235		
7. Auswirkungen des „Fischer/Volmer-Erlasses“ vom 3. Mai 2000 zur Erteilung von Einreisevisa auf das Land Bremen			
Anfrage des Abgeordneten Wedler (FDP) vom 2. März 2005	2237		
8. Konsequenzen des so genannten Kleinen Waffenscheins			
Anfrage der Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. März 2005	2238		
9. Gravierende Datenschutzmängel bei Hartz IV?			
Anfrage der Abgeordneten Grotheer, Frau Peters-Rehwinkel, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 8. März 2005	2240		
10. Unparteilichkeit und Unabhängigkeit von Sachverständigen bei der Erstattung von Gutachten über öffentliche oder öffentlich geförderte Investitionsprojekte?			
Anfrage der Abgeordneten Grotheer, Frau Busch, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 8. März 2005	2240		
Aktuelle Stunde			
Sparpolitik der großen Koalition – chaotisch und unsozial!			
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	2242		
Abg. Böhrnsen (SPD)	2245		
Abg. Kastendiek (CDU)	2247		
Abg. Wedler (FDP)	2250		
Abg. Tittmann (DVU)	2251		
Bürgermeister Dr. Scherf	2253		
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	2255		
Abg. Tittmann (DVU)	2256		
Abg. Kastendiek (CDU)	2256		

Verkehrssicherheit für Kinder optimieren

Große Anfrage der Fraktionen der CDU
und der SPD
vom 13. Dezember 2004
(Drucksache 16/488)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2005

(Drucksache 16/530)

Abg. Frau Ahrens (CDU)	2257
Abg. Tittmann (DVU)	2259
Abg. Ehmke (SPD)	2260
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) .	2260
Senator Röwekamp	2261

„Lions Quest Programm“ an Schulen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU
und der SPD
vom 23. Dezember 2004
(Drucksache 16/495)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 1. März 2005

(Drucksache 16/557)

Abg. Frau Allers (CDU)	2264
Abg. Frau Schmidtke (SPD)	2266
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ...	2267

Aufbau eines bundesweit einheitlichen Digitalfunknetzes

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 8. März 2005
(Drucksache 16/559)

Abg. Herderhorst (CDU)	2268
Abg. Kleen (SPD)	2269
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	2271
Senator Röwekamp	2272
Abstimmung	2274

Entwicklung der maritimen Ausbildung in Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU
und der SPD
vom 19. Januar 2005
(Drucksache 16/512)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. März 2005

(Drucksache 16/560)

Abg. Frau Akkermann (CDU)	2274
Abg. Grotheer (SPD)	2276
Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)	2277
Senator Lemke	2278

Wirtschaftskraft von unten fördern statt angebotsorientierter Flächenpolitik

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. Februar 2005
(Drucksache 16/542)

Gewerbeflächenentwicklung in Bremen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 15. März 2005
(Drucksache 16/572)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. März 2005

(Drucksache 16/573)

Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)	2280
Abg. Frau Winther (CDU)	2282
Abg. Liess (SPD)	2284
Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)	2285
Abg. Liess (SPD)	2286
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) .	2286
Bürgermeister Dr. Gloystein	2287
Abstimmung	2289

Mündungsbereich der Weser als FFH-Gebiet melden!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Februar 2005
(Drucksache 16/525)

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) ..	2290
Abg. Bödeker (CDU)	2291
Abg. Dr. Schuster (SPD)	2292
Abg. Wedler (FDP)	2293
Senator Eckhoff	2295
Abstimmung	2297

**Zweites Gesetz zur Änderung des Bremischen
Immissionsschutzgesetzes**

Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2005
(Drucksache 16/528)

1. Lesung

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) ..	2297
Abg. Dr. Schuster (SPD)	2298
Abg. Imhoff (CDU)	2298
Senator Eckhoff	2299
Abstimmung	2299
Anhang zum Plenarprotokoll	2300

Entschuldigt fehlt der Abgeordnete Jägers.

Präsident Weber**Vizepräsidentin Dr. Mathes****Schriftführerin Arnold-Cramer****Vizepräsident Ravens****Schriftführerin Böschen****Schriftführerin Hannken**

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

Bürgermeister **Dr. Gloystein** (CDU), Senator für Wirtschaft und Häfen und für Kultur

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr **Eckhoff** (CDU)

Senator für Finanzen **Dr. Nußbaum**

Senator für Inneres und Sport **Röwekamp** (CDU)

Staatsrat **Dr. vom Bruch** (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Köttgen** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrätin **Kramer** (Senator für Bau, Umwelt und Verkehr)

Staatsrat **Lühr** (Senator für Finanzen)

Staatsrat **Mäurer** (Senator für Justiz und Verfassung)

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 36. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich drei Ortsvereine der SPD aus Bremerhaven, eine dreizehnte Klasse des Schulzentrums Carl von Ossietzky aus Bremerhaven, einen Berufsvorbereitungskurs des Aus- und Fortbildungszentrums und der Arbeiterwohlfahrt Bremen sowie zwei Klassen der Gewerblichen Lehranstalten Bremerhaven. Ich hoffe, Sie sind alle da, und begrüße Sie herzlich!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Anhörung des Präsidenten des bremischen Rechnungshofs, Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Willy Wedler, FDP, vom 11. März 2005, Drucksache 16/567.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

(B) Zur Begründung der Dringlichkeit hat Herr Kollege Wedler das Wort.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Angesichts des Chaos in der Haushalts- und Finanzpolitik der Koalition und angesichts der Tatsache, dass führende Repräsentanten der Regierung die katastrophale Haushaltssituation unseres Landes und die Höhe der bremischen Schulden offensichtlich nicht genau kennen und in ihrer verheerenden Wirkung für die öffentlichen Haushalte des Bundeslandes Bremen auch nicht einschätzen können – –.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege, Sie haben sich jetzt zur Geschäftsordnung gemeldet. Wenn Sie inhaltliche Redebeiträge abliefern wollen, können Sie das zu den verschiedenen Tagesordnungspunkten tun. Jetzt bitte ich Sie, zur Geschäftsordnung und zu Ihrem Dringlichkeitsantrag zu sprechen!

Abg. **Wedler** (FDP): Das wollte ich auch tun. Dann drehe ich das herum, die Juristen kennen das, fange mit dem Ergebnis an und werde dann die Begründung dazu liefern.

Ich beantrage hiermit, meinen Antrag als dringlich anzuerkennen und diesen Antrag im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt Nachtragshaushalt 2005 zu behandeln, denn dort gehört er sachlich hin.

Im Übrigen handelt es sich bei diesem Antrag nach meiner Auffassung um einen Antrag nach der Geschäftsordnung, der dann auch zunächst aufzurufen wäre. Dies beantrage ich hiermit, und um Ihnen das Geschäft an dieser Stelle etwas zu erleichtern, kann ich den Antrag ja insofern ändern, als ich das Wort „Dringlichkeitsantrag“ durch „Geschäftsordnungsantrag“ ersetze. Damit ist das Thema dann, glaube ich, auch eindeutig titulierte, und damit ist das auch eine eindeutige Klarstellung dessen, was hiermit beabsichtigt ist.

Wir haben erst kürzlich der Presse entnehmen können, dass führende Repräsentanten unseres Senats mit den Schuldenzahlen und mit den verheerenden Wirkungen nicht umgehen können.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege Wedler, Sie versuchen jetzt zum zweiten Mal, inhaltlich zu sprechen. Sie haben Ihren Geschäftsordnungsantrag begründet, und dem haben Sie jetzt Genüge getan. Wir haben das verstanden, und jetzt können Sie wieder Platz nehmen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU – Abg. **Wedler** [FDP]: Dann werde ich dem auch folgen, Sie haben völlig Recht!)

(D) Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wedler, jetzt haben Sie Ihren Auftritt hier am Beginn der Plenarsitzung gehabt. Sie müssen sich schon entscheiden: Wollen Sie jetzt einen Dringlichkeitsantrag oder einen Geschäftsordnungsantrag stellen? Wenn Sie einen Geschäftsordnungsantrag stellen wollen, dann müssen Sie Ihren Dringlichkeitsantrag jetzt zurückziehen, und dann können Sie Ihren Geschäftsordnungsantrag zu dem jeweiligen Tagesordnungspunkt stellen. Wenn Sie jetzt einen Dringlichkeitsantrag stellen wollen, dann lassen Sie es so, wie es ist, dann stimmen wir der Dringlichkeit zu, aber nehmen Ihren Geschäftsordnungsantrag nicht zur Kenntnis!

Sie sollten also jetzt genau erklären, was Sie wollen, und hier nicht Verwirrung schaffen! Vielleicht liegt es auch ein bisschen daran, dass Sie selbst nicht so genau wissen, was Sie wollen!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Bitte, Herr Kollege Wedler, zur Geschäftsordnung!

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß sehr genau, was ich will. Ich möchte nämlich in der Sache, dass dieses Thema im

- (A) Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt behandelt wird und dass es gleich als erster Punkt bei diesem Tagesordnungspunkt aufgerufen wird, deswegen diese Geschäftsordnungssituation, die ich darin sehe. Das ist mein Anliegen, und ich bitte, dass Sie dem auch so zustimmen!

Präsident Weber: Also soll ich den Antrag jetzt als Dringlichkeitsantrag abstimmen lassen?

(Abg. *W e d l e r* [FDP]: Ja!)

Ich lasse ihn jetzt als Dringlichkeitsantrag abstimmen.

Wer, meine Damen und Herren, einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

War es das jetzt, Herr Wedler? Ist alles in Ordnung?

- (B) (Abg. *W e d l e r* [FDP]: An dem Punkt erst einmal! – Abg. Frau *H ö v e l m a n n* [SPD]: Alles wird gut!)

2. Gewerbeflächenentwicklung in Bremen, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 15. März 2005, Drucksache 16/542.

Ich lasse zuerst über die dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit dem Tagesordnungspunkt 18, Wirtschaftskraft von unten fördern statt angebotsorientierter Flächenpolitik, vor.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. – Dann sind Sie damit einverstanden.

Die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

(C)

1. Neubau eines Wasserkraftwerkes am Weserwehr Bremen
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 8. März 2005
(Drucksache 16/558)
2. Parlamentarische Kontrolle der akustischen Wohnraumüberwachung im Bereich der Strafverfolgung
Mitteilung des Senats vom 8. März 2005
(Drucksache 16/562)
3. Europäische Dienstleistungsrichtlinie im Bereich der Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 15. März 2005
(Drucksache 16/570)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der April-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Regionalwirtschaftliche und fiskalische Effekte aufgrund Medienberichterstattung
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 23. November 2004
2. Konsumtive Einsparungen im Konzern Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 13. Januar 2005
3. Nutzung der Ordnungsmaßnahmenverordnung an Bremer Schulen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 18. Januar 2005
D a z u
Antwort des Senats vom 8. März 2005
(Drucksache 16/563)
4. Die Arbeitsmarktsituation im Lande Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 15. Februar 2005
5. Sicherung der Qualitätsstandards in der Schönheitschirurgie
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 15. Februar 2005
6. Kfz-Steuer-Aufkommen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 15. Februar 2005
D a z u
Antwort des Senats vom 8. März 2005
(Drucksache 16/564)

(D)

- (A)
7. Sachstand und Perspektiven der Schulbegleitforschung
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Februar 2005
D a z u
Antwort des Senats vom 8. März 2005 (Drucksache 16/565)
 8. Fahrgastrechte im öffentlichen Schienen-Personennahverkehr in Bremen und der Region
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Februar 2005
 9. Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Sanierungszeitraum
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. März 2005
 10. Fundraising der öffentlichen Hochschulen im Lande Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 15. März 2005

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes sechs, Bedeutung und Nutzen von Geodateninformationen für Bremen und Bremerhaven, der miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte zehn, Regionaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven, und zwölf, Regionaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs und Ausbildungsplatzsituation im Land Bremen, des Tagesordnungspunktes elf, Modernisierung der beruflichen Bildung, des Tagesordnungspunktes 13, Gemeinsame Entwicklungsstrategie Nord-West, des Tagesordnungspunktes 14, Bedarfsgerechte Versorgung für pflegebedürftige Menschen, des Tagesordnungspunktes 16, Bedeutung und Stärkung der Umweltwirtschaft im Lande Bremen, und des Tagesordnungspunktes 23, Tierversuche im Land Bremen.

Des Weiteren wurden interfraktionelle Absprachen getroffen zur Verbindung der Tagesordnungspunkte 25 bis 27, 26. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz, Stellungnahme des Senats dazu und Bericht und Antrag des Rechtsausschusses, und der Punkte außerhalb der Tagesordnung, die sich mit dem Bremischen Landesmediengesetz befassen, Bremisches Landesmediengesetz, Drucksache 16/500, und Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten dazu, Drucksache 16/568, sowie zur Vereinbarung von Redezeiten bei zwei Tagesordnungspunkten.

Hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) wurde vereinbart, dass heute gegen 16 Uhr der Tagesordnungspunkt 18, Wirtschaftskraft von unten fördern statt angebotsorien-

tierter Flächenpolitik, in Verbindung mit dem Punkt außerhalb der Tagesordnung, Drucksache 16/572, aufgerufen wird, ohne die Aussprache zu einem anderen Tagesordnungspunkt zu unterbrechen.

Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) am Donnerstagvormittag beginnt mit dem Punkt außerhalb der Tagesordnung, der sich mit dem Nachtragshaushalt 2005, Drucksache 16/571, befasst. Nach der Einbringung durch den Senator für Finanzen, Herrn Dr. Nußbaum, erhält zuerst der Redner der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dann der Vertreter der SPD-Fraktion und danach der Redner der CDU-Fraktion das Wort.

Im Anschluss an den Nachtragshaushalt werden die Punkte außerhalb der Tagesordnung, die sich mit dem Bremischen Landesmediengesetz befassen, aufgerufen.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) liegen elf frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt die Überschrift **„Auswirkungen der Steueramnestie auf Bremen“**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Wiedemeyer, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Wiedemeyer!

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Steuerpflichtige haben die Steueramnestie genutzt und im vergangenen Jahr „Schwarzgelder“ angemeldet und versteuert?

Zweitens: Wie hoch waren im Jahr 2004 insgesamt und im ersten Quartal 2005 die Steuerzahlungen, die unter die Amnestie fallen?

Drittens: Wie hoch schätzt der Senat das zusätzliche Steueraufkommen, das durch Steuerehrlichkeit generiert werden kann?

(C)

(D)

(A) **Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Im Land Bremen haben im vergangenen Jahr 357 Steuerpflichtige die Steueramnestie genutzt.

Zu Frage zwei: Die Steuerzahlungen, die unter die Amnestie fallen, betragen im Jahr 2004 22.810.804 Euro und im Jahr 2005, Januar, 3.615.606 Euro.

Zu Frage drei: Eine realistische Schätzung des zusätzlichen Steueraufkommens, das durch Steuerehrlichkeit generiert werden kann, ist mangels geeigneter Schätzungsgrundlagen nicht möglich. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte, Frau Wiedemeyer!

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Können Sie mir sagen, wie hoch der Anteil der Gelder ist, die nach Verrechnung im Land Bremen bleiben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

(B) **Senator Dr. Nußbaum:** Die einzelnen Steuerzahlungen, die aus unterschiedlichen Steuertatbeständen herauskommen können, also Erbschaftssteuer, Umsatzsteuer, Körperschaftssteuer oder Einkommensteuer, werden nach diesem StraBEG, das ist das entsprechende Gesetz, nicht den einzelnen Steuerarten zugeordnet, sondern sie werden als Einkommensteuer gewertet und fallen damit als Einkommensteuer in die Einkommensteuersystematik des Länderfinanzausgleichs an, und das heißt, dass für Bremen im Jahr 2004 zirka 8,5 Millionen Euro übrig bleiben und für das Jahr 2005 zirka 1,8 Millionen Euro.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Haben Sie Erkenntnisse darüber, wie sich die Auswirkungen in Bremen im Verhältnis zu den anderen verhalten, ob wir da besonders viele Fälle haben oder ob wir da im Schnitt liegen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Wenn Sie einmal die Zahl der Erklärungen sehen, sagte ich ja, waren das für Bremen im Jahr 2004 357, im gesamten Bundesgebiet waren es 34.428. Das ist ungefähr eine Relation von einem Prozent, und im Januar war es in etwa

genauso. Das Gleiche bezieht sich auch auf das Aufkommen, das sich in etwa wie die Zahl der entsprechenden Erklärungen abbildet.

(C)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage bezieht sich auf „**Chroniker-Programme**“ im Lande Bremen. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Brumma, Böhmsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Brumma!

Abg. **Brumma** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie werden die „Chroniker-Programme“ von den Ärzten, Kliniken und Krankenkassen im Lande Bremen angenommen?

Zweitens: Inwieweit verbessern diese Programme die Behandlung der Patienten?

Drittens: Was müsste an diesen Programmen aus Sicht des Senats noch verbessert werden?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Bis Ende Februar 2005 beteiligten sich an dem strukturierten Behandlungsprogramm „Diabetes Typ 2“, DMP Diabetes, 365 Ärzte und sechs Krankenhäuser, an dem strukturierten Behandlungsprogramm „Brustkrebs“, DMP Brustkrebs, 83 Ärzte und fünf Krankenhäuser. Dabei handelt es sich beim DMP Diabetes um knapp 90 Prozent und beim DMP Brustkrebs um knapp 75 Prozent der Ärzte der angesprochenen Fachgruppen. Tatsächlich haben jedoch nicht alle Ärzte, die ihre Teilnahme erklärt haben, auch tatsächlich Patienten in die Programme eingeschrieben.

(D)

Beim DMP Diabetes wurden seit dem 1. Juli 2003 insgesamt 14 300 und beim DMP Brustkrebs seit dem 1. Juli 2004 knapp 900 Teilnahmeerklärungen erstellt. Davon dürfte allerdings ein Teil unwirksam sein, und zwar wegen der bekannten Startschwierigkeiten bei der Datenverarbeitung oder wegen fehlender, nicht vollständiger oder nicht fristgerecht vorgelegter medizinischer Dokumentationen.

Alle in Bremen tätigen Krankenkassen sind über die Verträge in die Programme einbezogen. Ob in allen Fällen auch Akkreditierungsanträge für die Programme beim Bundesversicherungsamt gestellt wurden, ist nicht bekannt.

Zu Frage zwei: Angesichts der vergleichsweise kurzen Zeit seit dem jeweiligen Start lassen sich belastbare Zahlen zur qualitativen Verbesserung der Behandlung noch nicht vorlegen. Bisherige Auswer-

(A) tungen der medizinischen Parameter im DMP Diabetes lassen nach Auskunft der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen und der bremischen Krankenhausesgesellschaft lediglich eine sehr geringe Verbesserung der HbA1c- beziehungsweise Blutdruckwerte erkennen. Ob dies zu einer dauerhaften oder signifikanten Verbesserung führt, lässt sich derzeit noch nicht beurteilen. Es liegt aber der Schluss nahe, dass auch ohne DMP die Behandlung auf medizinisch hohem Niveau stattgefunden hat.

Nach Auskunft der Krankenkassen nahm die Zahl der Patientenschulungen deutlich zu, verbesserte sich die Patienteninformation durch Ärzte und Krankenkassen und wurden Qualitätsstandards für Krankenhäuser verbindlich festgelegt. Andererseits führten die gesetzlich vorgegebene Systematik zur inhaltlichen Beschreibung der Programme und die Kompromissergebnisse der Beratungen im Gemeinsamen Bundesausschuss dazu, dass weitergehende Versorgungsansätze nicht mehr verfolgt werden. Abschließende Antworten – auch zur These von der Versorgungsverbesserung und zur Entwicklung der Lebensqualität der Patienten – werden von den vereinbarten Qualitätssicherungsmaßnahmen und der gesetzlich vorgeschriebenen Programmevaluation erwartet.

(B) Zu Frage drei: Die beteiligten Krankenkassen, Ärzte und Krankenhäuser befürworten eine Vereinfachung und Verschlankung der Programme. Sie binden bei den Leistungserbringern erhebliche Ressourcen, beispielsweise beim Ausfüllen der Dokumentationsbögen, und verursachen bei den Krankenkassen wegen der Verbindung von Ausgleichszahlungen mit medizinischen Programminhalten einen immensen Aufwand für die rechtssichere Programmdurchführung und die Zulassung durch das Bundesversicherungsamt.

Der Senat schließt sich der Forderung nach Vereinfachung und Verschlankung der Programme an. Er weist jedoch darauf hin, dass die Anbindung der Behandlungsprogramme an den Risikostrukturausgleich politisch gewollt ist und damit Einfluss auf die Forderung nach Rechtssicherheit bei Programmzulassung und -durchführung hat. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte, Herr Brumma!

Abg. **Brumma** (SPD): Ich danke Ihnen für die umfangreiche Antwort! Ich gehe davon aus, dass Sie weiterhin das Feld beobachten und sich da in Zukunft Erfolge einstellen werden.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Sie können davon ausgehen, dass wir das Feld, wie Sie so nett gesagt haben, natürlich beobachten. Es sind ja auch noch weitere DMP in

Vorbereitung, zum Beispiel zum Asthma und zu koronaren Herzkrankheiten. Die Erfahrungen, die mit den ersten beiden DMP-Programmen gesammelt werden, werden sicherlich dann auch in die neuen DMP eingehen, die in Vorbereitung sind.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte, Frau Dr. Mohr-Lüllmann!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Ich hätte eine Frage, und zwar sagen Sie zu Frage drei, der Senat schließt sich der Forderung nach Vereinfachung und Verschlankung der Programme an. Da hätte ich dann doch gern gewusst, gibt es da konkrete Vorstellungen, was der Senat fordern könnte, zum Beispiel Vereinfachung der DMP-Programme hinsichtlich Verständlichkeit für den Patienten oder hinsichtlich der Datenerfassung, oder was sind da so die Vorstellungen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Die Vorstellungen gehen genau in die von Ihnen beschriebene Richtung. Ich glaube, die Patienteninformation, was ich verfolge, ist in Bezug auf die Verständlichkeit schon relativ gut gelungen. Das zeigt ja auch, dass da der Anteil der Informationspolitik deutlich zugenommen hat. Die Patienten fühlen sich offensichtlich besser informiert, das ist ja ein erstes Ergebnis. Was man sicherlich verschlanken muss, ist die Datenerfassung, die Vielfalt der Datenflut. Es klagen ja alle über diesen hohen Bürokratisierungseffekt. Da müssen wir gemeinsam noch einmal, insbesondere mit den Kassen, denke ich, sehen, wie man das besser darstellen kann.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage trägt den Titel „**Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die vermehrten Überlastanzeigen von Grundschullehrerinnen und -lehrern in Bremen und insbesondere auch in Bremerhaven?

Zweitens: Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte zu vermindern?

Drittens: Welche konkreten Gründe führen die Lehrkräfte für ihre Überlastanzeigen an?

(C)

(D)

(A) **Präsident Weber:** Zur Beantwortung hat das Wort Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat ist sich bewusst, dass die Maßnahmen, die mit dem notwendigen Ziel der Qualitätsverbesserung in Schule und Unterricht durchgeführt beziehungsweise eingeleitet worden sind, für die einzelnen Lehrkräfte eine hohe Belastung darstellen. Die Gleichzeitigkeit landesweiter und auf die Stadtgemeinde Bremerhaven bezogener Aktivitäten hat dabei offenbar in Bremerhaven zu besonderen Belastungen geführt.

Zu den Fragen zwei und drei: Von Schulleitungen und Vertretungen der Lehrkräfte wird in der Regel nicht die Notwendigkeit der einzelnen Maßnahmen kritisiert, sondern die Tatsache, dass die Bearbeitung der einzelnen Maßnahmen nahezu gleichzeitig erfolgen sollte und zum Teil unzureichende Hilfsmittel bereitstanden. Außerdem wird eine generelle Arbeitsentlastung der Lehrkräfte gefordert.

Der Senator für Bildung und Wissenschaft wird in Absprache mit dem Magistrat der Stadt Bremerhaven dafür sorgen, dass künftig eine bessere Absprache bezüglich der Erledigung von Aufgaben auf der Landes- und der kommunalen Ebene erfolgt und dass dort, wo immer dies möglich ist, bessere technische Hilfen bei schematischen Abfragen zur Verfügung gestellt werden. Der Senat sieht sich allerdings nicht in der Lage, die generelle Arbeitsbelastung der Lehrkräfte durch eine Senkung der Pflichtstunden für Lehrkräfte zu reduzieren. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr, Frau Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, besonders die Teilzeitkräfte haben ja meines Wissens vermehrt Überlastanzeigen gestellt. Wird es in irgendeiner Form Entlastung in Form von Kompensationsstunden oder Entlastungsstunden geben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich glaube, angesichts der Haushaltslage wird es eher genau andersherum sein, dass wir genau jede einzelne Entlastungsstunde auf den Prüfstand stellen müssen. Es kann angesichts der dramatischen Haushaltslage nicht erwartet werden, dass wir hier weitere Entlastungsstunden für Lehrkräfte zur Verfügung stellen können.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, wie reagieren Sie, wenn vermehrt jetzt in Bremerhaven die Arbeitskräfte über hohe Arbeitsbelastung klagen und die Klagen auch, wie Sie geschildert haben, berechtigt sind? Welche konkreten Angebote machen Sie den Lehrkräften?

(C)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Um Ihnen ein konkretes Beispiel zu bringen: Es gab Überlastanzeigen im Zusammenhang mit der Evaluation und der Auswertung von Lehrern. Da habe ich ja nicht nur den Bremerhavener, sondern auch den Bremer Lehrkräften gesagt, dass wir sie nächstes Mal bei der Eingabe der Ergebnisse in das Netz besser unterstützen wollen. Hier haben offensichtlich einige Lehrkräfte ganz große Probleme bei der Eingabe ihrer Ergebnisse gehabt, technische Probleme, aber auch Probleme, weil einige Kolleginnen noch nicht so mit dem Medium Computer umgehen, wie wir uns das wünschen. Beide Aspekte sind dort zu berücksichtigen. Ich habe den Lehrkräften in Bremen und Bremerhaven zugesagt, dass wir ihnen nächstes Mal, also im September, verstärkt Hilfsmittel zur Verfügung stellen werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, in welcher Form ist der Dezernent Professor Dr. Weiß auf Sie als Bildungssenator zugegangen?

(D)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Er hat mich um Unterstützung in dieser Frage gebeten, und ich habe ihm Unterstützung, soweit das der Etat zulässt, auch zugesagt.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Da möchte ich noch einmal konkret nachfragen, Herr Senator: Unterstützung in welcher Form, um welche Unterstützung hat Herr Professor Dr. Weiß gebeten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Er hat mir zunächst einmal mitgeteilt, wie sich die Ausgangssituation in Bremerhaven darstellt, hat um einen Termin gebeten, den wir in den nächsten zwei, drei Wochen in Bremen machen werden. Ich habe ihm aber gesagt, wie wir uns in Bremen diesbezüglich auch gegenüber dem Personalrat positioniert haben, was die Arbeitserleichterung bei VERA angeht, und außerdem haben wir uns verabredet, die Absprachen zwischen Landes- und kommunalen Aktivitäten besser aufeinander abzustimmen.

(A) **Präsident Weber:** Zu einer weiteren Zusatzfrage der Abgeordnete Wedler!

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Senator, finden Sie das eigentlich gerecht, diese Ungleichbehandlung zwischen den Vollzeit- und den Teilzeitkräften, was die Verwaltungsarbeit der Lehrer angeht? Die Vollzeitkräfte bekommen ja volles Gehalt für ihre Unterrichtstätigkeit und für die damit verbundene Verwaltungstätigkeit, und die Teilzeitkräfte bekommen reduziertes Gehalt, müssen aber die volle Verwaltungsarbeit leisten. Finden Sie das eigentlich gerecht?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Was ist in dem Zusammenhang unter gerecht zu verstehen? Dass ich von einer Lehrkraft, die sich entscheidet, an der Schule mit reduzierter Stundenanzahl zu arbeiten, erwarte, dass sie an den Konferenzen teilnimmt, in denen es um ihre Kinder geht? Das finde ich allerdings gerecht. Da hat sie dabei zu sein, da kann sie nicht nach einer Dreiviertelstunde aufstehen und sagen, die Sitzung dauert eigentlich eine Stunde, aber ich bin ja eine Dreivierteltkraft, jetzt verlasse ich die Konferenz. Das muss man sich vorher überlegen, bevor man um eine Reduzierung nachfragt.

(B) Wir bemühen uns, das auszugleichen. Wir sind in einem ständigen Dialog mit den Personalräten, um das erträglich zu gestalten, aber auf gewisse Dinge in der Koordinierung, wenn es um die Kinder geht, kann ich nicht verzichten und kann nicht sagen, es ist okay, Sie haben eine Teilzeitstelle, nun verlassen Sie einmal die Konferenz! Wenn Sie das mit Verwaltungstätigkeit meinen, das ist ja nun auch eine Definitionsfrage. Lehrkräfte bereiten Unterricht vor und nach, das ist in dem Sinne überhaupt keine Verwaltungstätigkeit, sondern ist eine rein unterrichtsvorbereitende und -nachbereitende Maßnahme, die hat mit Verwaltung nichts zu tun. Wenn es darum geht, das Klassenbuch zu führen, wenn Sie das als Verwaltungstätigkeit ansprechen, dann erwarte ich, dass das Klassenbuch auch von einer Teilzeitkraft geführt wird. Das ist also ein etwas komplexeres Thema, aber jeder Lehrer kann das für sich entscheiden, ob er eine Teilzeitstelle nimmt oder eine Vollzeitstelle, und dann haben wir festzulegen, in welchem Rahmen er dort seinen Verpflichtungen als Lehrkraft, auch als Teilzeitlehrkraft nachkommt. Wir wollen das so gerecht wie möglich machen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Wedler** (FDP): Ich finde das ein bisschen zynisch, muss ich offen sagen, Herr Senator. Wenn Sie einmal in Ihr Ressort schauen und sich Ihre Verwaltungsleute anschauen, dort gibt es ja auch Teilzeitkräfte, die Teilzeit arbeiten und auch entsprechendes Gehalt beziehen. Die werden sich, was die Ar-

beit betrifft, auch entsprechend verhalten, das heißt, die gehen nach 30 oder 35 Stunden nach Hause und haben dann nicht diese Überlastquote im Verwaltungsbereich zu erfüllen, die Sie den Teilzeitlehrkräften zumuten. Finden Sie das gerecht?

(C)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Nein, ich finde das überhaupt nicht zynisch, sondern ich habe Ihnen sehr sachlich dargestellt, wie ich die Problematik sehe. In meiner Behörde kann auch keiner der Mitarbeiter, der sich in einer Teilzeitbeschäftigung befindet, in einer Besprechung, in einer Arbeitsgruppe nach einer gewissen Zeit die Sitzung verlassen, weil er nur eine Teilzeitbeschäftigung hat. Das ist üblich so, und ich darf Sie vielleicht einmal darauf hinweisen, dass Unternehmer insbesondere gern Teilzeitbeschäftigte nehmen, weil sie mit einer hohen Motivation und meistens über die eigentlich notwendige Zeit hinaus bereit sind zu arbeiten. Das ist auch nicht zynisch, sondern das ist ein Faktum. Da fragen Sie einmal die entsprechenden Menschen, die dort arbeiten! Das ist ein Nachteil für den Arbeitnehmer, das ist ein Vorteil für den Arbeitgeber, und das hat mit Zynismus nichts zu tun.

Außerdem darf ich Sie in diesem Zusammenhang einmal darauf hinweisen, wenn Sie dem Haus Zeugnisse vortragen, dann achten Sie bitte darauf, dass es sich um die aktuellen Zeugnisse handelt! Ich bin dieser Sache nämlich nachgegangen und habe dann festgestellt, dass Sie mit einem Zeugnis gekommen sind, das hier im letzten Jahr verwandt worden ist. Das ist dann etwas kontraproduktiv für die Abgeordneten, die dann annehmen, dass die Politik des Bildungssenators noch nicht durchgreift, zumindest nicht in Bremerhaven. Das ist dann doch in diesem Fall so gewesen, das möchte ich Ihnen einmal en passant sagen.

(D)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Wedler** (FDP): Sie lenken damit schön ab, aber noch einmal zurück zum Thema! Gibt es für Ihre Mitarbeiter im Hause, wenn sie teilzeitbeschäftigt sind und solche zusätzlichen Arbeiten verrichten müssen, nicht Ausgleichsmechanismen, die adäquat sind?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Es gibt ganz klare Absprachen, was ein Teilzeitarbeitnehmer zu erbringen hat, da gibt es Vereinbarungen. Wir achten sehr darauf, dass diese Vereinbarungen eingehalten werden, aber es gibt Grenzen bei diesen Prozessen. Die habe ich Ihnen jetzt zweimal erklärt, und ich glaube, Sie haben auch verstanden, weshalb ich Wert darauf lege, dass, wenn es um eine Klassenkonferenz geht, dort eine Teilzeit-

(A) kraft nicht sagen kann, ich habe eine Teilzeitbeschäftigung, und ich verlasse jetzt diese Konferenz. Ich sage, der Schulleiter hat dafür zu sorgen, dass die Schüler im Mittelpunkt stehen und nicht die Arbeitszeiten der Lehrkräfte.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage betrifft das Projekt „**Nachtwanderer**“ – **Bürgerengagement für mehr Sicherheit**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Kasper, Kleen, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Kasper** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat das in Bremen-Nord initiierte Projekt „Nachtwanderer“, bei dem Bürgerinnen und Bürger durch ihre Präsenz an öffentlichen Brennpunkten helfen wollen, Konflikte zu vermeiden beziehungsweise bei Konflikten zu schlichten?

Zweitens: Welche sozialgeographischen Voraussetzungen machen nach Ansicht des Senats an bestimmten Orten solche „Nachtwanderer“ besonders hilfreich?

(B) Drittens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, dieses Projekt auch in anderen Stadtteilen in Bremen und Bremerhaven zu etablieren?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Röwekamp.

Senator Röwekamp: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat sieht in dem Projekt „Nachtwanderer“, das seit dem 14. Dezember 2004 von freiwillig und ehrenamtlich tätigen Eltern und anderen Erwachsenen umgesetzt wird, ein wirksames Element im Rahmen einer gesamtgesellschaftlich ausgerichteten Kriminalprävention. Die ersten Reaktionen der Beteiligten auf den bisherigen Projektverlauf sind durchweg positiv ausgefallen. Eine umfassende Bewertung ist aufgrund der kurzen Projektdauer jedoch noch nicht möglich.

Zu Frage zwei: Das Projekt „Nachtwanderer“ beabsichtigt, dass freiwillig und ehrenamtlich tätige Eltern und andere Erwachsene freitags und samstags in der Zeit zwischen 22 Uhr und drei Uhr an Örtlichkeiten, die von Jugendlichen besonders frequentiert werden, sowie in Bussen und Bahnen präsent sind, um Ansprechpartner für die jungen Menschen zu sein. Neben den Fahrzeugen des Öffentlichen Personennahverkehrs zählen hierzu vornehmlich der Bahnhof Vegesack, Diskotheken inklusive der Anfahrts-

wege sowie Orte, an denen besondere Veranstaltungen stattfinden.

(C)

Zu Frage drei: Der Senat wird eine Ausweitung des Projektes „Nachtwanderer“ auf andere Stadtteile in Bremen sowie in Bremerhaven unterstützen, wenn umfassende Ergebnisse über den Projektverlauf in Bremen-Nord vorliegen und diese eine Ausdehnung rechtfertigen. Dies hängt ferner davon ab, ob sich weitere Bürgerinnen und Bürger für eine Mitarbeit in diesem Projekt engagieren.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege? – Bitte sehr!

Abg. **Kasper** (SPD): Wird vom Senat erwogen, mit den niedersächsischen Umlandgemeinden Kontakt aufzunehmen, um auch dort eine Beteiligung und Ausweitung des Projektes zu initiieren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Röwekamp: Es handelt sich um ein Projekt, das im Wesentlichen von seiner Freiwilligkeit geprägt ist und von ehrenamtlich tätigen Menschen, die das mit viel Engagement und Begeisterung machen. Es spricht nichts dagegen, dass sich auch Eltern aus den Umlandgemeinden an der Aktion „Nachtwanderer“ in Bremen beteiligen, aber es hängt maßgeblich davon ab, dass wir genug junge Erwachsene finden, die bereit sind, sich in dieses Projekt einzubringen. Wir werden es sehr genau zu untersuchen haben. Wir wollen das Projekt jetzt nicht durch Aufblähung gefährden, wir wollen erst einmal, dass es schön in Bremen-Nord so funktioniert und es genug Leute dafür gibt. Wenn das gelingt, kann man darüber nachdenken, ob man es vielleicht auch in anderen Gemeinden und vielleicht auch in anderen Stadtteilen Bremens macht.

(D)

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Kasper** (SPD): Wenn Sie sagen, wir wollen diesen Probelauf abwarten, was natürlich auch vernünftig ist, möchte ich aber trotzdem jetzt schon fragen: Ist von Seiten des Senats eine Verknüpfung des Projektes mit den örtlich bereits installierten Präventionsräten angedacht? Ich denke, das würde auch Sinn machen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Röwekamp: Wir haben gerade in der letzten Woche den Präventionsrat Bremen-Nord gegründet, wo viele Menschen sich auch über die bisherigen Präventionsgremien hinaus engagieren und dabei sind. Das Projekt „Nachtwanderer“ ist ein ganz zentrales Element in der Präventionsarbeit in Bremen-Nord und wird sicherlich auch vom Präventionsrat in Bremen-Nord unterstützt. Alle Initiatoren der In-

(A) itiative „Nachtwanderer“ waren auch beim Präventionsrat in Bremen-Nord beteiligt. Ich finde, das ist ein gutes Zeichen für Bremen-Nord.

(Abg. K a s p e r [SPD]: Danke!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Umsetzung der Zeugnisordnung**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Rohmeyer, Kastendiek und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Durch welche Maßnahmen werden die Schulen im Lande Bremen in die Lage versetzt, die in der Zeugnisordnung vorgesehene individuelle Förderung bei einer Versetzungsgefährdung durchzuführen?

Welche Planungen bestehen im Senat, um ein Ferienschulangebot sicherzustellen, das diese individuelle Förderung beinhaltet?

Wie werden die getroffenen Maßnahmen evaluiert?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Lemke.

(B)

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Im Herbst 2004 sind die Schulleitungen der Schulen im Lande Bremen über die neuen Inhalte der Zeugnisordnung im Rahmen von Dienstbesprechungen ausführlich informiert worden. So erhielten alle Schulleitungen konkrete Hinweise, mit welchen Mitteln der neue Paragraph 18 a zur Zeugnisvorberatung und Förderplanung umzusetzen ist.

Den Schulleitungen wurde ein Leitfaden zum Fördern als Prinzip und Praxis der Schularbeit zur Verfügung gestellt. Der Leitfaden enthält Tipps, wie Fördermaßnahmen inhaltlich und organisatorisch im Unterricht und außerhalb des Unterrichts gestaltet werden können. Ergänzend zu dem Leitfaden wurde den Schulen ein Formular zur Förderempfehlung an die Hand gegeben, in dem für jedes betroffene Kind die Note in dem jeweiligem Fach schriftlich begründet wird, die Lernschwierigkeit beschrieben wird und Hinweise zur ihrer Behebung gegeben werden. Dazu kommen schließlich beispielhaft formulierte Förderempfehlungen, die den Lehrkräften den Umgang mit diesem Instrument veranschaulichen und erleichtern sollen.

Unverändert können Schulen für klassenübergreifende besondere Fördermaßnahmen Ressourcen beantragen, die kontraktiert und evaluiert werden.

Seit dem vergangenen Schuljahr bietet das Landesinstitut für Schule verstärkt Lehrerfortbildungen zum Umgang mit Heterogenität an, durch die die Förderkompetenz der Lehrkräfte verbessert werden soll.

(C)

Zu Frage zwei: Zurzeit wird ein Ferienschulangebot für die Osterferien geplant. An acht Werktagen der Osterferien werden in der Stadt Bremen an bis zu acht Schulen Fördermaßnahmen durchgeführt. Schülerinnen und Schüler, deren Versetzung in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch gefährdet ist, werden in diesem Zeitraum in diesen Fächern gezielt gefördert. Die Erziehungsberechtigten erhalten eine Mitteilung über das Förderangebot. Die Teilnahme ist freiwillig und kontraktgebunden. Insgesamt sollen in diesem Zeitraum bis zu 420 Schülerinnen und Schüler gefördert werden. Die Erfahrungen dieser Pilotphase sollen zur Entwicklung eines dauerhaften Konzeptes zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Leistungsschwächen in den Kernfächern beitragen. Es ist beabsichtigt, eine entsprechende Maßnahme auch in den Sommerferien anzubieten.

Zu Frage drei: Die Wirksamkeit der Fördermaßnahmen innerhalb der Unterrichtszeit wird zunächst im Rahmen von Schulleiterdienstbesprechungen erörtert. Dabei wird zum Beispiel die Sitzbleiberquote der teilnehmenden Schulen am Ende des Schuljahres 2004/2005 mit der Sitzbleiberquote der zurückliegenden Schuljahre verglichen.

(D)

Die Auswertung des Ferienschulangebots in den Osterferien erfolgt anhand eines Fragebogens für Schülerinnen und Schüler. Zur Auswertung gehört auch, dass der Leistungsstand der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen im Zeugnis am Ende dieses Schuljahres mit ihrem Leistungsstand im Halbjahreszeugnis beziehungsweise kurz vor den Osterferien verglichen wird.

Die Erfahrungen der Schulen, die an der Planung und Durchführung der Pilotphase beteiligt sind, werden durch den Senator für Bildung und Wissenschaft aufgenommen, um ein dauerhaftes Konzept zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Leistungsschwächen während der Ferien zu entwickeln. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte, Herr Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Zunächst möchte ich mich für die umfangreiche Beantwortung der Anfrage bedanken, Herr Senator! Da die Osterferien nur noch wenige Tage entfernt sind, frage ich Sie: Wie viele Schüler haben einen Kontrakt für dieses Ferienangebot in den in der nächsten Woche beginnenden Osterferien abgeschlossen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

(A) **Senator Lemke:** Wir haben an insgesamt acht Schulen zirka 400 gemeldete Schüler. Inwieweit die Kontrakte unterzeichnet sind, kann ich anhand meiner Unterlagen noch nicht sehen. Insgesamt geben wir für diese Maßnahme 43 200 Euro aus. Aus den verschiedenen Schulen bin ich bereits informiert worden, dass die Eltern dieses Angebot sehr positiv annehmen und sich die Schulen auch sehr gut darauf vorbereitet haben, auch in den Dialog mit den handelnden Personen, die dann die Fördermaßnahmen machen, gegangen sind. Ich hoffe sehr, dass das ein sehr positives Pilotvorhaben werden wird.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Ich habe auch gehört, dass es sehr positiv an den Schulen läuft und von den Eltern und Schülern angenommen wird, Herr Senator. Können an diesen Maßnahmen eigentlich nur Schüler teilnehmen, die eine Versetzung gefährdet signalisiert bekommen haben, oder, weil ich weiß, dass zumindest auch Interesse bestanden hat, Schüler, die sagen, wir wollen uns allgemein verbessern?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

(B) **Senator Lemke:** Diese Maßnahme hat natürlich das ganz klare Ziel, Sitzenbleiberquoten in Bremen und Bremerhaven zu reduzieren. Wenn darüber hinaus von Eltern der Wunsch besteht, ihren Kindern das Angebot zu vermitteln, noch ein bisschen nachzulegen, also nicht der Fünferkandidat, sondern derjenige, der vielleicht auf einer vier steht und sich noch einmal stärken möchte, denke ich, steht es im Belieben der Schule, das mit den Eltern, mit den Schülerinnen und Schülern abzusprechen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn dieses zusätzliche Angebot in den Ferien – das ist eigentlich heftig, wenn man als Schüler die Ferien, auf die man sich vielleicht lange gefreut hat, dann dazu nutzen muss oder soll, in die Schule zu gehen –, so positiv angenommen wird, so dass sich dann möglicherweise auch die positiven Erfolge der Sommercamps für die Migrantenkinder zeigen. Das wäre ein riesiger Erfolg, wenn das ähnliche Erfolge hat, würde ich mich sehr über die Bereitschaft der Eltern und auch der Kinder freuen. Wie gesagt, ich hätte nichts dagegen, wenn es die Größe der Gruppen zuließe, das auch zu akzeptieren. Dort, wo die Gruppen zu groß sind, liegt die Priorität bei denjenigen, die besonders gefährdet sind.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Eine letzte Frage oder Bitte in diesem Fall, Herr Senator! Würden Sie die Deputation für Bildung im April freundlicherweise darüber informieren, wie viele Schüler insgesamt daran teilgenommen haben, aber auch, wie viele Schüler sich

gegebenenfalls angemeldet haben, aber nicht erschienen sind oder abgebrochen haben?

(C)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das ist eine Selbstverständlichkeit. Das werde ich auf jeden Fall sicherstellen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte, Frau Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, vielleicht können Sie dem Parlament berichten, welche Planungen im Senat bestehen, versetzungsgefährdete Schülerinnen und Schüler früher zu fördern, ohne jetzt zu sagen, die Osterferienkurse sind schlecht, aber welche Maßnahmen werden fortlaufend ergriffen, um eben lernschwächere Schülerinnen und Schüler schon von Beginn an zu fördern?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Jetzt ist die Frage: Wo soll ich anfangen? Bei der Beratung der Eltern im Vorschulalter, beim Bildungsauftrag im Elementarbereich, da beginnt die frühkindliche Entwicklung von Bildung! Das meinen Sie wahrscheinlich eher nicht, aber das würde ich Ihnen antworten, wenn Sie fragen, wann sollen wir sinnvollerweise beginnen. Die ersten zehn Jahre sind unendlich wichtig. Da wird das Fundament für die Entwicklung der Kinder gegründet.

(D)

Wir bemühen uns, dass wir durch verschiedenste Programme, die Leseintensivkurse sind ein konkretes Beispiel, dass wir nach der Klasse eins beginnen, die Kinder, die dort Defizite haben, zu fördern, so dass sie nicht den Anschluss an die Klassengemeinschaft verlieren und später dann Schule vermeiden.

Wie viele dieser Projekte wir gemacht haben, denke ich, ist im Rahmen einer Fragestunde eher nicht zu beantworten. Viele Projekte sind gezielt darauf ausgerichtet, die Sitzenbleiberquoten, die in Bremen deutlich zu hoch sind, zu senken. Ich glaube, es ist in unser aller Interesse, dass es uns gelingt, weil es unter anderem auch etwas mit den Finanzen zu tun hat, denn Jugendliche, die eine bessere Ausbildung bekommen, die nicht wiederholen, entlasten hier auch den Staat.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): An Bremerhavener Schulen, Herr Senator, ist man dazu übergegangen, diese individuelle Förderung innerhalb der Studentafel zu verankern. Wenn man also feststellt im November 2004, ein Schüler oder eine Schülerin hat Förderbedarf, werden sofort Förderungsmaßnahmen eingeleitet. Wollen Schulen auch in Bremen derartige Maßnahmen umsetzen?

(A) **Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Nein, ich bin eigentlich strikt gegen diese Fortsetzung der Gießkannenmentalität! Ich habe das auch der Vorlage entnommen, dass man sich in Bremerhaven in diesem Jahr noch nicht bereit gefunden hat, diese Osterkurse zu machen. Diese Osterkurse setzen ganz konkret bei den gefährdeten Schülern an. Es ist eine direkte Unterstützung, eine direkte Maßnahme, die ich jederzeit überprüfen kann.

Die Fehler, die wir in den vergangenen Jahrzehnten gemacht haben, dass wir Geld verteilt haben mit der Gießkanne über die Schulen, die einen entsprechenden Bedarf hatten, wir aber niemals überprüft haben, was bei dem Kind, das besonders zu fördern gewesen ist, angekommen ist, haben unter anderem dazu geführt, dass die soziale Koppelung in Bremen, wie Sie wissen, so stark ist wie in keinem anderen Bundesland. Ergo habe ich, und das wissen Sie auch aus der Deputationsarbeit, entschieden, wir fördern nur noch ganz gezielt die Kinder, die es notwendig haben, und gehen nicht mit der Gießkanne über die Schulen, weil wir anschließend nicht feststellen können, ob die Hilfe, die Unterstützung, die der Staat den Kindern gewährt, auch wirklich bei den Kindern ankommt.

(B) **Präsident Weber:** Wenn ich mir erlauben darf, das einmal einzuwerfen: Das ist nun wirklich ein Thema, das so ins Detail geht, dass man das in der Deputation ausführlich beraten könnte und es nicht Gegenstand einer Fragestunde im Landtag sein sollte,

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

es heißt nämlich „Umsetzung der Zeugnisordnung“.

Ich bitte Sie, das als Appell aufzufassen! Wir haben noch sechs andere Anfragen, die beantwortet werden sollen. Ich bitte Sie, bei allem Respekt! – Frau Stahmann, bitte!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, ohne Ihnen keinen Respekt zu zollen, es ist aber eine wichtige Frage, da, wie Herr Kollege Rohmeyer ja dargelegt hat, die Osterferien und somit auch die Ferienkurse kurz vor der Tür stehen. Es ist wichtig zu überprüfen, ob Schulen auch andere Wege gehen, um die Kinder zu fördern, da wir gesetzlich vorgeschrieben haben, dass die Schulen die Kinder fördern müssen, bevor Kinder nicht versetzt werden. Deshalb ist es wichtig, dass das Parlament sich auch in der Fragestunde damit auseinandersetzt. Deswegen habe ich jetzt mit dem Bildungssenator in dieser Frage auch keinen Dissens.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte, Frau Schmidtke!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Ich will auch nicht nerven, ich mache es auch ganz kurz!

(Heiterkeit)

Herr Senator, ich denke, die Ostercamps sind eine richtig gute Idee, um Schülerinnen und Schülern mit Leistungsschwächen, ich sage einmal, auf die Sprünge zu helfen. Ich habe gestern an einem Informationsabend für Eltern zu diesem Ostercamp teilgenommen. Ich habe dort gehört, dass zum Konzept Ideen gehören, die Kinder zum Lernen zu führen, da viele Kinder aus fehlender Kompetenz, Lernen gelernt zu haben, in der Schule diese Schwierigkeiten haben. Wenn diese Schritte jetzt erfolgreich sind, welche Möglichkeiten sehen Sie als Senator für Bildung, dies dann auch in die Schulen, in den normalen Unterricht zu transportieren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Sehr geehrte Frau Schmidtke, das ist eigentlich der elementare Auftrag von Schule, dass die Kinder das Lernen lernen. Das kann nicht erst in den Ostercamps erfunden werden. Das wäre ja furchtbar für unsere Schulen, wenn das nicht an allererster Stelle stünde!

(Beifall bei der CDU)

Insofern kann ich nur sagen, ich erwarte von allen Schulen, dass das als Erstes vermittelt wird. Wenn es in den Ostercamps jetzt noch einmal zusätzlich unterstützt wird, dann bin ich damit absolut einverstanden. Es darf aber nicht so sein, dass der Eindruck entsteht, es wird jetzt von den Referendaren oder den Lehramtsstudenten erstmalig den Kindern vermittelt, dass sie das Selbstlernen erlernen, sondern das ist eigentlich Auftrag der Schule von Beginn an.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage trägt die Überschrift „**Freistellung von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst**“. Die Anfrage ist unterschrieben vom Abgeordneten Wedler, FDP.

Bitte, Herr Kollege Wedler!

Abg. **Wedler** (FDP): Ich frage den Senat:

Erstens: In welchem konkreten personellen Umfang werden im Land Bremen zurzeit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes von der Arbeit ganz oder teilweise freigestellt, und auf welchen gesetzlichen Grundlagen erfolgen diese Freistellungen?

Zweitens: Wie ist die Freistellung in den anderen Bundesländern und im Bund geregelt, und wie viel

(C)

(D)

- (A) mehr Arbeitszeit stünde der öffentlichen Hand im Lande Bremen zur Verfügung, wenn die Freistellungsregelungen des Bundeslandes Niedersachsen beziehungsweise des Bundes gelten würden?

Drittens: Welche rechtlichen Möglichkeiten sieht der Senat, die verschiedenen Freistellungsregelungen des öffentlichen Dienstes in einer einzigen gesetzlichen Bestimmung zusammenzuführen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Erst einmal eine Vorbemerkung: Der Begriff „Freistellung“ stammt aus dem Personalvertretungsrecht, so dass der Senat davon ausgeht, dass nach gesetzlichen Freistellungen zur Wahrnehmung von Mandaten in Beschäftigtenvertretungen, das heißt als Personalratsmitglied, Frauenbeauftragte oder als Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen, gefragt wird, nicht jedoch nach Dienstbefreiung oder Sonderurlaub aufgrund arbeitszeit- oder urlaubsrechtlicher Regelungen.

- (B) Zu Frage eins: Nach Maßgabe des Paragraphen 39 Absätze 7 und 8 Bremisches Personalvertretungsgesetz sind in den örtlichen Personalräten der Dienststellen und Betriebe des Landes und der Stadtgemeinde Bremen insgesamt 56,8 Vollzeitkräfte und der Stadtgemeinde Bremerhaven insgesamt 16 Vollkräfte freigestellt. Im Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen sind 11,25 Vollkräfte freigestellt, im Gesamtpersonalrat für die Stadtgemeinde Bremerhaven 7,44 Vollkräfte.

Den in den Dienststellen gewählten Frauenbeauftragten ist nach Paragraph 15 Absatz 4 Bremisches Landesgleichstellungsgesetz ebenfalls Dienstbefreiung zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu gewähren, soweit es nach Art und Umfang der Dienststelle erforderlich ist. Entsprechendes gilt für die zentralen Frauenbeauftragten an den Hochschulen. Diese sind nach Paragraph 6 Absatz 4 Bremisches Hochschulgesetz von ihren Dienstaufgaben angemessen zu entlasten. Ein Anspruch auf Freistellung in einem bestimmten Umfang besteht nach beiden Rechtsvorschriften nicht. Nach Maßgabe dieser Vorschriften sind Frauenbeauftragte in den Dienststellen und Betrieben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen einschließlich der Hochschulen im Umfang von insgesamt 11,78 Vollkräften, in den Dienststellen und Betrieben der Stadtgemeinde Bremerhaven im Umfang von 4,53 Vollkräften freigestellt.

Nach Paragraph 96 Absatz 4 Sozialgesetzbuch IX sind für das Land und die Stadtgemeinde Bremen zwei Vollkräfte, nämlich der Gesamtvertrauensmann sowie ein örtlicher Vertrauensmann der schwerbehin-

deten Menschen, freigestellt. Zahlen zu Teilfreistellungen in den Dienststellen und Betrieben liegen dem Senat nicht vollständig vor und konnten in der zur Verfügung stehenden Zeit auch nicht mehr erhoben werden.

(C)

In der Stadtgemeinde Bremerhaven ist nur der Gesamtvertrauensmann der schwerbehinderten Menschen im Umfang von einer Vollkraft freigestellt.

Zu Frage zwei: Nur das Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holsteins enthält eine Paragraph 39 Absatz 7 Bremisches Personalvertretungsgesetz entsprechende Freistellungsstaffel. Nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz sowie nach den Personalvertretungsgesetzen der Hälfte aller Bundesländer, darunter Niedersachsen, hat der Personalrat das Recht, Mitglieder in folgendem Umfang freizustellen: in Dienststellen mit 300 bis 600 Bediensteten ein Mitglied, in Dienststellen mit 601 bis 1000 Bediensteten zwei Mitglieder, in Dienststellen mit 1001 bis 2000 Bediensteten drei Mitglieder und bei je weiteren angefangenen 1000 Bediensteten je ein weiteres Personalratsmitglied.

Die Frauengleichstellungsgesetze des Bundes und der anderen Bundesländer sowie entsprechende Regelungen in den Hochschulgesetzen sehen eine Freistellung oder Entlastung der Frauenbeauftragten im zur ordnungsgemäßen Durchführung ihrer Aufgaben erforderlichen Umfang entweder ebenfalls explizit vor oder implizieren diese durch die Regelungen zur Ausgestaltung dieses Amtes. Übrigens: Paragraph 96 Absatz 4 SGB IX ist bundeseinheitlich geltendes Recht.

(D)

Der Senat beabsichtigt, der Bremischen Bürgerschaft einen Gesetzentwurf zuzuleiten mit der Übernahme der dargestellten niedersächsischen und Bundesregelung. Die Übernahme der dargestellten personalvertretungsrechtlichen Freistellungsstaffel des Bundes und des Landes Niedersachsen wird sich für Bremen in Dienststellen zwischen 200 und 299 Bediensteten sowie zwischen 501 und 600 Bediensteten auswirken. Danach werden in den örtlichen Personalräten der Dienststellen und Betriebe des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sieben Vollkräfte und der Stadtgemeinde Bremerhaven 3,3 Vollkräfte weniger freigestellt.

Zu Frage drei: Mit Ausnahme der Freistellungsregelung für die Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen, die auf Bundesgesetz beruht, wäre es zwar rechtlich zulässig, die genannten Freistellungsregelungen in einer gesetzlichen Grundlage zusammenzufassen, aus gesetzessystematischen Gründen sieht der Senat jedoch keinen Sinn darin, sie aus ihrem Sachzusammenhang herauszulösen. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(A) **Abg. Wedler (FDP):** Ich wollte mich nur bei dem Herrn Senator für die sehr umfangreiche und detaillierte Beantwortung meiner Anfrage bedanken. Die Zusatzfrage, die ich mir überlegt hatte, die haben Sie eben eigentlich schon indirekt beantwortet, indem Sie darauf hingewiesen haben, dass Sie für das Land Bremen auf die niedersächsische Regelung übergehen wollen und dadurch auch erhebliche Einsparungen im Bereich des Haushalts stattfinden. Vielen Dank! Ich habe keine Fragen mehr!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Das ist mein Respekt Ihnen gegenüber!

Präsident Weber: Eine Zusatzfrage? – Bitte, Frau Schwarz!

Abg. Frau Schwarz (SPD): Herr Senator Nußbaum, halten Sie denn Freistellung für die Personalvertretungsarbeit, Frauenbeauftragtenarbeit, Schwerbehindertenvertretinnen- und -vertreterarbeit für notwendig und angemessen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Davon können Sie ausgehen, ja!

(B) **Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Auswirkungen des Fischer/Volmer-Erlasses vom 3. Mai 2000 zur Erteilung von Einreisevisa auf das Land Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Wedler, FDP.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. Wedler (FDP): Ich frage den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat den so genannten Fischer/Volmer-Erlass, der derzeit Thema eines Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages ist?

Zweitens: Welche Auswirkungen hatte der Erlass für das Land Bremen?

Drittens: Liegen dem Senat Erkenntnisse über im Rahmen der Einreiseerleichterungen durch den „Fischer/Volmer-Erlass“ ermöglichte oder erleichterte Straftaten im Bereich des Landes Bremen vor?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Röwekamp.

Senator Röwekamp: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

(C) Zu Frage eins: Der Erlass des Auswärtigen Amtes an die Auslandsvertretungen zur Erleichterung der Reisemöglichkeiten im Rahmen der Visumerteilung aus dem Jahre 2000 hatte offenkundig insbesondere in einzelnen Ländern einen überproportionalen Anstieg der Visumanträge zur Folge. Nach Medienberichten wird davon ausgegangen, dass eine ordnungsgemäße Prüfung der Visumanträge vor allem unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten durch die Auslandsvertretungen über einen längeren Zeitraum nicht erfolgt ist. Verstärkt wurde die Problematik offenbar durch den Missbrauch so genannter Reiseschutzpässe, deren Anerkennung bereits im Jahr 2003 durch das Auswärtige Amt selbst zurückgezogen wurde. Darüber hinausgehende Erkenntnisse liegen dem Senat zurzeit jedoch nicht vor. Insofern ist eine abschließende Bewertung des Gesamtvorgangs erst möglich, wenn der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages vorliegt.

Zu Frage zwei: Die durch den Erlass veränderte Visumpraxis wirkte sich vorrangig auf die Erteilung von Besuchsvisa mit einer Gültigkeit bis zu drei Monaten aus. Derartige Visa werden ohne Beteiligung der Ausländerbehörden von den deutschen Auslandsvertretungen in eigener Zuständigkeit erteilt. Es liegen keine statistischen Angaben über die Zahl der ausländischen Besucher vor, die bei ihrer Antragstellung das Land Bremen als vorgesehenen Aufenthaltsort angegeben haben.

(D) Zu Frage drei: Die polizeilichen Erfassungssysteme wie Polizeiliche Kriminalstatistik, PKS, und Informationssystem Anzeige, ISA, weisen zwar Kriminalitätsdaten über illegale Einreise und Aufenthalt, über den Grund der legalen Einreise und des Aufenthalts sowie über die Staatsangehörigkeit von Straftätern aus, nicht aber über das Verfahren zur Erlangung von Visa in deutschen Auslandsvertretungen mit dem Ziel der erlaubten Einreise in das Bundesgebiet.

Auftrag des Untersuchungsausschusses ist es festzustellen, ob durch die Visaerteilungspraxis einzelner Auslandsvertretungen Schwarzarbeit, Prostitution, Frauenhandel, terroristische Handlungen oder sonstige Kriminalität – auch in der Form der organisierten Kriminalität – wie zum Beispiel gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen von Ausländern ermöglicht oder erleichtert wurden. Ob und gegebenenfalls in welchem Umfang dies stattfand, werden Ermittlungen im Zuge der Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses ergeben. Konkrete Daten für das Land Bremen liegen zurzeit nicht vor. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Wedler (FDP): Liegen dem Senat Erkenntnisse vor, dass Strafurteile in Bremen wegen dieses Erlasses beziehungsweise unter Hinweis auf diesen Erlass strafmildernd ausgesprochen wurden?

(A) **Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

Senator Röwekamp: Mir liegen solche Erkenntnisse nicht vor. Ob es solche Erkenntnisse aus dem Justizressort gibt, kann ich zurzeit nicht beantworten.

(Abg. We d l e r [FDP]: Dem Mailing konnte man es aber entnehmen!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage trägt die Überschrift „**Konsequenzen des so genannten Kleinen Waffenscheins**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Mit wie vielen Anträgen auf Erteilung eines so genannten Kleinen Waffenscheins hat der Senat nach dem 1. April 2003 gerechnet, wie viele wurden in diesem Zeitraum tatsächlich gestellt, und wie wirkte sich dies auf die erwarteten Einnahmen aus?

Zweitens: Plant der Senat eine stärkere Kontrolle des Besitzes oder Erwerbs von Wurfsternen, Butterflymessern und Gas- beziehungsweise Luftdruckschusswaffen, für die der Kleine Waffenschein erforderlich ist?

Drittens: Wie beurteilt der Senat die Forderung nach Nachbesserungen, vor allen Dingen im Hinblick auf die bestehende Verfahrenspraxis – Erwerb des Kleinen Waffenscheins erst nach Kauf der Waffe – oder auf ein mögliches Verbot einiger mit dem Kleinen Waffenschein belegter Waffen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Röwekamp.

Senator Röwekamp: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Mit Inkrafttreten des neuen Waffengesetzes ist für das Führen von Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen nach Paragraph 10 Absatz 4 des Waffengesetzes eine Erlaubnis erforderlich. Erteilungsvoraussetzung sind die Vollendung des achtzehnten Lebensjahres sowie die Zuverlässigkeit und persönliche Eignung des Betroffenen. Die Erlaubnis wird erteilt, ohne dass ein Sachkunde-, Bedürfnis- oder Haftpflichtversicherungsnachweis erbracht werden muss. Der Erwerb und Besitz dieser Waffen, ohne sie außerhalb des befriedeten Besitztums führen zu wollen, unterliegt demgegenüber keiner Erlaubnis.

Im Land Bremen sind seit dem 1. April 2003 bislang etwa 1076 Anträge auf Erteilung eines Kleinen Waffenscheins gestellt worden, davon durch Männer 1003 und durch Frauen 73. Diese Zahl bleibt wesentlich hinter der ursprünglich erwarteten Anzahl von Anträgen, die zunächst auf weit über 2000 geschätzt worden war, zurück. Unter Einnahmegesichtspunkten bleibt dies gleichwohl ohne Bedeutung, da einer erhöhten Anzahl von Anträgen auch ein entsprechend größerer zu finanzierender personeller und sachlicher Aufwand gegenübergestanden hätte.

Zu Frage zwei: Nach dem Waffengesetz sind Wurfsterne und Butterflymesser verbotene Gegenstände. Sie dürfen auch mit einem Kleinen Waffenschein weder erworben noch besessen oder geführt werden. Eine Überprüfung, ob diese Vorschriften beachtet werden, erfolgt regelmäßig im Rahmen der polizeilichen Tätigkeit. Anhaltspunkte, die eine verstärkte Überprüfung durch die Polizei in diesem Bereich begründen könnten, liegen nicht vor. Aus diesen Gründen hält der Senat es auch nicht für geboten, den Erwerb oder Besitz von solchen Waffen besonders zu kontrollieren, die nur mit einem Kleinen Waffenschein geführt werden dürfen.

Zu Frage drei: Der Senat hält es nicht für sinnvoll, bereits den Erwerb einer Schreckschuss-, Reizstoff- oder Signalwaffe von einer behördlichen Erlaubnis abhängig zu machen. Soweit diese Waffen bestimmungsgemäß im befriedeten Besitztum des Erwerbers bleiben, was für die weit überwiegende Zahl zutrifft, sind keine besonderen Gefahren für die Allgemeinheit ersichtlich. Demgegenüber wäre die erhebliche Belastung der Verwaltung mit der Bearbeitung derartiger Anträge zu berücksichtigen. Überdies ist zweifelhaft, ob ein wesentlicher Sicherheitsgewinn allein mit der Verknüpfung des Erwerbsvorgangs und einer waffenrechtlichen Erlaubnis erreichbar ist. Vielmehr müsste dazu auch ein Nachweis über den Besitz und Verbleib dieser Waffen etwa im Sinne einer Waffenbesitzkarte eingeführt werden. Es wäre gleichwohl nicht auszuschließen, dass sich Kriminelle diese verbreiteten Waffen auf anderen Wegen als über den legalen Waffenhandel beschaffen werden.

Ein generelles Verbot der Waffen, die mit einem Kleinen Waffenschein geführt werden dürfen, also von Schreckschuss-, Reizstoff- oder Signalwaffen, hält der Senat wegen der von diesen Waffen ausgehenden geringeren Gefahren nicht für erforderlich.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, können Sie uns sagen, haben Sie einen Überblick darüber, wie viele schwere Körperverletzungen und ähnliche Delikte mit diesen Waffen, die unter diese Kategorie, über die wir jetzt reden, fallen, in den letzten Jahren erfolgt sind? Wie viele Delikte liegen da vor?

(C)

(D)

(A) **Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

Senator Röwekamp: Die Zahl kann ich Ihnen nicht genau sagen. Ich kann Ihnen aber bestätigen, dass die Mehrheit der Körperverletzungsdelikte, die wir in Bremen haben, einfache Körperverletzungsdelikte sind und nur in den wenigsten Fällen der Einsatz von Waffen tatsächlich erfolgt ist.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Es gibt in Medienberichten immer wieder Zahlen von illegalen im Umlauf befindlichen Waffen, auch diesen Waffen, die unter den Kleinen Waffenschein fallen. Haben Sie in etwa eine Vorstellung über die Zahl der Waffen, die ohne Beantragung des Kleinen Waffenscheins im Umlauf sind? Sie haben ja die geringe Zahl der Anträge in Bremen genannt.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Röwekamp: Herr Abgeordneter, wenn wir wüssten, wer unerlaubt eine Waffe trägt,

(Abg. **Dr. Güldner** [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht wer, wie viele!)

(B) wenn wir wüssten, wie viele, dann wüssten wir auch, wer, dann würden wir es selbstverständlich abstellen. Aber wir wissen es nicht. Es handelt sich um eine Dunkelziffer, die man zahlenmäßig vielleicht schätzen kann, aber repräsentative Erhebungen darüber gibt es sicherlich nicht.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Noch einmal zu dem Punkt, der in der Frage drei angesprochen war: Glauben Sie nicht, dass die Durchsetzungsfähigkeit der entsprechenden gesetzlichen Regelung zum Kleinen Waffenschein dadurch erhöht würde, dass der Erwerb solcher Waffen auch an das Vorlegen eines solchen Waffenscheins gekoppelt würde? Zurzeit haben wir ja offensichtlich die Situation – ich habe das so verstanden, dass Sie dies bestätigen – dass zunächst einmal diese Waffen ohne Waffenschein gekauft werden können und anschließend dann der Waffenschein beantragt werden kann. Mich würde noch einmal die Begründung dafür interessieren, warum Sie es ablehnen, hier möglicherweise zu einer Umkehrung des Verfahrens zu kommen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Röwekamp: Was heißt hier eine Umkehrung des Verfahrens? Das ist das zurzeit gesetzlich vorgeschriebene Verfahren, das wir hier betreiben, und das halten wir für effizient. Wir haben nicht den

Eindruck, dass so sehr der Erwerb von solchen Waffen das Problem in unserer Gesellschaft ist, sondern der Verbleib dieser Waffen. Das heißt, auch selbst legal beschaffte Waffen werden illegal dann irgendwie weitergegeben, weiterveräußert und dann eben zu solchen Zwecken, die wir kennen, entfremdet. Das heißt, allein ein Erwerbserfordernis würde uns nicht weiterführen, sondern wir müssten auch eine Kontrollmöglichkeit haben, was mit der Waffe im Verbleib passiert. Neben der Erlaubnis müssten wir auch eine Waffenbesitzkarte und dementsprechend den Waffenverbleib nachvollziehen können, denn allein eine Genehmigung zum Erwerb einer Waffe schließt noch nicht aus, dass die Waffe hinterher an einen nicht bestimmungsgemäßen Dritten weitergegeben wird. Das ist das Problem.

Wir sagen in der Abwägung aller Umstände, wenn wir für die Waffen des Kleinen Waffenscheins neben der Waffenerlaubnis jetzt auch noch einen Waffenverbleib behördlich kontrollieren müssten, stünde das in keinem angemessenen Verwaltungsaufwand zu den damit begangenen Straftaten.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, wenn Sie jetzt eine Bilanz der seit 1. April 2003 geltenden gesetzlichen Regelung ziehen sollten, die partei- und fraktionsübergreifend befürwortet und im Grunde genommen auch von allen mitgetragen worden ist, wenn man jetzt die geringe Zahl der tatsächlich gestellten Anträge sieht, würden Sie dann die in 2003 getroffene Regelung für effizient halten, ohne solche Nachbesserungen, die Sie jetzt gerade abgelehnt haben, oder wie würden Sie eine Zwischenbilanz dieser Regelung ziehen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Röwekamp: Meine Zwischenbilanz fällt insbesondere für Bremen sehr positiv aus, denn wir haben als Bremer mit der Novellierung des Waffengesetzes eine Aktion „Waffenfreies Bremen“ verbunden, mit der wir innerhalb der Amnestiefrist insbesondere an Bremer Schulen, aber auch an Polizeirevieren in Bremen und Bremerhaven weit über 1000 bisher illegale Waffen haben sicherstellen können. Das allein und jede einzelne Waffe allein ist schon ein Erfolg, deswegen hat sich die Verschärfung des Waffengesetzes für Bremen aus unserer Sicht in jedem Fall schon bewährt.

Es ist aus unserer Sicht noch zu früh, die Frage, ob die Einführung des Kleinen Waffenscheins schon eine nachhaltige Verbesserung im Umgang mit illegalen Waffen zur Folge gehabt hat, zu bewerten. Wir haben schon gesagt, die Fallzahlen sind unserer Ansicht nach noch zu gering. Wir bilden uns auch nicht ein, dass alle Waffen legalisiert worden sind, im Übrigen bilden wir uns auch nicht ein, dass wir alle Waffen

(C)

(D)

(A) an den Schulen eingesammelt haben, aber zumindest haben wir mit jeder ausgesprochenen Waffenerlaubnis, aber auch mit jeder eingesammelten Waffe, finde ich, schon mehr erreicht als unter den alten gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine letzte Bitte! Würden Sie, um diese Frage weiter beurteilen zu können, der zuständigen Innendeputation noch einmal die Zahlen vorlegen, wie viele Straftaten mit dieser Kategorie von Waffen im Lande Bremen verübt worden sind in den letzten beiden Jahren, und dann noch einmal einsteigen in die Diskussion, ob das tatsächlich schon das Maximum dessen ist, was wir an Schutz der Bevölkerung in diesem Punkt leisten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Röwekamp: Wir bereiten gerade die öffentliche Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2004 vor, die auch sicherlich in der Innendepuration beraten werden wird, und können das zum Anlass nehmen, auch über diese Frage noch einmal genau nachzudenken und Bericht zu erstatten.

(B) **Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Gravierende Datenschutzmängel bei Hartz IV**“. Die Anfrage trägt die Unterschrift der Abgeordneten Grotheer, Frau Peters-Rehwinkel, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Peters-Rehwinkel!

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die von der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder im Oktober 2004 beanstandeten Datenschutzmängel bei Erfassung, Speicherung und Bearbeitung von Daten, die im Rahmen der Bewilligungsverfahren für Arbeitslosengeld II erfasst wurden, insbesondere, dass für die Sachbearbeitung ein uneingeschränkter bundesweiter Zugriff auf alle Daten besteht, auch soweit diese Daten für die Sachbearbeitung nicht erforderlich sind, dass eine Protokollierung der Zugriffe nicht erfolgt und missbräuchliche Zugriffe nicht ermittelt werden können?

Zweitens: Lassen sich die von den Datenschutzbeauftragten beanstandeten Mängel auch in Bremen und Bremerhaven feststellen?

Drittens: Ist in Bremen und Bremerhaven gewährleistet, dass den Bedenken der Datenschutzbeauftrag-

ten Rechnung getragen wird und eventuelle Mängel abgestellt werden?

(C)

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat hält die in der Entschliessung der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder aus dem Oktober 2004 vortragene Kritik bei der Erfassung, Speicherung und Bearbeitung von Daten im Verfahren A2LL für berechtigt. Die Software A2LL wurde im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit entwickelt und wird in den Arbeitsgemeinschaften für das Bewilligungsverfahren von Arbeitslosengeld II eingesetzt.

Die beanstandeten Mängel wurden in der Weiterentwicklung der Software A2LL aufgegriffen. Der Senat erwartet, dass in Kürze die technischen Voraussetzungen für Zugriffsbegrenzungen geschaffen werden.

Zu Frage zwei: Da sich die beanstandeten Mängel auf die technischen Möglichkeiten der bundesweit eingesetzten Software A2LL beziehen, sind sie auch in Bremen feststellbar. Durch Bearbeitungshinweise an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist klargestellt, dass unberechtigte Zugriffe nicht gestattet sind.

(D)

Zu Frage drei: Mit den technischen Zugriffsbegrenzungen und den klarstellenden Bearbeitungshinweisen sollen die festgestellten Mängel abgestellt werden.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD): Nein, vielen Dank! Erfreulich ist, dass die Mängel erkannt wurden und auch abgestellt werden sollen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage steht unter dem Betreff „**Unparteilichkeit und Unabhängigkeit von Sachverständigen bei der Erstattung von Gutachten über öffentliche oder öffentlich geförderte Investitionsprojekte**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Grotheer, Frau Busch, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Grotheer!

Abg. **Grotheer** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Aufträge der öffentlichen Hand, einschließlich „Konzern Bremen“ hat das Bremische Institut für Wirtschaftsforschung, BAW, von 2000 bis zu seiner Privatisierung erhalten und wie viele Auf-

(A) träge von rein privaten Auftraggebern, bitte nach Anzahl der Aufträge und Auftragsumfang gliedern?

Zweitens: Hält der Senat angesichts einseitig politischer Kommentare des Geschäftsführers der BAW GmbH in einem bremischen Anzeigenblatt – „Frank und frei“ – die für die Vergabe von Gutachtaufträgen erforderliche Unparteilichkeit und fachliche Neutralität, wie sie auch von jedem anderen unabhängigen Sachverständigen etwa nach den Vorschriften der Zivilprozessordnung, des Bremischen Verwaltungsverfahrensgesetzes, der Strafprozessordnung und so weiter verlangt wird, noch für gegeben?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Nach Auskunft des BAW wurden im Zeitraum Januar 2000 bis September 2004 65 Drittmittelprojekte mit einem Finanzvolumen von 3,6 Millionen Euro bearbeitet. Davon entfallen 51 Projekte auf Bremen und Bremerhaven einschließlich „Konzern Bremen“ mit einem Volumen von 2,95 Millionen Euro. Die übrigen 14 Projektaufträge mit einem Volumen von 0,65 Millionen Euro wurden von anderen Auftraggebern erteilt.

(B) Zu Frage zwei: Die Anforderungen, die an die Unparteilichkeit gerichtlich bestellter Sachverständiger in Straf-, Zivil- und Verwaltungsprozessen gestellt werden müssen, sind nicht vergleichbar mit den Anforderungen an Wissenschaftler von außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die Gutachten im Rahmen von Aufträgen Dritter, unter anderem der öffentlichen Hand, erstatten. Nach dem deutschen Prozessrecht haben Sachverständige beziehungsweise Gutachter, die das Gericht bestellt, eine streit- und prozessentscheidende Beweisfunktion. Allein aus diesem Grund unterliegen sie den gleichen Anforderungen an die Unparteilichkeit wie die Richter selbst.

Diese Maßstäbe sind auf gutachterlich tätige Wissenschaftler außeruniversitärer Forschungseinrichtungen nicht übertragbar. Vergleichbare rechtliche Regelungen gibt es für diesen Bereich folgerichtig nicht. Vielmehr haben diese Wissenschaftler – und so auch der Geschäftsführer der BAW GmbH – das Recht auf freie Meinungsäußerung aus Artikel 5 Absatz 1 Grundgesetz sowie auf die Gewährleistung ihrer Forschungsfreiheit aus Artikel 5 Absatz 3 Grundgesetz. Dies gilt auch für die gutachtliche Forschung.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Grotheer** (SPD): Wir sehen eigentlich das Recht auf freie Meinungsäußerung in Bremen nicht als gefährdet an, deshalb haben wir den Senat auch

danach nicht gefragt, sondern uns geht es um die Frage, unter welchen Voraussetzungen Gutachter mit solchen wichtigen Aufträgen beauftragt werden.

(Abg. **Frau Linnert** [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil Sie immer begutachten, was dabei herauskommen soll!)

Danke schön, Frau Linnert, dass Sie das jetzt beantworten!

(Heiterkeit)

Ich habe aber noch zwei Nachfragen zur Sache. Zum einem haben wir gehört, dass etwa 80 Prozent der Aufträge aus dem öffentlichen Raum gekommen sind. Da hätten wir gern gewusst, wie sich das in dem Zeitraum von 2000 bis 2004 entwickelt hat, war das über die Jahre gleichmäßig verteilt, oder gibt es eine Tendenz?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Da gibt es entsprechende Zahlen, die belegen, dass wir das im Jahr 2000 mit 82 Prozent hatten und das leicht rückläufig ist. Nach Auskunft des BAW lagen wir im Jahr 2004 bei zirka 70 Prozent. Ganz genau kann ich das nicht beantworten, weil die Bilanzzahlen der GmbH noch nicht vorliegen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Grotheer** (SPD): Eine letzte Frage! Der Senat hat ja bekanntlich in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Gutachten in Auftrag gegeben zu wirtschaftlichen Fragen, zu Rechtsfragen, zu steuerrechtlichen und gesellschaftsrechtlichen Fragen. Ich erinnere daran, dass verschiedene Unternehmen wie Berger, Wibera jetzt PwC, Putz und Partner und auch bremische Anwaltskanzleien beauftragt wurden mit der Erstellung von Gutachten im Zusammenhang mit der Privatisierung von Verwaltungseinrichtungen. Das liest sich, soweit man es nachvollziehen kann, zum Teil sehr prägnant, also sehr beeindruckend, was etwa die steuerrechtliche und gesellschaftsrechtliche Beurteilung angeht. Sind dem Senat auch andere Fälle bekannt, in denen von ihm beauftragte Gutachter Kolumnen in bremischen Anzeigenblättern unterhalten, oder ist dies ein Einzelfall?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Wenn ich mich jetzt richtig erinnere, fällt mir da nur einer ein, aber der ist nicht als Gutachter der Freien Hansestadt bestellt, das ist Klaus Allofs, der das in Fortsetzung meiner Kolumne gemacht hat.

(Heiterkeit)

(C)

(D)

(A) Mehr sind mir aber nicht bekannt.

(Abg. G r o t h e e r [SPD]: Danke sehr, ich habe keine weiteren Fragen!)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Köhler! – Bitte!

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Letztes Jahr ist, daran erinnere ich mich zumindest, ein siebenstelliger Betrag noch einmal an dieses Institut überwiesen worden. Vielleicht können Sie das noch einmal darstellen, was damit für Ziele und Zwecke verfolgt worden sind.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Wir wollten die GmbH in Richtung Markt orientieren und haben sie deshalb in die Selbständigkeit entlassen. Um das so verträglich hinzubekommen, haben wir damals in der Deputation beschlossen, sie mit diesem Einmalbetrag abzufinden und sie damit in die Eigenständigkeit zu entlassen. Ziel ist es, eine größere Marktorientierung und eine Abklopfung vom Staat zu erreichen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Herr Köhler? – Bitte!

(B)

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielleicht können Sie darstellen, wie das konkret aussieht, sprich wenn diese GmbH pleite geht, weil eben nicht genügend private Aufträge eingehen! Haben dann die Mitarbeiter einen Anspruch darauf, in den öffentlichen Dienst zurückzukehren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Die Verträge, die dort geschlossen sind, sehen eine sozialverträgliche Ausgangssituation in diesem Fall vor. Sie haben hier eine Art Bestandsschutz. Details könnte ich Ihnen in der Wissenschaftsdeputation noch einmal erörtern, aber das ist das, was ich aus der Beschlussfassung in der Deputation erinnere.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege? – Bitte!

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Ist der Geschäftsführer dieser GmbH immer noch Beamter des Landes Bremen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das müsste ich überprüfen, das kann ich Ihnen so nicht sagen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. (C)

Mit der Beantwortung dieser Frage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Meine Damen und Herren, für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema beantragt worden:

Sparpolitik der großen Koalition – chaotisch und unsozial!

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man kann ja schon auch unschwer erkennen, dass die Fürsorge des Senats nicht allen Bremerinnen und Bremern gleich intensiv gilt. Als Ende Januar die Öffentlichkeit darüber informiert wurde, dass die Sache mit dem Kanzlerbrief erwartungsgemäß keine 530 Millionen Euro konsumtiv jährlich in unsere Kassen spült, wurde dem parlamentarischen Haushaltsausschuss eine Information über die Beratungsergebnisse zunächst vorenthalten. Gegenüber der Bremischen Bürgerschaft wurde eine so genannte Regierungserklärung abgegeben, und dann tagte der Koalitionsausschuss. Die Regierungserklärung ließ viele Fragen offen. Der Haushaltsausschuss hat in seiner letzten Sitzung versucht, wenigstens ein paar davon aufzuklären, auch nur mit mittelmäßigem Erfolg. Aber das Leben geht weiter, und die Hoffnung stirbt zuletzt, jetzt werden wir regelmäßig über die Ergebnisse des Koalitionsausschusses informiert. (D)

Klar geworden ist auch, dass die Aussage von Bürgermeister Scherf im DeutschlandRadio, dass es nämlich einen so genannten Plan B gibt, also für den über einen längeren Zeitraum hin zu erwartenden Fall, dass der Kanzlerbrief nicht das bringt, was man sich hier erhofft hat. Die Aussage, dass es diesen Plan B gibt, entsprach nicht der Wahrheit. Es gab keinen Plan B!

Die Koalition, wie ein Hühnerhaufen, hat sich nun überlegt, dass jetzt aber endlich einmal richtig ordentlich gespart werden soll. Da wurde dann auch das Ziel erfunden, einen ausgeglichenen Primärhaushalt vorzulegen, und Senator Nußbaum hat sich heroisch bereit erklärt, Sparvorschläge zu machen. Ganz schön selbstbewusst, aber man kann es auch übertreiben, Herr Senator! Ich glaube nämlich, dass für das Erar-

(A) beiten von Sparvorschlägen in diesen Zeiten und auch mit dieser Vorgeschichte nicht die Achse Hoffmann-Nußbaum allein ausreicht, sondern dass man dafür andere Verfahren und auch ein anderes Politikverständnis braucht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieses Verfahren, was Sie da wählen, entspricht jedenfalls nach grüner Sicht dem Politikverständnis des vorletzten Jahrhunderts. Einsame Männer in den mittleren Jahren

(Heiterkeit)

meinen hier, sie könnten hinter verschlossenen Türen vorgeben, wo es langgeht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe von der SPD)

Privat einsam, das habe ich damit nicht gemeint!

Sparlisten erreichten die Koalitionsausschüsse, und die beschäftigen sich damit dann am 28. Februar und 25. Februar und am 13. und 14. März. Die Öffentlichkeit bekommt dann zum Teil Widersprüchliches, zum Teil Sonderbares, zum Teil auch Erschreckendes geboten, keine Beteiligung von Fachdeputationen, keine Beteiligung des Haushalts- und Finanzausschusses. Herr Kollege Böhrnsen, das will ich jetzt hier doch einmal sagen zu der Frage, wie Sie hier Politik machen, das verantworten Sie auch, aber Ihnen, ich glaube, Ihnen allein habe ich das immer abgenommen, dass es Ihnen wichtig war, die Rechte des Parlaments zu stärken, zu sehen, dass es in der Demokratie etwas anderes ist, als ein Unternehmen zu leiten, und dass man hier Beteiligungs- und demokratische Prozesse braucht und man das Problem, das eine große Koalition per se für die demokratische Kultur bedeutet, nicht weiter anheizen darf, indem man in so einer Art und Weise mit dem Koalitionsausschuss umgeht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es wäre weltfremd, es geht hier nicht darum zu sagen, dass es keine Koalitionsausschüsse geben darf. Die gab es in Ampelzeiten auch, die haben sich auch regelmäßig getroffen und haben auch gearbeitet, das ist nicht der Punkt. Aber es ist so weit gekommen, dass der Kollege Schrörs sich hier gestern in der Debatte über die Kulturhauptstadt hinstellt und Koalitionsausschussbeschlüsse zitiert. Es ist so weit gekommen, dass Köpfe erfunden werden für Koalitionsausschussvorlagen, die man dann der Verwaltung aufgibt, wie sie da arbeiten sollen. Es ist so weit gekommen, dass man bei Senator Gloystein gar nicht weiß, ob er den Unterschied zwischen Koalitionsaus-

schuss und Senat überhaupt kennt! Ich empfehle ihm einmal einen Blick in die Verfassung!

(Bürgermeister Dr. Gloystein: Ich habe hier gestern eine Senatsaussage gemacht!)

Sie haben hier fröhlich erzählt, was der Koalitionsausschuss beschlossen hat, das können wir ja im Protokoll nachlesen. So weit ist es gekommen! Das ist ein Unterschied zu der demokratischen Kultur, wie sie vorgesehen ist und wie sie hier auch früher praktiziert wurde. Niemals wäre es in Ampelzeiten so weit gekommen, dass Koalitionsausschussverabredungen hier dem Parlament als Beschlüsse serviert worden wären. Bürgermeister Wedemeier hat immer peinlich darauf geachtet, dass dabei nichts weiter herauskommt als Empfehlungen an den Senat. Wie wird hier mit den Verfassungsgremien in Bremen in dieser Zeit umgegangen! Herr Böhrnsen, das enttäuscht mich auch von Ihnen persönlich. Ich habe Ihnen das geglaubt, dass Ihr Verfassungsverständnis ein anderes ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die vorgelegten Sparlisten, sie sickern ja nun langsam oder mehr oder weniger schnell durch, die Zeitung hat sie meistens schon am selben Tag, jedenfalls der „Weser-Kurier“, enthalten für Eingeweihte, für diejenigen, die hier schon länger Politik machen, dazu gehöre ich, alles alte Bekannte: vom Gewoba-Verkauf über das Streichen der Wettmittel und das Landespflegegeld und die Aufhebung der Lehr- und Lernmittelfreiheit. Es gibt niemanden, der in den letzten Jahren nicht über diese Punkte hier schon intensiv diskutiert hat! Deshalb haben Sie die aufgenommen, die alten Bekannten. Dann hätte man die alten Bekannten vielleicht auch neu fachlich beraten können. Es hat ja Gründe, warum einige dieser Vorschlägen in der Vergangenheit zum Teil auch mehrfach verworfen wurden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Sparlisten enthalten neben vielen alten Bekannten auch viel Murks, Privatisierung der Toiletten, die noch laufende Verträge über zwanzig Jahre haben, Streichung der Landschaftsprogramme, das hörte sich irgendwie grün an, das konnte man da noch gut hineinpfriemeln, oder die Fusion von Einrichtungen, die es gar nicht mehr gibt, wie das Arbeitsförderungs-zentrum oder die Schulpädagogische Arbeitsstelle. Daran kann man sehen, dass es besser ist, wenn man mit ein bisschen mehr Sachverstand und ein bisschen mehr Mut für öffentlichen Diskurs Sparpolitik angeht.

Es gibt auch sinnvolle Maßnahmen in den Listen wie die Neuordnung des Bereiches Immobilien- und Gebäudemanagement, das wäre dann der dritte Versuch der großen Koalition, in den Bereich end-

(C)

(D)

(A) lich einmal Grund hineinzubekommen, oder die, glaube ich, schon mehrfach beschlossene Auflösung von Judit oder der Abbau des Zuschusses für die Rennbahn. Wir werden diese sinnvollen und richtigen Maßnahmen, wenn Sie sie denn verabredet haben und die parlamentarischen Gremien auch davon in Kenntnis setzen, was jetzt genau verabredet ist, nach einer sachgerechten parlamentarischen Beratung mitbeschließen. Für uns steht die Notwendigkeit weiterer eigener bremischer Sparanstrengungen außer Frage.

Wir sind allerdings dafür, im Personalbereich den Tarifvertrag zu übernehmen, der zwischen dem Bund, den Kommunen und ver.di verabredet wurde. Wir können ja beim Nachtragshaushalt morgen noch ein bisschen intensiver darüber reden. Da haben wir eine ganz klare Auffassung. Der Entwicklung Bremens und auch den notwendigen Sparanstrengungen tut es besser, wenn man diese Taube nimmt, die man da bekommen kann, und nicht auf einen ungefangenen Fisch verweist.

Ausführlich möchte ich in meiner Rede auf die Verabredungen für den Sozialbereich eingehen, weil das wirklich das ist, wovon ich denke, dass die Diskrepanz zwischen Wollen und Können am deutlichsten zutage tritt. Zwanzig Jahre lang gibt es in Bremen, einige von Ihnen werden es vielleicht auch gemerkt haben, Sparpolitik im Sozialbereich. Zwanzig Jahre lang! In Ampelzeiten, ich kann mich noch ziemlich gut daran erinnern, und auch in der Zeit davor ist geschaut worden, wie man im Sozialbereich und bei den Sozialleistungen Geld einsparen kann. Trotz des interessengeleiteten Gerüchtes, dass dort noch ordentlich etwas zu holen ist, und weil es offensichtlich in vielen Kreisen auch als schick gilt, auf dem Sozialbereich herumzuhacken, ist es so, dass dort so gut wie nichts mehr zu holen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Längst haben wir im Kindergarten Standards, die hinter vergleichbaren Großstädten zurückbleiben, und wir haben die höchsten Elternbeiträge im ganzen Umland und auch im Vergleich mit anderen Kommunen. Was Sie im Kindergartenbereich verabredet haben, bedeutet, dass die jetzt vorhandenen 2900 Ganztagsplätze im Jahr 2009, wenn Sie das Ziel, Ihren Primärhaushalt auszugleichen, auch nicht erreicht haben, auf 500 Plätze geschrumpft sind. Das ist völliger Irrsinn! Das ist eine Politik, die gegen Kinder, Frauen und Familien gerichtet ist. Die Zeche werden die Frauen zahlen und die benachteiligten Kinder, bei denen wir uns hier ja eigentlich immer einig waren, dass sie einer besonderen Förderung bedürfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt zum Bereich Sozialleistungen! Da hat der Koalitionsausschuss verabredet, dass in diesem Be-

reich, der seit Jahren unter dem größten Spardruck aller Bereiche steht, weitere 25 Millionen Euro eingespart werden müssen. Der Öffentlichkeit gegenüber wird verschwiegen, dass dazu noch weitere 20 Millionen Euro kommen, die aus dem Haushalt 2004 resultieren, den Sie ja in dem Nachtragshaushalt, den Sie morgen vorlegen wollen, nicht ausgleichen wollen. Allein die öffentlich gespielte Posse, dass bei den Asylsuchenden in Bremen Wohltaten ausgeschüttet werden, womit man ja den Rechten immer rote Teppiche ausrollt und irgendwelche Mondzahlen im Vergleich zu Hamburg in die Presse bringt, zeigt, mit welcher Einstellung Sie daran gehen.

Es ist übel, was Sie da tun! Einrichtungen für Behinderte werden diejenigen sein, die als Erste die Zeche zahlen. Wissen Sie eigentlich gar nicht mehr, dass Bremen mit der Auflösung von Blankenburg Schritte gegangen ist, um die uns andere beneidet haben? Da waren Menschen, die selbständig hätten leben können, wenn sie denn gefördert worden wären, die haben ihr Bett nicht verlassen. Der angeblich so hohe Standard der bremischen Behinderteneinrichtungen hängt mit der Blankenburgnachfolge zusammen, wofür wir bundesweit gelobt werden und uns immer noch Leute darauf ansprechen, dass das sozialpolitisch der richtige Weg gewesen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt Orientierung am Bundesstandard, wie ignorant!

Kürzungen für wohnungslose Menschen und in der Familienhilfe, als sei es nicht richtig, die Familie als Lebensform zu stärken, und als sei es nicht so, dass in Zukunft der Bedarf steigen wird, weil wir mehr Familien haben, die Hilfe brauchen, weil wir mehr behinderte Menschen haben werden, die Hilfe brauchen, und weil wir auch mehr ältere Menschen haben, die in Einrichtungen leben werden.

Was mich, glaube ich, am meisten geärgert hat, ist wirklich die massive Unkenntnis und Ignoranz, mit der Sie an den Bereich Pflegeeinrichtungen herangehen. Das ganze Haus war sich einig – übrigens BAW-Gutachten, das ist jetzt auch ein bisschen verfrüht –, dass der Pflegebereich oberzentral wichtige Funktion für Bremen ausübt und dass wir Dienstleistungen in Konkurrenz zu anderen hier anbieten wollen und dass das ein wichtiger Wirtschaftsstandortfaktor für Bremen ist. Was machen Sie? Jetzt schaffen Sie die gesetzlich geregelten Zuschüsse zu den Investitionskosten ab! Das wird dazu führen, dass es für Menschen, die in Einrichtungen leben, von heute auf morgen, also ab 1. Januar 2006 können Sie das erst umsetzen, eine Steigerung der Miete von 300 Euro pro Monat geben wird. Schütteln Sie nicht den Kopf, Herr Böhrnsen, es ist einfach so, und Sie wollen es nicht wissen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Glocke)

(C)

(D)

(A) Eine solche Steigerung von Kosten mutet man niemandem sonst in Bremen zu, keiner einzigen Bevölkerungsgruppe. Was glauben Sie eigentlich, was das für die Menschen bedeutet, wenn sie alle paar Tage aus der Zeitung erfahren, dass die große Koalition die 25 Prozent Bremerinnen und Bremer, die auf Hilfe des Staates angewiesen sind, als Kostenfaktoren sieht und als sonst gar nichts!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Art und Weise, wie Sie Ihre Sparpolitik angegangen sind, schadet der demokratischen Kultur, ist chaotisch und unsozial und schadet so, wie Sie es anfangen, auch der Zukunft Bremens.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Linnert, Ihre Bemerkung von den einsamen Männern hat mich getroffen, aber sonst eigentlich nichts aus Ihrer Rede, allenfalls noch, dass Sie zur Verunsicherung beitragen wollen. Der Punkt mit der Investitionsförderung für Pflegeeinrichtungen ist völlig falsch, wie Sie das hier vorgetragen haben.

(B) (Beifall bei der SPD und bei der CDU – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie sollen denn die 25 Millionen zustande kommen?)

Es gibt dazu keine Beschlussfassung, sondern eine Verabredung, die lautet, wir wollen uns anschauen, was andere Bundesländer, andere Städte machen, und dann werden wir entscheiden. Nichts anderes ist beschlossen worden, Frau Linnert!

Frau Linnert, zum Koalitionsausschuss! Ich bin nicht dafür, dass er inflationär tagt. Koalitionsausschüsse gibt es in jeder Koalitionsregierung, übrigens auch bei der rotgrünen Bundesregierung in Berlin, und Koalitionsausschüsse hat es auch in der Ampelkoalition gegeben. Er hat damals übrigens wöchentlich getagt, und ich bin nicht dafür, dass die große Koalition sich das zum Vorbild nimmt, das sage ich Ihnen ganz offen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Frau Linnert, nächster Punkt: Sie haben in Ihrer Rede viel zu wenig von der dramatischen Lage gesprochen, in der sich Bremen befindet,

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das erzählen wir Ihnen doch seit Jahren!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

um es einmal klar zu sagen. Ich glaube nicht, dass die große Koalition in Bremen ein Problem hat. Ich glaube, dass Bremen ein Problem hat, das wir gemeinsam lösen müssen.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit der großen Koalition!)

Ich sage Ihnen, jede denkbare andere Regierungskoalition müsste sich mit dieser Herausforderung auseinandersetzen. Es ist nur das Privileg der Opposition, das es Ihnen möglich macht, hier eine solche Rede zu halten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Rechnungshof hat es uns doch gestern noch einmal vorgestellt. Wir wussten es, aber es ist heute auch noch einmal schwarz auf weiß für alle zu lesen, wie dramatisch die bremische Haushaltslage ist.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Wurde doch immer bestritten!)

Ich wiederhole die Zahlen nicht noch einmal, ich sage nur, der bremische Haushalt droht von Schulden und von Zinsen erdrückt zu werden. Bremen befindet sich in einer existenzbedrohenden Haushaltskrise. Das ist die bittere Wahrheit!

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer hat denn zehn Jahre regiert!)

Die Wahrheit heißt auch, Frau Stahmann, aus dieser Haushaltsnotlage können wir uns nicht allein befreien. Man kann in einem Vier-Milliarden-Haushalt nicht 500 Millionen Euro oder eine Milliarde Euro einsparen. Wir wissen, wir brauchen Veränderungen in den Bund-Länder-Beziehungen über Verhandlungen, möglicherweise über eine Klage beim Bundesverfassungsgericht, damit Bremen das bekommt, was uns zusteht, nämlich einen gerechten Anteil an den Steuereinnahmen.

Unabhängig davon aber müssen wir das tun, was wir selbst tun können, um die Haushaltskrise zu überwinden, und das heißt vor allem, da wir die Einnahmeseite, das wissen Sie doch auch, nur sehr maßvoll bestimmen können, wir müssen unsere Ausgaben reduzieren, wo dies möglich ist und, das füge ich ausdrücklich hinzu, wo dies politisch und sozial verantwortbar ist. Das ist der Maßstab für Sparpolitik. Sparpolitik darf nicht technokratisch daher kommen, und der mittlerweile berühmte, früher kannte den Begriff niemand, ausgeglichene Primärsaldo oder Primärhaushalt darf kein Fetisch werden. Das ist kein Politikersatz, das sage ich Ihnen auch ganz deutlich.

(C)

(D)

(A) Genausowenig ist Benchmarking mit anderen Großstädten kein Politikersatz. Sie haben ein gutes Beispiel dafür angeführt: Kloster Blankenburg. Wir sind stolz darauf, dass unsere Behinderten nicht mehr so untergebracht sind, wie es damals der Fall war, und das muss in ein Benchmarking immer einfließen, und es ist eine politische Entscheidung, ob man zu dieser damaligen Entscheidung steht oder nicht. Ich stehe dazu, um das einmal deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo wollen Sie die 45 Millionen hernehmen?)

Frau Linnert, auch unter ganz harten Sparbedingungen, unter denen wir uns befinden, muss klar sein, ich habe es beim letzten Mal gesagt, und ich wiederhole es, wir machen das Bundesland Bremen nicht zur grauen Maus, denn das wäre das Gegenteil von Zukunftssicherung in Deutschland. Bremen und Bremerhaven sollen lebendige, attraktive Städte sein, in denen man gern lebt, und wir wollen auf wichtigen Zukunftsfeldern wie Kinderbetreuung, Bildung, Ausbildung, Wissenschaft nicht unter Durchschnitt sein, da wollen wir vorn sein.

(Beifall bei der SPD)

(B) Frau Linnert, ich behaupte, dem Koalitionsausschuss ist es gelungen, auch solche Schwerpunkte zu setzen. In dem Beschluss des Koalitionsausschusses steht der Satz, ich zitiere: „Die gegenwärtigen Qualitäts- und Versorgungsstandards im KTH-Bereich werden sichergestellt.“ Dieser Satz ist uns ganz wichtig, für uns Sozialdemokraten vielleicht der wichtigste Satz in diesem Koalitionsausschussbeschluss. Seien Sie ganz sicher, wir werden darauf achten, dass dieses gemeinsame Ziel der Koalition auch eingehalten wird, und zwar ohne jeden Abstrich, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Die Koalition hat sich zum Ausbau der Betreuungsangebote für die Null- bis Dreijährigen bekannt. Bremen ist trotz seiner Haushaltsnotlage bei der großen gesellschaftspolitischen Herausforderung dabei, in dem Bereich Kinderbetreuung das Angebot zu verbessern. Das ist doch ein gutes und ein wichtiges Signal.

Wir werden im Bildungsbereich trotz unausweichlicher Sparanstrengungen sicherstellen, dass die Entwicklung der Ganztagschulen vorangeht. Wir haben die Lernmittelfreiheit nicht abgeschafft, weil es hier nicht ums Einsparen geht, sondern um Verbesserungen bei der Qualität der Schulbücher, denn das verlangt die unbestreitbare Priorität von Bildung. Wir haben unseren Koalitionspartner davon überzeugt, dass allgemeine Studiengebühren der falsche

Weg sind. Wir wollen nicht weniger, sondern mehr Studenten. Vor allem wollen wir, dass das Studieren nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir tauchen auch nicht vor der Tatsache ab, dass viele Menschen in Bremen und Bremerhaven Arbeit suchen und keine finden. Ich bin stolz darauf, dass es uns gelungen ist, uns auf ein neues Arbeitsmarktförderungsprogramm zu verständigen mit industriell-gewerblicher Ausrichtung. Das zeigt und unterstreicht, wir werden uns mit der Massenarbeitslosigkeit eben nicht abfinden, meine Damen und Herren.

Es gibt keinen Zweifel, es gibt Bereiche, in denen müssen wir richtig schmerzhaft sparen. Die Einschnitte, die wir beim Personal vornehmen, sind beträchtlich. Wir muten dem Personal individuell einiges zu. Das tut weh, aber auch dazu gibt es leider keine Alternativen. Die Personalkosten sind nun einmal der größte Ausgabenblock in unserem Haushalt, den wir nicht ausnehmen können. Das ist eine weitere bittere Wahrheit. Die Proteste gegen die Kürzungen sind legitim und verständlich. Wenn überhaupt, dann können wir bei den Betroffenen nur dann ein Fünkchen Verständnis für derartige Maßnahmen wecken, wenn wir in unserer Politik der Haushaltskonsolidierung transparent, gerecht und fair vorgehen und wenn wir keinen Bereich privilegieren.

(D)

Der Beschluss des Koalitionsausschusses zum Bereich der Sozialleistungen ist uns Sozialdemokraten besonders schwer gefallen und das aus zwei Gründen: Erstens, die Höhe des Sozialhaushalts hat in erster Linie mit der sozialen Lage in Bremen und Bremerhaven zu tun, also mit Massenarbeitslosigkeit, mit Armut, auch mit Pflegebedürftigkeit, und genau das muss man jedem sagen, der mit Blick auf den Sozialhaushalt hier von Geldverschwendung faselt. Das muss man deutlich sagen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Zweitens: Wir sehen, dass Karin Röpke schon gewaltige Sparanstrengungen unternommen hat und immer noch unternimmt, und ich sage hier ganz ausdrücklich, das ist eine große Leistung, die unser aller Respekt verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Gleichwohl kann man angesichts der dramatischen Haushaltslage eben nicht darauf verzichten, auch im Sozialbereich nach weiteren Einsparpotentialen zu suchen. Das ist der Auftrag des Koalitionsausschusses. Ob die Größenordnung von 25 Millionen Euro, die genannt worden ist, tatsächlich bis 2009 eingespart werden kann, muss sich in den nächsten Jah-

- (A) ren erweisen, und zwar nach genauester Prüfung, wie sie übrigens schon in den Senatsbeschlüssen von Ende November 2004 vereinbart ist.

Karin Röpke will sich dieser Herausforderung stellen. Die SPD-Fraktion wird dabei an der Seite von Karin Röpke stehen, und zwar auch das in zweierlei Weise, nämlich sowohl dann, wenn es darum geht, verantwortbare Einsparungen zu realisieren, als auch dann, wenn es darum geht, nicht zu verantwortende Einsparungen abzuwenden und abzuwehren. Auch das muss man deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, aus der bitteren Notwendigkeit, vielen Menschen in unseren Städten Bremen und Bremerhaven Sparleistungen zuzumuten, folgt auch die Verpflichtung, überall genau hinzusehen und keinen Bereich für sakrosankt zu erklären. Es gab doch etliche, von der Handelskammer bis zu einzelnen Journalisten, die gesagt und geschrieben haben, da darf nichts gemacht werden, die Investitionen müssten in voller Höhe erhalten bleiben.

- (B) Wir Sozialdemokraten haben von Anfang an gesagt, wir werden diesen Bereich unserer Ausgaben nicht ausklammern. Wir werden auch da genau hinschauen, und wir haben genau hingeschaut, und nicht nur das, die Koalition hat auch hier gehandelt und gekürzt. Darf ich noch einmal auszugsweise erwähnen: Der Gewerbepark Hansalinie wird auf den ersten Bauabschnitt begrenzt, die Überdachung der Breiten Straße in Vegesack ist gestrichen, Luneort wird später erschlossen, die Westerweiterung des Technologieparks wird es nicht geben, das Innenstadtprogramm Bremen wird reduziert, bei der Wohnraumförderung werden die spezifischen kommunalen Programme eingestellt und so weiter. Die Investitionsausgaben werden damit deutlich abgesenkt. Das ist vertretbar, und das ist politisch richtig.

Ich sage es einmal ganz einfach und zusammenfassend und zum Schluss und nicht nur auf die Investitionen bezogen, sondern zum Beispiel auch mit Blick auf unsere Gesellschaften: Man kann Einsparungen im Sozialbereich, man kann die Streichung des Weihnachtsgeldes bei den Beamten oder anderes, was wir den Menschen zumuten müssen, nur dann politisch rechtfertigen und nur dann politisch verantworten, wenn wir an jeder Stelle des bremischen Haushalts mit aller Sorgfalt mit dem Geld umgehen, und genau das müssen wir beweisen, und genau das werden wir beweisen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Linnert, ich war ein bisschen überrascht über die Aktuelle Stunde, weil wir uns eigentlich, so hatte ich die interfraktionelle Vereinbarung aus der vergangenen Woche verstanden, im Rahmen der Nachtragshaushaltsberatungen auch über dieses ganze Paket der Einsparungen für die zukünftigen Haushalt unterhalten wollen. Vielleicht war das alles nur ein Missverständnis, aber durch Ihre Rede wurde offensichtlich, dass Sie hier ein ziemlich durchsichtiges Manöver fahren. Ihre Vorwürfe zu dem Verfahren Koalitionsausschuss kann ich vielleicht aus Ihrer eigenen Erfahrung, die Sie mit Koalitionsausschusssitzungen in Ihrer Ampelzeit hatten, nachvollziehen. Ich erinnere an einen berühmten Beschluss von vielen, die der Koalitionsausschuss in der Ampelzeit getroffen hat, zum Beispiel im Januar 1995 den Beschluss über den Space-Park. Daher kann ich nachvollziehen, dass Sie Probleme haben mit Koalitionsausschusssitzungen.

(Abg. Frau **Linnert** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch völliger Quatsch! Der Koalitionsausschuss hat sich nie damit beschäftigt! Das ist die Unwahrheit!)

Ich kann Ihnen aber auch sagen, wie die Wirklichkeit in der Ampelkoalition war. Ich war damals Mitglied der Kulturdeputation. Sie können das nachlesen, im „taz“-Archiv ist alles dokumentiert. Sie haben auch in der Debatte letztes Jahr, als wir über den Misstrauensantrag von Hartmut Perschau gesprochen haben, nicht widersprochen. Also, tun Sie nicht so, als wäre es unwahr! Es ist wahr, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau **Linnert** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist unwahr! Denken Sie sich nicht solch ein Zeug aus!)

Die Realität, Frau Linnert, sah zum Beispiel in der Kulturdeputation so aus, dass wir – ich weiß nicht, wer von uns von der Kulturdeputation noch dabei ist, einige Langjährige sind noch dabei – wirklich zu Beginn fast jeder Sitzung der Kulturdeputation mit den Beschlüssen der damaligen Koalition konfrontiert worden sind. Die Vertreter der Koalitionsfraktionen haben damals gesagt, das haben wir so beschlossen, damit aus. Das war die Realität der Ampelkoalition von 1991 bis 1995. Tun Sie jetzt nicht so, als wären Sie hier der Gutpolitiker, der hier in der Vergangenheit andere Ansätze gehabt hätte!

(Beifall bei der CDU)

Frau Linnert, wenn Sie über Parlamentarismus sprechen und Sie einmal genau zugehört hätten, dann würden Sie begreifen, dass das, was der Koalitions-

(C)

(D)

(A) ausschuss beschlossen hat an Rahmen – wir haben hier keine Ersatzhaushaltsberatungen gemacht, das war auch überhaupt nicht der Anspruch, das hat auch überhaupt keiner erklärt –, so sind das die Rahmenbedingungen für die Eckwerteaufstellung des Senats für den Doppelhaushalt 2006/2007. Das ist erst einmal eine Angelegenheit des Senats. Da hat das Parlament formal noch keine Betroffenheit.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber der Koalitionsausschuss tagt seit Tagen!)

Dass die den Senat tragenden Fraktionen und Parteien sich an dieser Stelle über die wesentlichen Eckdaten vor dem Hintergrund dieser dramatischen Finanzsituation, die Sie offensichtlich noch nicht begriffen haben,

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Was? Das erzählen wir seit Jahren!)

sich zusammentun und Eckwerte festlegen, das ist nicht nur selbstverständlich, sondern es gebührt auch der Tatsache, dass wir für die Bürgerinnen und Bürger Zukunftsentscheidungen treffen müssen, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit hinsichtlich des Koalitionsausschusses!

(B) (Beifall bei der CDU)

Die Eckwerte werden beraten, die Deputationen, die einzelnen Ressorts werden den Haushalt hoffentlich bis zur Sommerpause aufstellen, und dann werden wir in der zweiten Jahreshälfte genau das machen, was Sie erwarten, nämlich in den einzelnen Parlamentsausschüssen über die Ausgestaltung der Haushaltspolitik hier sprechen. Das ist der Parlamentarismus, also tun Sie nicht so, als hätten wir hier irgendwas gemacht, was an der Realität vorbei geht!

Die Dramatik der Ausgangslage, Frau Linnert, um das noch einmal deutlich zu machen, an der Stelle kann ich meinem Kollegen Jens Böhrnsen nur beipflichten, offensichtlich haben Sie die nicht verstanden, vor der wir uns bewegen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Darauf sind Sie seit Jahren hingewiesen worden!)

Es geht hier, meine Damen und Herren, obwohl wir es natürlich gern machen würden, nicht darum, mehr Geld auszugeben, sondern darum, Bremen eine Zukunftsperspektive auch für die nachkommenden Politikergenerationen, aber auch für die Menschen in den nächsten Jahrzehnten zu geben, hier Entscheidungen zu treffen, damit dieses Land handlungsfähig bleibt, meine Damen und Herren.

(C) Wenn ich einmal das alles zusammenzähle, Frau Linnert, was Sie hier alles erklären, wir wollen hier nicht sparen, wir wollen da nicht sparen, Sie wollen dort nicht sparen und stellen den Solidarpakt auch noch einmal in Frage, einmal eben kurz 100 Millionen, dann möchte ich einmal gern wissen, wie Sie die Haushaltspolitik im Jahr 2010 darstellen wollen. Das ist unseriös, was Sie hier machen!

(Beifall bei der CDU)

Wir haben zurzeit einen Anteil von zehn Prozent der Gesamtausgaben an Zinsen. Die Entwicklung ist so dramatisch, dass dieser Anteil auf fast 20 Prozent ansteigen wird, um sich dann auf einigermaßen festem Niveau zu stabilisieren in der Hoffnung, dass dann mit weiteren Entscheidungen, die auch in den nächsten Legislaturperioden getroffen werden müssen, in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2015 das Ziel, ansatzweise einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen, wieder in Sicht ist, meine Damen und Herren.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie soll das denn gehen?)

Dazu gehört das wichtige Ziel des Ausgleichs des Primärsaldos im Jahr 2009.

(D) Ich habe von Ihnen hier heute, aber auch in der Debatte letztes Mal bei der Regierungserklärung nicht gehört, wie Sie sich vorstellen, das Problem Bremens finanzpolitisch und strategisch zu lösen. Ich höre nur von Ihnen, was nicht geht. Sie zitieren hier falsche Beschlüsse, Sie verunsichern die Menschen, und das ist offensichtlich Ihre Politik, Menschen zu verunsichern anstatt Perspektiven und Alternativen aufzuzeigen. Sie kommen hier nicht heraus, immer nur zu sagen, wir sind die Opposition und schlagen nichts vor. Sie müssen sagen, was Sie wollen, und dann können wir uns mit den Alternativen auseinander setzen!

(Beifall bei der CDU)

Kollege Böhrnsen hat es gesagt, das, was vor uns liegt, ist sehr schmerzhaft für alle Politikbereiche. Für uns als CDU-Fraktion möchte ich mich auch bei allen Senatoren für die konstruktive Einlassung der Beratungen der letzten Tage bedanken. Diese waren zugegebenermaßen sehr stressig, es war nicht einfach, es war manchmal auch sehr anstrengend. Ich fand es aber, das will ich an dieser Stelle auch ganz deutlich sagen, sehr hilfreich, gerade in den Beratungen am Sonntag und am Montag, dass die Senatoren sich nicht hingesetzt und gesagt haben, bei mir geht alles nicht, sondern dass sie sich auf einen Prozess eingelassen haben, der für alle Seiten sehr anstrengend sein wird und der für alle Bereiche auch schmerzhafter Einsparungen bedarf. Deswegen er-

(A) kläre ich für uns: Wir stehen hier nicht an der Seite irgendeines Senators, sondern wir stehen hier an der Seite aller Senatoren, weil wir diese Anstrengung nur dann erfüllen können, wenn wir alle an einem Strang ziehen, und zwar in eine Richtung und nicht in entgegengesetzte Richtungen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Der Bereich, der an der Stelle natürlich sehr schmerzhaft ist, ist der Bereich der Einschnitte im Personalbereich, da muten wir insbesondere den Beamten an dieser Stelle sehr viel zu. Das sind zum Teil die Additionen von Vergleichen mit anderen Bundesländern, so dass wir uns nicht mehr irgendwie am unteren Durchschnitt befinden, was die Beamtenbesoldung angeht, sondern eigentlich am unteren Ende. Es geht letztendlich an die Schmerzgrenze, was wir Beamten in diesem Bereich zumuten. Da, finde ich, ist es verständlich, dass im Bereich der Angestellten nachgezogen wird. Es kann nicht angehen, dass eine Berufsgruppe im öffentlichen Dienst sich einfach zurücklehnen und sagen kann, wir haben Tarifverträge, und das ist es dann, und andere letztendlich den Kopf dafür hinhalten müssen. Das sind insbesondere auch in den unteren Besoldungsgruppen Einschnitte, die wirklich an die Substanz gehen. Von daher ist es auch ein Zeichen der Solidarität, dass man sich auch von Gewerkschaftsseite auf diesen Prozess einlässt.

(B) Ich will das ganz ehrlich sagen, Herr Böhrnsen, ich habe Ihre Pressemitteilung, Ihren Zeitungsartikel von heute Morgen nicht ganz verstanden. Wenn Sie einfach den Solidarpakt aufkündigen und einmal eben ganz kurz 100 Millionen Euro an der Stelle freigeben, wie soll das gehen? Ja, es sind 100 Millionen Euro, denn wenn Sie sich das Zahlentableau von Finanzsenator Nußbaum durchlesen, was die Solidarpaktverhandlungen bis zum Jahr 2009 beinhalten, ist es eine Zahl von 100 Millionen Euro, über die wir uns unterhalten.

Ich habe es nicht ganz verstanden. Ich habe es vor dem Hintergrund auch nicht ganz verstanden, weil wir im Koalitionsausschuss genau das Gegenteil beschlossen haben. Wir haben beschlossen, dass wir die Solidarpaktverhandlungen vollziehen, wir haben beschlossen, dass wir die neuen Angestellten nach den Bedingungen des Solidarpaktes einstellen und besolden. Von daher müssen Sie mir das noch einmal erklären, wie Sie das meinen! Ich habe es auch nicht verstanden, weil es auch in den Koalitionsverhandlungen nicht angesprochen worden ist. Herr Böhrnsen, da müssen Sie mir noch ein wenig Nachhilfe geben!

(Abg. Frau W i e d e m e y e r [SPD]:
Das machen wir gern!)

Ich finde, wir müssen hier die Einsparungen gleichmäßig gerecht in alle Politikfelder verteilen, und da

wiederhole ich mich: Hier ist kein Politikbereich ausgenommen worden, und vor dem Hintergrund glaube ich, dass es auch an der Stelle gerecht zugeht.

Wir müssen den Menschen in dieser Stadt, neben den Prioritäten, die wir setzen, die unter anderem sind, dass wir weiterhin bemüht sind, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, versichern, dass wir weiterhin bemüht sind im Bereich der Kindertagesbetreuung, auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung. Meine Damen und Herren, das darf man nicht außer Acht lassen, wir haben zurückgehende Schüler- und Kinderzahlen.

(Abg. Frau M ö b i u s [SPD]: Warum wohl!)

Warum ist doch erst einmal egal! Wir stellen erst einmal fest, dass wir zurückgehende Schüler- und Kinderzahlen haben. Da muss sich doch vor dem Hintergrund der angespannten Finanzsituation auch das Personal anpassen, meine Damen und Herren! Wenn kritisiert wird, dass wir Schulstandorte zusammenfassen, dann ist es doch nicht so, dass wir die Kinder zusammenpferchen, sondern dass wir einen Rückgang in den Schülerzahlen bis zum Jahr 2009 von bis zu acht Prozent haben, und das muss doch in dem Personalbestand auch Konsequenzen haben, meine Damen und Herren! Wir können doch nicht so tun, als würden wir uns hier jenseits der Realität bewegen.

Also, meine Damen und Herren, ich glaube, die Bereiche sind gerecht verteilt. Wir haben Prioritäten gesetzt, auch im Bereich der inneren Sicherheit. Obwohl der Innensenator die Aufgabe hat, bis zum Jahr 2009 100 Stellen einzusparen, glaube ich, wird das Ziel der inneren Sicherheit, ein ganz wichtiger Standortfaktor, weiter aufrecht erhalten. Wir haben auch den Punkt, dass wir hinsichtlich einer bedarfsgerechten Gewerbeflächenvermarktung und -erschließung weiterhin handlungsfähig sind. Auch da nehmen wir zur Kenntnis, dass wir in der Vergangenheit eine ganze Menge geleistet haben und dass der Weg, den wir gegangen sind, sehr erfolgreich ist.

(Glocke)

Lassen Sie mich zusammenfassen! Politik, Frau Linnert, ist kein grüner Froschteich, in dem der gewinnt, der am lautesten quakt! Politik hat etwas damit zu tun, dass wir die Probleme angehen, dass wir Wahrheiten sagen, dass wir ehrlich sind und dass wir den Leuten auch sagen, wo es hingehet. Ich glaube, da ist die große Koalition auch auf einem guten Weg. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

(C)

(D)

(A) Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das, was wir zurzeit an Spar- und Sanierungspolitik hier erleben, ist ein einziges Trauerspiel, eine Zumutung für alle Beteiligten und die politische Öffentlichkeit. Wenn ich von den Beteiligten spreche, dann meine ich ganz besonders die Verwaltung, die Papier um Papier produziert und erleben muss, dass es zerredet oder gar ignoriert wird. Seriöse Regierungspolitik ist das schon lange nicht mehr. Was wir in den letzten Tagen und Wochen sehen konnten, sind die Auflösungserscheinungen einer Koalition, die politisch am Ende ist. Das Platzen der Seifenblase Kanzlerbrief hat die Koalition ganz offensichtlich auf dem falschen Fuß erwischt. Obwohl alle Einsichtigen und Kundigen den Kanzlerbrief immer schon als Luftblase bezeichnet haben, hat diese Koalition das immer nur als unfähige und böswillige Kritik verstanden und schlichtweg ignoriert.

Das böse Erwachen kommt jetzt. Jetzt muss man nicht nur einen unseriös aufgestellten und beschlossenen und kurze Zeit danach schon gesperrten Haushalt 2005 per Nachtragshaushalt korrigieren, nein, man muss den jahrelangen Murks und den Schlendrian beim Sparen und Investieren jetzt notgedrungen unter dem Eindruck des fehlenden Geldes in Frage stellen und in aller Kürze eine Neuausrichtung der gesamten bremischen Politik vornehmen. Das wäre schon für eine neue Koalition schwierig. Dieser Koalition mit den gleichen Personen am Werk traue ich das nicht zu.

(B) Die Beschlüsse des Koalitionsausschusses, soweit sie mir bekannt sind, zeigen dies ganz deutlich. Ein politischer Neuanfang, ein Ruck, wie unser Bundespräsident das einmal gesagt hat, ist das nicht. Entgegen dem landläufigen Bild von einer großen Koalition bewirken viele Mandate noch lange keine großen Entscheidungen, ganz im Gegenteil: Man blockiert sich gegenseitig, man steht sich auf den Füßen, man sieht nur den eigenen Bereich und die eigene Klientel, und man verliert das große Ganze aus dem Blick. Das konnte man in den letzten Tagen ganz eindrucksvoll sehen.

Auch die letzten zehn Jahre dieser großen Koalition zeigen dies ganz deutlich, denn das große Ziel der Sanierung Bremens mit verfassungsmäßigen Haushalten am Ende hat diese Koalition nicht erreicht. Wir stehen im Grunde genommen wieder da, wo wir ganz am Anfang der Sanierung schon einmal gestanden haben, außer dass die Schulden wesentlich höher geworden sind. Ich sehe niemanden in dieser Koalition, der das Ruder herumreißen könnte, der das große Ganze, nämlich das Bundesland Bremen mit seinen beiden Stadtgemeinden, sieht und in der Lage wäre, einen Weg aus der im Wesentlichen selbst angerichteten Misere aufzeigen könnte.

Herr Böhrnsen hat in seiner Rede zur Regierungserklärung eben zwar auch viel Richtiges gesagt, aber auch der Finanzsenator sagt manches Wahre. Ich kann aber nicht erkennen, dass dies Eingang in die gemein-

same Politik der Koalition und in das Handeln der Ressorts findet. Alles, was ich sehe, ist ein Hängen und Würgen, ein politisches Gewurstel, ein Dahintaumeln bis zu dem Tag, an dem der Wähler dem Spuk ein Ende macht. Für das Bundesland Bremen und auch für uns Bürger ist das in höchstem Maße unerfreulich, wenn nicht sogar schädlich.

Die Grünen haben mit ihrem Aktuellen-Stunde-Thema völlig Recht: Die Sparpolitik der Koalition ist chaotisch und vor diesem Hintergrund auch unsozial. Wenn von Sparpolitik die Rede ist, muss klar sein, dass es dabei nicht nur um die konsumtiven Ausgaben geht, sondern auch um die bremischen Investitionen und um die Einnahmesituation der Haushalte. Wir haben Probleme auf beiden Seiten des Haushaltes, nicht nur im Einnahmebereich, wie das von der Koalition ständig behauptet wird.

In jedem Fall ist festzustellen, dass die konsumtiven Ausgaben nicht mehr von den ordentlichen Einnahmen gedeckt werden, die Grenze zwischen konsumtiven und investiven Ausgaben immer mehr verwischt wurde und wir, was die Investitionstätigkeit anbetrifft, uns heute Dinge leisten, die wir erst morgen oder gar erst übermorgen finanzieren wollen. Solange wird eben für viel Geld vor-beziehungsweise zwischenfinanziert. Dazu kommen dann noch die Dinge, die über die so genannten Schattenhaushalte laufen und dort zu Schulden und Zinsbelastungen führen, für die Bremen am Ende geradestehen muss.

(D) Diese Haushalts- und Finanzpolitik muss sich ändern. Der Senat muss eine Finanzplanung aufstellen, die den konkreten Schuldenstand einschließlich aller in Schattenhaushalten versteckten Risiken benennt und auf die Ausweisung ungesicherter Sondereinnahmen, Stichwort Kanzlerbrief, und die Ausgliederung zentraler konsumtiver Ausgaben, Stichwort Zinsausgaben, verzichtet. Der Senat muss wieder zu einer sachgerechten Trennung von konsumtiven und investiven Ausgaben zurückkehren und die Einwände des Rechnungshofes ernst nehmen. Gerade gestern konnten wir das wieder hören beziehungsweise heute in der Presse lesen. Es muss Schluss sein mit dem Taschenspielertrick, konsumtive Ausgaben als investiv zu deklarieren und umgekehrt investive Einnahmen konsumtiv zu verausgaben!

Der Senat muss eine ehrliche Aufgabenkritik vornehmen, ohne von vornherein einzelne Bereiche auszusparen. Dabei muss dann die Frage beantwortet werden, welche Aufgaben und damit Ausgaben wir leisten müssen, weil sie gesetzlich festgelegt sind, insbesondere bundesgesetzlich, und welche Aufgaben wir uns noch leisten können und wollen. Bei dieser Aufgabenkritik stehen dann auch die Leistungsstandards zur Disposition. Bremen kann nicht auf Hilfe anderer hoffen, wenn es sich für vergleichbare Aufgaben höhere Standards als vergleichbare Städte leistet. Hier müssen wir nicht Spitze sein, sondern ein Platz im unteren Mittelfeld dürfte für uns auch ausreichen.

(C)

(D)

(A) Das in den letzten Jahren durch ständige Neugründungen von Gesellschaften erzeugte Chaos hinsichtlich Aufgabenwahrnehmung und -kontrolle muss beendet werden. Es ist endlich ein funktionierendes Konzerncontrolling einzurichten. Im Übrigen muss das Gesellschaftsgeflecht entzerrt und eingedickt werden. Wir haben viel zu viele bremische Gesellschaften.

Bremen braucht eine Überprüfung seiner Verwaltungsstrukturen. Voraussetzung für diese Überprüfung ist die flächendeckende Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in allen Verwaltungseinheiten. Nur wenn die Frage, was eine Leistungserstellung tatsächlich kostet, richtig beantwortet werden kann, ist eine sachgerechte Entscheidung über Fortführung, Übertragung auf Private oder Verzicht möglich. Bei unverzichtbaren Leistungen ist auch die Kooperation mit anderen Gebietskörperschaften zu prüfen.

Eine gewisse Investitionsquote wird weiterhin notwendig sein, um den Strukturwandel zu unterstützen und die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, vor allem in Bremerhaven, abzubauen. Diese Investitionen dürfen zukünftig allerdings nur noch nach tragfähigen, nicht schöngerechneten Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchgeführt werden. Viele wünschenswerte Projekte wird man sich abschminken müssen. Das gilt im Übrigen auch für Bremerhaven. Ob dabei eine Trennung in ein GIP, also ein Grundinvestitionsprogramm, und in ein Anschlussinvestitionsprogramm notwendig ist, ist für mich eher zweitrangig. Der Katalog der Investitionen wird zwangsläufig kleiner werden müssen.

(B) Bei allen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung muss vermieden werden, dass Bremen ein unternehmerisches Risiko übernimmt und erpressbar wird. Das gilt auch dann, wenn die Durchführung auf eine Tochtergesellschaft übertragen wird. Gerade in diesem Bereich wurde in der Vergangenheit mehr als gesündigt. Im Übrigen muss auch in diesem Bereich, nämlich im Bereich der Wirtschaftsförderung, gespart werden.

Außerdem müssen wir ernsthafter als bisher an heilige Kühe heran, zum Beispiel an den Verkauf der Gewoba und in Bremerhaven zum Beispiel an den Verkauf der Stäwog. Die erlösten Mittel müssen dabei vollständig zur Schuldentilgung verwendet werden. Sie dürfen dann nicht wieder konsumtiv verausgabt werden.

Wir müssen uns selbst helfen. Das ist die Quintessenz, und das habe ich an dieser Stelle schon mehrfach gesagt. Wir dürfen uns nicht auf die Hilfe anderer verlassen, denn diese anderen haben ebenfalls große Schwierigkeiten und können oder wollen uns nicht helfen. Nur wenn wir offen und ehrlich mit den Bürgern umgehen und die Wahrheit sagen und uns selbst beim Sparen auch nicht ausnehmen, können wir Verständnis beim Bürger erhoffen.

(C) Wenn wir die unausweichlichen Sparschnitte einigermaßen gerecht verteilen und dabei politische Schwerpunkte wie zum Beispiel Kinder und Bildung, innere Sicherheit sowie Arbeitsmarkt setzen, können wir auch wieder Vertrauen gewinnen. Sozial wäre das allemal.

All dies muss in einen seriösen Haushalt einmünden, der am Ziel der Verfassungskonformität festhält und dies mittelfristig auch zu erreichen versucht. Eine Politik des „Weiter so“ oder des politisch kleinkarierten Gefeilsches um einzelne Haushaltspositionen ist jetzt nicht mehr angebracht. Sie baut kein Vertrauen auf, im Gegenteil!

Auch eine Politik, die nur noch die so genannten Primärausgaben durch ordentliche Haushaltseinnahmen decken will und die stark steigenden Zinsausgaben aus der Betrachtung ausklammert, betrügt sich selbst und auch die Öffentlichkeit. Sie steht im Übrigen im Widerspruch zu unserer Landesverfassung und auch zur Landeshaushaltsordnung. Das hat uns, wenn ich das der Presse richtig entnommen habe, der Rechnungshof gerade gestern wieder in das Stammbuch geschrieben. Damit möchte ich meine Ausführungen beenden. – Ich darf mich bedanken für Ihre Aufmerksamkeit!

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

(D) Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn ich immer zuletzt an der Reihe bin, werden Sie meine Reden nicht verhindern können. Herr Böhrnsen, Sie haben vergessen zu erwähnen, warum das Land Bremen restlos pleite ist! Das Land Bremen ist pleite durch Ihre jahrzehntelange SPD-Chaos-Politik. Das Land Bremen ist pleite und durch Ihre unfähig betriebene SPD-Politik völlig, aber auch völlig ruiniert worden. Das ist nicht das Problem des Landes, sondern das ist das Problem der sozialdemokratisch geführten Partei im Land Bremen. Das ist Ihre politische Verantwortung!

Meine Damen und Herren, wir behandeln einen ausgerechnet von den Grünen eingebrachten Antrag zur Aktuellen Stunde „Sparpolitik der großen Koalition – chaotisch und unsozial!“. Ich aber sage Ihnen, dieser Sparkurs, diese Giftliste ist nicht nur chaotisch und unsozial, nein, dieser Sparkurs ist eine Schande und eine Bankrotterklärung. Sie betreiben mit Ihrem Sparkurs den rücksichtslosesten, den skrupellosesten, den schäbigsten und den unsozialen Sozialabbau, den wir in der Geschichte des Landes Bremen jemals erlebt haben.

Meine Damen und Herren, dass ausgerechnet Bündnis 90/Die Grünen einen solchen Antrag zur Aktuellen Stunde einbringt, ist an Scheinheiligkeit und Unehrlichkeit nicht mehr zu überbieten, denn gerade die Chaosregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist doch durch ihre Agenda 2010, durch

(A) Gesundheitsreformen und andere unsoziale Reformen für den größten Sozialabbau nach dem Krieg in der Bundesrepublik Deutschland mit verantwortlich. Sie sind doch mit Ihrer Politik auch für sage und schreibe, 5,2 Millionen Arbeitslose in Deutschland erst mit verantwortlich! Im Grunde genommen haben wir ja schon zehn Millionen Arbeitslose in Deutschland.

Meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, Sie haben als Regierungspartei in Berlin den rücksichtslosesten und skrupellosesten, chaotischsten und unsozialsten Sozialabbau betrieben, den wir in Deutschland jemals gehabt haben. Ihnen spreche ich also jedenfalls das Recht ab, die Sparpolitik des Landes Bremen als chaotisch und unsozial zu bezeichnen. Hier einen solchen Antrag einzubringen ist unehrlich! Wenn Sie es wirklich ehrlich meinen, dann können Sie ja dem von mir zuerst eingebrachten Antrag „Giftliste“ zustimmen. Jetzt hier wieder einmal verspätet auf den DVU-Zug aufzuspringen muss doch für die Grünen eine geistige, politische Bankrotterklärung sein. Bündnis 90/Die Grünen, meine Damen und Herren, das ist Ihr Armutszeugnis, das Sie sich ausgestellt haben.

Sie haben, als Sie 1991 in Bremen noch eine politische Regierungsverantwortung getragen haben, doch unzählige und unsoziale Sparbeschlüsse mitgetragen und ihnen zugestimmt. Nichtsdestoweniger ist diese Bremer große Koalition eine Koalition der Schande mit unendlichen Skandalen und Steuergeldverschwendungen, die ich Ihnen anhand von Fakten und genauen Zahlen schon des Öfteren im Landtag bewiesen habe. Sie müssen heute einen unerträglichen, chaotischen und unsozialen Sparkurs fahren, da Sie schon seit Jahrzehnten nach Gutschermart auf Kosten der Bürger, auf Kosten der Steuerzahler eine Politik betrieben haben und auch wohl noch weiterhin treiben werden. Wenn die Reichen noch reicher werden, dann wird ja wohl für die Ärmsten der Armen auch noch genug übrig bleiben und abfallen! Das ist aber nicht die Politik der Deutschen Volksunion. Es ist ein politischer Skandal sondergleichen.

Darum sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit: Ihre Giftliste, die sich besonders durch eine unsoziale Kälte und Härte auszeichnet, ist chaotisch, skrupellos, skandalös und rücksichtslos. Es ist eine riesige Sauerei, dass zum Beispiel Polizeibeamte und -beamtinnen im ersten Ausbildungsjahr kein Geld mehr erhalten sollen. Eine weitere erschreckende Tatsache ist, dass ohne Neueinstellungen bei der Polizei der Altersdurchschnitt bei den Beamten und Beamtinnen 2003 sage und schreibe 49 Jahre betragen wird.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, wenn man alle unsozialen Kürzungen bei den Beamten – im Übrigen auch von der SPD beschlossenen Kürzungen, das nur einmal zur Kenntnisnahme an die Gewerkschaften –, bei den Polizeibeamten zusammenrechnet, wie zum Beispiel bei den Zulagen und so weiter, dann hat ein Bremerhavener Polizeibeamter oder eine -beamtin

monatlich zirka 20 Prozent weniger Einkommen als noch 2003.

Meine Damen und Herren, mir ist aber nicht bekannt, dass zum Beispiel der CDU-Fraktionsvorsitzende, Herr Kastendiek, oder der SPD-Fraktionsvorsitzende, Herr Böhrnsen, oder andere Abgeordnete in diesem Hause, die diese Kürzungen beschlossen haben, eine derart hohe, zirka zwanzigprozentige Einbuße in ihrem Einkommen hinnehmen mussten. Das ist mir allerdings nicht bekannt.

Hier sollten alle Abgeordneten der Altparteien erst einmal mit gutem Beispiel vorangehen, bevor sie von den Beamten etwas verlangen, was sie selbst persönlich an Einschnitten niemals hinnehmen würden. Bei den Polizeibeamten aber wird auf Kosten der inneren Sicherheit rücksichtslos und skrupellos einfach so gekürzt! Darüber sollten Sie einmal genauestens nachdenken, bevor Sie Ihre Giftliste auf Kosten und zu Lasten der Beamten schamlos umsetzen!

Meine Damen und Herren, die Beamten wollen keine Riester-Rente, sondern sie wollen Riesters Rente, und das zu Recht. Herr Dr. Scherf, wenn sogar die Polizeigewerkschaft und das Aktionsbündnis Polizei Bremerhaven eine ganzseitige Anzeige mit der sehr großen Überschrift, ich darf sie eben einmal zeigen, Herr Präsident, ich darf zitieren: „Versagt! Sie haben gut Lachen, Sie Profi! Gehen Sie nach Hause, Herr Scherf! Wir haben von Ihnen die Schnauze voll!“ Im Übrigen ist das ein Wahlkampfspruch der Deutschen Volksunion. Ich kann mich den Forderungen der Mehrzahl Ihrer SPD-Gewerkschaftler und -Genossen nur anschließen. Herr Dr. Scherf, gehen Sie nach Hause, gehen Sie in den sehr gut dotierten Ruhestand, und nehmen Sie den gesamten Senat mit nach Hause! Die Bürgerinnen und Bürger haben wirklich die Schnauze voll!

Meine Damen und Herren, gerade unsere Polizeibeamten und -beamtinnen haben in der Vergangenheit schon genug unsoziale Kürzungen hinnehmen müssen. Es reicht! Es reicht den Beamten schon lange. Sie gefährden mit Ihren weiteren geplanten Kürzungen die innere Sicherheit des Bundeslandes Bremen. Darum fordere ich Sie namens der Deutschen Volksunion auf: Kommen Sie endlich zur Besinnung! Es dürfen keine weiteren Kürzungen auf Kosten der inneren Sicherheit im Bereich der Polizei vorgenommen werden, aber nicht nur im Bereich der Polizei, auch andere unverantwortliche Kürzungen, gerade im Sozialbereich, dürfen nicht weiter vorgenommen werden!

Gerade unsere Polizeibeamtinnen und -beamten sind schon lange, viel zu lange von den Herrschenden belogen und betrogen und mit unverantwortlichen Kürzungen überdimensional belastet worden. Es reicht! Ich frage mich ganz besorgt, wie am Ende, wie kaputt muss ein Staat sein, und wie verzweifelt müssen unsere Beamten sein, wenn unsere Polizeibeamtinnen und -beamten wie am 11. März für ihre

(C)

(D)

(A) mehr als berechtigten Forderungen vor der Bürgerschaft hier draußen, teilweise im Rollstuhl sitzend, demonstrieren?

Ich sage Ihnen ganz klar und deutlich: Wenn Sie Ihre unsäglichen Kürzungen, wie zum Beispiel keine Neueinstellungen bei der Polizei, Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis 65 und weiteren Personalabbau niederträchtig umsetzen, dann sind Sie, meine Damen und Herren, nicht nur eine Gefahr für die innere Sicherheit, dann sind Sie meiner Meinung nach auch eine sehr große Gefahr für unsere Demokratie insgesamt! Wenn sogar schon weit über 1000 Polizeibeamte und -beamtinnen zu Recht für ihr Recht demonstrieren, dann ist es nicht mehr fünf vor zwölf, dann ist es bereits zehn nach zwölf. Diese erschreckende Tatsache beweist mir und der Bevölkerung des Bundeslandes Bremen, dass Sie mit Ihrer verfehlten Politik wirklich endgültig am Ende sind.

Ich sage in aller Deutlichkeit: Wo Profit regiert, wird der Mensch überflüssig! Das aber ist und wird niemals die Politik der Deutschen Volksunion sein! – Ich bedanke mich!

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Dr. Scherf.

(B) **Bürgermeister Dr. Scherf:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Aktuelle Stunde ist die erste Gelegenheit, dass wir uns im Parlament mit den Beratungen im Koalitionsausschuss auseinandersetzen. Ich habe eben versucht, die drei Oppositionsstimmen zu sortieren und mir klar zu machen, warum Herr Tittmann Herrn Wedler Beifall klatscht

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Weil er seine Rede beendet hatte!)

und anschließend genau das Gegenteil sagt.

Er hat als einziger Herrn Wedler Beifall geklatscht, der hier einen verfassungskonformen Haushalt fordert. Das hat hier außer Herrn Wedler niemand gefordert. Ich weiß gar nicht, ob er weiß, was das bedeutet! Immerhin haben Sie den Beifall gemerkt, Herr Wedler.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Weil er zu Ende war!)

Anschließend stellt er sich hin und sagt exakt das Gegenteil und sagt, es darf nicht gekürzt werden.

(Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

Die Verwirrung ist unübersehbar. Es ist darum dringend notwendig, dass wir uns auf das verständigen, was geht, und natürlich muss das die Koalition, die hier die Regierungsaufgabe zu organisieren hat, machen.

(C) Frau Linnert, als Sie das Verfassungsproblem des Koalitionsausschusses angesprochen und dann angesetzt haben, wie wir das in der Ampel gemacht haben und jetzt machen: Wissen Sie, was der einzige Unterschied war zwischen den Erfahrungen im Koalitionsausschuss der Ampel und dem jetzt?

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Harmonie!)

Bei der Ampel ist alles zerredet worden, und hier wird endlich gehandelt und gemeinsam beschlossen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Darum sind wir auseinander gelaufen!

Übrigens hat die FDP damals die Koalition auseinander getrieben, nicht Sie, Herr Wedler, aber Ihre Parteikollegen! Das ist ihnen nicht gut bekommen, weil die Öffentlichkeit sehr genau hinschaut, wer schwierige Sachverhalte annimmt, sich ihnen stellt, sich vornimmt, sie zu lösen, und nicht vor ihnen wegläuft. Das war meine Erfahrung aus der Ampelzeit, und das ist jetzt eine ganz andere Erfahrung.

(D) Wir wissen, dass wir in dramatisch schwieriger Lage sind. Es ist jetzt aber nicht angebracht, dass wir uns beim Wettlauf im Schwarzmalen überbieten. Die Leute wollen wissen, wo es langgeht. Sie wollen wissen, worauf wir uns in den nächsten Jahren gemeinsam verständigen müssen, auf eine natürlich angemessene Antwort auf diese Lage. Da ist es dringend notwendig, dass wir uns verständigen und handlungsfähig sind, und es war gut, dass wir das in dem Koalitionsausschuss in den letzten Tagen und Wochen gemacht haben.

Ich habe als durchgängige Erfahrung in diesem Koalitionsausschuss erlebt, dass alle, die dabei waren, diese Lösung konkretisieren wollen. Keiner von denen ist ausgerissen, keiner von denen hat gesagt: Bitte sehr, der Nächste kommt gleich! Alle, wie wir da sind mit unseren unterschiedlichen Prioritäten, haben gesagt, wir wollen das annehmen, wir wollen eine inhaltliche Antwort auf diese schwierige Lage haben.

Das ist eine wichtige Klärung, und natürlich hat Frau Linnert Recht. Das ist der Anfang einer Beratung, nicht das Ende einer Beratung. Wir haben ein Dreivierteljahr Haushaltsberatungen vor uns. Wir müssen ganz viele Themen, Detailpapiere und Detailfragen klären. Wir müssen aber vorher wissen, stehen sie, oder stehen sie nicht? Das ist deutlich klar geworden.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Müssen Sie vorher verabreden und dann beraten! Na klar!)

(A) Dass Sie das als Oppositionssprecherin nicht gut finden, verstehe ich, finde ich auch okay. Ich darf es aber doch sagen, dass das die erste Erfahrung ist, die ich in diesen letzten Tagen gemacht habe. Die ist gut, auf die verlasse ich mich!

Die zweite ist, wir haben uns nicht ausschließlich defensiv verhalten, sondern wir haben Schwerpunkte gesetzt. Wir, diese Koalition hat in dieser schwierigen Lage, wo wir eigene Beiträge für den Haushalt zusammenzubringen haben, gemeinsam Schwerpunkte gesetzt. Das ist wichtig! Wir haben diesen Schwerpunkt bei den Kleinen gesetzt, bei den Vorschul- und den Schulkindern, und haben gesagt, das ist mit uns auch in Zukunft zu gestalten. Da wollen wir uns nicht herausdrängen lassen. Da wollen wir uns nicht wegdrängen lassen, sondern das nehmen wir an!

(Beifall bei der SPD)

Herr Kastendiek hat aber Recht, wenn er sagt, es gibt demographisch veränderte Lagen. Wenn man über 1000 Kinder im Vorschulalter weniger hat in dieser Zeit, dann kann man nicht einfach sagen, es bleibt alles gleich, dann muss es dafür eine entsprechende Antwort geben. Darum bemühen wir uns. Wir wollen, richtig gesagt von Herrn Böhrnsen, die Standards gemeinsam verteidigen. Diese Rechnung, dass am Schluss 500 Plätze übrig bleiben, ist wirklich eine absurde Rechnung, das müssen Sie doch selbst wissen, aber darüber reden wir nachher noch einmal. Wir wollen die Versorgung halten, wir wollen den Standard halten, aber wir wollen natürlich nutzen, dass die demographische Entwicklung uns einen Handlungsspielraum eröffnet, das nutzen wir.

(B) Genauso bei den Schulen! Wir wollen uns bei den Schulen gerade im Angesicht von Pisa nicht abmelden und sagen, das war es, sondern wir wollen weiter die hier beratenen und beschlossenen Schwerpunkte durchsetzen. Wir haben uns nicht verabschiedet von dem, was wir bildungspolitisch in den letzten Jahren auch und gerade in der großen Koalition zusammengebracht haben, sondern wir wollen das weiter konzentriert durchsetzen. Auch da gibt es eine deutlich erkennbare Priorität.

Das Dritte, was ich unbedingt sagen möchte, ist: Wir wollen das Feld Arbeit bei der hohen Arbeitslosigkeit in unserem Land offensiv angehen. Herr Wedler, das muss Sie doch nachdenklich machen. Sie haben dazu kein Wort gesagt, obwohl Sie aus Bremerhaven kommen, dass wir in dieser dramatischen Kürzungslage sagen, wir wollen die Kaiserschleuse, weil wir diese wichtige Investition in die Zukunft wollen, weil davon nicht nur Bremerhaven, sondern das ganze Land profitiert. Jetzt nickt er! Das muss man aber doch sagen, das ist doch eine Leistung, das ist doch ein ganz starkes Exponieren im positiven Sinne für den Standort. Das lasse ich mir doch nicht wegnehmen, sondern das nehme ich als eine starke

Parteinahme für diesen jobstiftenden Sektor. Da wachsen ständig Jobs, und wir sind da gut aufgestellt.

(C)

Wir haben gute Gründe zu sagen, auch in Zukunft wird das weitergehen. Das haben wir uns vorgenommen, und das ist mit hineingearbeitet worden in dieses schwierige Konzept mit insgesamt über alles gekürzten Ansätzen, aber trotzdem erkennbar und inhaltlich sichtbar und auch zum Mitmachen. Wir wollen ja nicht nur allein bleiben. Darf ich das sagen? Wir wollen bei dieser schwierigen Anstrengung, mit diesem Haushaltsproblem klarzukommen, nicht allein mit unseren Mitarbeitern bleiben. Wir wollen Einladungen aussprechen, für die in Bremerhaven und in Bremen lebenden Menschen zu sagen, wir wollen mit euch die Selbständigkeit Bremens, wir wollen mit euch die Perspektive der Menschen in Bremen und Bremerhaven offensiv gestalten, und wir brauchen euch! Wir müssen das mit euch machen, wir müssen eine neue Zuordnung von dem, was ihr leisten könnt und was wir leisten können, finden! Das geht nur, wenn wir wahrnehmen und annehmen, was wir an Bürgertraditionen in dieser alten Hansestadt haben.

(Zuruf des Abg. D r . G ü l d n e r
[Bündnis 90/Die Grünen])

Ja, wir haben in den letzten Jahren diesen Strukturwandel eingeleitet. Ich weiß, dass Sie das als Grüner nicht gern hören. Wir sind in den letzten Jahren in die richtige Richtung gegangen. Wir sind nicht angekommen, was den Haushalt angeht, aber wir sind angekommen, was den Strukturwandel und die Einleitung des Strukturwandels angeht. Das lasse ich mir auch nicht nehmen. Diese positive Erfahrung der letzten zehn Jahre müssen wir, zugegeben unter dramatischen, engen Haushaltsrahmenbedingungen, natürlich auch in Zukunft annehmen.

(D)

Ich nehme jedes Angebot ernst, auch wenn Frau Linnert sagt, wir wollen beim Kürzen dabei sein, so habe ich sie verstanden, denn wir sehen auch keine prinzipielle Alternative, ich nehme jedes Angebot auf, das mithilft, diese schwierige Lage zu beantworten. Ich setze darauf, dass die Leute uns nicht weglauen. Ich setze darauf, dass sie Menschen wie Herrn Tittmann, und wenn er noch so große Anzeigen zeigt, durchschauen können. Er will nicht das Land, sondern er will seine Partei sanieren. Wir wollen das Land nach vorn stellen, wir wollen für die Leute arbeiten und nicht für irgendwelche Münchener Hintermänner, die endlich Geld sehen wollen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir wollen für die Leute in Bremerhaven und in Bremen arbeiten, und nichts anderes ist wichtig! – Ich danke Ihnen!

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(A) **Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister Dr. Scherf, besser als Sie kann man es nicht sagen. Erst wird im Koalitionsausschuss verabredet, und dann wird beraten. Damit werden die Haushaltsberatungen hier zur Farce, und es ist auch nicht möglich, eine Gemeinsamkeit in der notwendigen Sparpolitik herzustellen, weder mit uns noch mit der Bevölkerung in Bremen, wenn Sie es so machen. Es geht auch um die Ergebnisse, die Sie erzielen. Das Ziel eines ausgeglichenen Primärhaushaltes ist ein rein abstraktes Ziel, und die Vorschläge, die Sie machen, sind in keiner Art und Weise gerechnet und mit diesem abstrakten Ziel in Deckung zu bringen. Das ist das Problem, dass Sie wieder nur irgendwelche Sachen beschließen, sich überlegen, die aber mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man kann hier wie Herr Böhrnsen natürlich auch donnernde Reden halten, was Sie alles für wundervolle Ziele haben. Wir würden wahrscheinlich an keinem einzigen Punkt auseinander liegen, bloß die Taten, die Sie machen, sind nicht im Dienste dieser Ziele. Wenn Sie sagen, Sie wollen den KTH-Bereich besser ausstatten oder einen Standard machen, der auch wirklich vertretbar ist, dann müssen Sie auch das Geld bereitstellen! Es ist nicht absurd, was ich vorgerechnet habe. Wenn Sie die PEP-Quote so wie verabredet auf den KTH-Bereich legen wollen, wird Frau Senatorin Röpke nichts anderes übrig bleiben, als die Ganztagsplätze bis auf einen kleinen Rest zusammenzuschmelzen.

(B) Man kann doch nicht von irgendwelchen Zielen auf dem Mond etwas erzählen und sich nicht darüber klar sein, dass die Finanzbeschlüsse einen Zusammenhang herstellen zwischen dem, was letztendlich dabei herauskommt! Oder ist Ihnen der Haushalt mittlerweile völlig egal geworden?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dasselbe gilt auch für den Bildungsbereich. Auch da geht es immer darum, welche Ressourcen werden bereitgestellt. Die Finanzbeschlüsse, die Sie gefasst haben, stehen in keinem Zusammenhang zu dem guten Willen, auch wie Herr Böhrnsen ihn hier dargestellt hat. Herr Böhrnsen: Wir wollen die gegenwärtigen Standards in den KTHs halten. Wie denn, mit welchem Geld denn? Die Finanzbeschlüsse der Koalition sind dem doch entgegengesetzt.

Wir wollen ein Benchmarking mit den Behinderteneinrichtungen machen, haben Sie hier gesagt. In Wirklichkeit ist es aber so – und unter Berücksichtigung der besonderen Standards Bremens, haben Sie

gesagt, das ist auch richtig, das so zu machen –, dass die Beschlüsse, die Sie gefasst haben, nämlich 45 Millionen Euro bei den Sozialleistungen einzusparen, keine andere Wahl lassen als einzusparen. Nehmen Sie das einfach einmal zur Kenntnis, dass man da einen Zusammenhang herstellen muss!

(C)

Es ist auch nicht korrekt, hier zu erzählen, dass es nur einen Prüfauftrag bei den Pflegeeinrichtungen geben wird. Es ist so, dass die Einsparzwänge, die Sie dem Sozialhaushalt auferlegt haben, keine andere Wahl lassen werden, als die Investitionskostenzuschüsse für Pflegeeinrichtungen zu kürzen. In der Presseerklärung, die der Koalitionsausschuss abgegeben hat, heißt es wörtlich, „die Sparvorgaben für Senatorin Röpke“, also für den Sozialhaushalt, und dann „unter Berücksichtigung der Einsparvorschläge des Ressorts in Höhe von 15 Millionen Euro“. Die hat das Ressort angeboten, und Teil der 15 Millionen Euro ist die Kürzung beziehungsweise Streichung der Investitionskosten.

(Abg. **Kastendiek** [CDU]: Nein! Stimmt nicht!)

Frau Wiedemeyer nickt. Das finde ich jetzt korrekt. Dem müssen Sie sich einfach stellen, dass das Gute, was Sie wollen und was ich Ihnen auch glaube, einfach überhaupt keinen Zusammenhang mehr hat mit dem, was Sie an realen Finanzbeschlüssen fassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Herr Kastendiek, an die Grünen den Vorwurf zu richten, wir hätten den Ernst der Lage noch nicht erkannt, das ist wirklich ein Treppenwitz! Seit zwei Jahren reden wir darüber, dass Sie den Kanzlerbrief in einer Art und Weise buchen, wie man es nicht machen kann. Was mussten wir uns hier anhören, auch von Ihnen, mit diesen allgemeinen Sprüchen, die hier immer kommen, dass wir keine Ahnung hätten oder sonst irgendetwas! Wir weisen seit Jahren darauf hin, dass die Sanierungsziele nicht erreicht werden können. Abgebürstet bis dort hinaus! Das Siemens-Hochhaus, was heute in der Zeitung steht, das waren die Grünen, die darauf aufmerksam gemacht haben, dass das Geld zum Fenster hinausgeworfen wird. Oder beim Stadthallenausbau! Wie wurden wir hier abgebürstet! Die Sanierungsziele sind nicht erreicht, jahrelang haben Sie es abgestritten, aber wir haben den Ernst der Lage nicht erkannt. Das ist wirklich einfach lächerlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde es richtig, dass sich die SPD darauf geeignet hat und fordert, dass Bremen dem Tarifvertrag beitreten soll und nicht weiter auf den ungefangenen Fisch Solidarpakt setzen sollte. Aber bitte, verschonen Sie das Parlament mit Ihren Streitereien, wer

(A) wann wo etwas im Koalitionsausschuss verabredet hat! Fassen Sie Beschlüsse in den dafür zuständigen Gremien, und dann kann man sich damit auseinander setzen!

Zu Herrn Wedler möchte ich eigentlich nur einen einzigen Satz sagen. Es ist immer dasselbe mit Ihnen. Wenn es darum geht, irgendwelche Kürzungen in Bremerhaven zu machen, sind Sie der Erste, der nein sagt, und dann schlagen Sie hier eine Finanzpolitik vor, die jeder Grundlage entbehrt. Es ist nicht möglich, was Sie sich vorstellen! Herr Kastendiek hat auch noch einmal vom verfassungskonformen Haushalt geredet. Nichts! Wir könnten allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst kündigen, und wir würden keinen ausgeglichenen Haushalt hinbekommen, begreifen Sie das doch endlich einmal!

Der Gewoba-Verkauf ist das Verkehrteste, weil Sie nämlich eine Finanzpolitik machen, die rein quantitativ orientiert ist.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Wollen wir auch nicht!)

Die Gewoba brauchen wir für eine strategische Ausrichtung der Politik, oder wollen Sie es wirklich verantworten, so wie es in einem Papier für den Koalitionsausschuss stand, dass man an starke Partner verkauft mit dem Ergebnis, dass ganze Stadtteile veröden werden?

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich vermisse bei der Koalition ein bisschen, nur ein kleines bisschen das Bewusstsein dafür, dass in ihre Regierungszeit acht Milliarden Euro Sanierungshilfen fallen, die Sie zum Teil sinnvoll ausgegeben haben, aber auch zum Teil verjuxt haben, und dass die schlimme Lage, vor der wir jetzt stehen, nicht nur hausgemacht ist, sondern ganz viel mit Ihrer eigenen Politik zu tun hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Scherf, der Unterschied zwischen Ihnen und der Deutschen Volksunion, also Herrn Dr. Frey als Bundesvorsitzendem, ist der, die Deutsche Volksunion ist bestens saniert und finanziell gesund, und Ihr Bundesland ist restlos pleite. Der SPD laufen die Mitglieder, die Wähler weg, und die Deutsche Volksunion hat Mitgliederzuwachs. Das ist schon einmal sehr gut. Das bedeutet, es ist Tatsache, dass Herr Dr. Frey viel besser mit Geld umgehen kann, als Sie als Ministerpräsident des kleinen Bundeslandes damit jemals umgehen könnten.

Meine Damen und Herren, wer in diese Besoldungsgruppen im Besoldungsgefüge eingreift bei den Beamten, muss wissen, dass er einen Sturm entfacht und auf massiven Widerstand der Beamtinnen und Beamten und der Deutschen Volksunion stößt. Die Polizeibeamten und andere Beamten lassen sich Ihre schamlose, verfehlte und unsoziale Politik nicht mehr länger gefallen, und das ist auch gut so.

(C)

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber sie lassen sich auch keine Vereinnahmung durch die DVU gefallen!)

In schweren Zeiten muss gespart werden, das ist vollkommen klar, aber nur – nun kommt das Aber – entgegen dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts muss diese große Koalition sparen, weil sie eine vollkommen falsche Investitionspolitik betrieben hat, weil sie eine vollkommen falsche Wirtschaftspolitik betrieben hat und weil sie eine vollkommen falsche Finanzpolitik betrieben hat. Unter dieser verfehlten und falschen Politik sollen nun die Mitarbeiter des Landes und der beiden Städte Bremen und Bremerhaven leiden. Das, meine Damen und Herren, ist unverantwortlich und hat mit sozialer Gerechtigkeit nichts zu tun. Das hat auch mit Verantwortung für die Mitarbeiter nichts zu tun. Das ist eine kalte, brutale, unanständige, rücksichtslose Politik auf Kosten und zu Lasten der Mitarbeiter, und das ist eine Riesensauerei!

(D)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde, Herr Abgeordneter Tittmann, solche Äußerungen, die Sie hier tätigen, können nicht unkommentiert stehen bleiben.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Die Zahlen sprechen doch für sich!)

Sie sind und bleiben ein Rattenfänger!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Mit Ihren Reden versuchen Sie, die Leute aufzuhetzen, das hat nichts mit seriöser Politik zu tun. Wie Sie die Leute aufhetzen und versuchen zu spalten, erinnert mich fatal an die Zeit von 1933 bis 1945, als diese Art von Reden offensichtlich politische Kultur waren, und von daher sind sie zurückzuweisen. Sie sind und bleiben hier unglaubwürdig.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Herr Kastendiek, ich bin 1954 geboren! Merken Sie sich das!)

(A) Ich will mich hier jetzt auch nicht zu einer unbedachten Äußerung hinreißen lassen, so dass dann der Präsident konsequenterweise mich rügen müsste. Ich will es dabei belassen, Sie versuchen hier, die Leute zu fangen. Herr Bürgermeister Dr. Scherf hat vollkommen Recht, Sie haben es auch letztendlich gesagt, Ihnen liegt nur eines am Herzen, nämlich offensichtlich der Parteivorsitzende aus München, der hier auch falsche Reden schreibt. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

Verkehrssicherheit für Kinder optimieren

Große Anfrage der Fraktionen der CDU
und der SPD
vom 13. Dezember 2004
(Drucksache 16/488)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2005

(Drucksache 16/530)

(B) Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen. Herr Senator, ich gehe davon aus, dass Sie darauf verzichten wollen.

(Senator R ö w e k a m p : Wie der Souverän es wünscht!)

Das ist nett von Ihnen, dass Sie dem Souverän den Vorrang einräumen.

Wir treten in die Aussprache ein.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ahrens.

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kinder sind im allgemeinen Straßenverkehr besonders gefährdet, das ist eine traurige Wahrheit. Daher haben wir die Große Anfrage zum Thema „Verkehrssicherheit für Kinder optimieren“ eingereicht, um uns mit dem Schutz von Kindern zu beschäftigen.

(Vizepräsidentin D r . M a t h e s übernimmt den Vorsitz.)

Kinder können bis zum neunten oder zehnten Lebensjahr die Komplexität des Straßenverkehrs nicht vollständig erfassen. So sind ihr Orientierungssinn,

das Gehör und das Sichtfeld nur begrenzt entwickelt. Geschwindigkeiten herankommender Autos oder Entfernungen werden falsch eingeschätzt. Die Reaktionszeit von Kindern ist gegenüber Erwachsenen dreimal so lang. Auch fällt es Kindern schwer, mit dem Gehör zu erfassen, aus welcher Richtung ein Fahrzeug kommt. Kurzum, Kinder müssen langsam an die Bedingungen im Straßenverkehr herangeführt werden.

Wenn man sich die Ursachen ansieht, die aus Sicht von Experten für die Unfälle von Kindern verantwortlich sind, dann deutet vieles auf Defizite in der Verkehrserziehung hin. Hier dürfen wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen, denn jeder Unfall, jeder Verletzte ist einer zu viel.

Wir hatten bereits im November 2003 mit der Drucksachen Nummer 16/54 eine Große Anfrage zu den Ursachen von Straßenverkehrsunfällen allgemein gestellt und eine sehr ausführliche Antwort hierauf erhalten. Dabei stellte der Senat fest, dass die Verkehrsunfallbeteiligung von Kindern im Land Bremen in den vergangenen Jahren zwar regional sehr unterschiedlich war, aber insgesamt doch zu hoch. Der Senat definierte damals in seiner Antwort einen Handlungsbedarf und intensivierte daraufhin die Verkehrserziehung und die Verkehrsaufklärung in den Kindergärten und Schulen. Gut anderthalb Jahre später wollen wir als CDU-Fraktion noch einmal speziell den Bereich der Verkehrssicherheit von Kindern aufgreifen, weil Kinder zu den schwächsten Verkehrsteilnehmern gehören und das Thema nicht aus dem Fokus geraten darf.

Mein Kollege Erwin Knäpper hat das in seinem damaligen Debattenbeitrag sehr gut auf den Punkt gebracht, und ich zitiere daraus mit Genehmigung der Präsidentin: „Straßen und Wohngegenden sind von Erwachsenen für Erwachsene geplant und gebaut und für Autos bemessen. Die Kinder wurden dabei sozusagen vergessen. So kommt es, dass der Spielplatz Straße meist zu gefährlich und der Bürgersteig zu schmal ist.“ Daher finden wir als CDU die Initiative des VCD, des Verkehrsclubs Deutschland, Landesverband Bremen e. V., der in Zusammenarbeit mit dem ADFC und dem Verein Spiellandschaft Stadt für die ganze Stadt Bremen einen kindgerechten Stadtteilplan entwickeln möchte, sehr interessant. Ich weiß, dass die SPD-Fraktion das ebenso sieht, aber ich mache auch noch einmal deutlich, ein solcher kindgerechter Stadtteilplan für Eltern ist kein Ersatz dafür, dass sie im Rahmen ihrer elterlichen Verantwortung ihren Kindern die Umgebung zeigen und ihren Kindern ein adäquates Verhalten im Straßenverkehr beibringen müssen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

In diesen Stadtteilplan sollen für Kinder verkehrsarme Wegebeziehungen als Vernetzung von Spiel- und Bewegungsräumen in der näheren Umgebung,

(C)

(D)

- (A) die Vermittlung von altersgerechter Mobilität für Kinder zu Fuß und mit dem Fahrrad sowie Verkehrssicherheit als sichere Wege zum Kindergarten, zur Schule und zu allen anderen Aktivitäten darüber hinaus aufgenommen werden. Die Kinderstadtteilpläne sollen dabei sowohl in Papierform als auch in Form eines interaktiven Internetangebotes erstellt werden.

Wir werden uns das Konzept in der nächsten Sitzung der Umweltdeputation vorstellen lassen und dann beraten, ob es ökologisch und auch für die Verkehrssicherheit der Kinder einen entscheidenden Beitrag leistet, und gegebenenfalls dann darüber entsprechend beschließen. Dies ist darüber hinaus auch eine gute Ergänzung zu dem Projekt der Sozialsenatorin „Spielräume schaffen“, in dem versucht wurde aufzuzeigen, wo Kinder auch abseits von Spielplätzen weitere Spielmöglichkeiten in ihrer näheren Umgebung finden.

Kinder sind nach der Einführung der Gurtpflicht in Autos, wodurch die Verkehrsunfälle von Kindern in diesem Bereich sehr stark zurückgegangen sind, vor allem als Fußgänger und als Radfahrer besonderen Gefahren ausgesetzt. Als Fußgänger erleiden Kinder die häufigsten Unfälle bei den so genannten Querungsunfällen, also dem plötzlichen Hervortreten hinter Sichthindernissen wie zum Beispiel parkenden Autos. Daher legen die Kontaktpolizisten in ihrer Verkehrserziehung von Kindern auf diesen Bereich auch besonderen Wert.

- (B) So gehen die Kops im letzten Kindergartenjahr mit den Kindergartenkindern die Schulwege ab und wiederholen diese Schulung im ersten Schuljahr. Dann, im ersten Schuljahr, gehen die Kontaktpolizisten mit der gesamten, kompletten Klasse zu jedem einzelnen Kind dieser Klasse nach Hause und laufen dann mit der gesamten Klasse den gemeinsamen Schulweg dieses einzelnen Kindes komplett ab. Diese im Durchschnitt drei Tage dauernde praktische Verkehrserziehung umfasst unter anderem den Bereich, wie bewege ich mich korrekt als Fußgänger im Straßenverkehr, und wie kleide ich mich angemessen, zum Beispiel in der dunklen Jahreszeit, damit ich gesehen werde. Wir finden, das ist ein sehr positiver Beitrag, der beibehalten werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Bei den Rad fahrenden Kindern wird etwa die Hälfte der Unfälle durch beteiligte Autofahrer verursacht, die andere Hälfte durch die Kinder selbst. Daher kann dieses Problem mit weiteren verkehrserzieherischen Maßnahmen im Bereich Fahrrad, wie bewege ich mich korrekt mit dem Fahrrad im Straßenverkehr, auf die ich in meinem Beitrag später noch eingehe, nicht allein gelöst werden. Um Unfälle von vornherein zu vermeiden, ist die Verkehrsführung im Wegenetz, also die Überprüfung der gebauten Infrastruktur, wichtig. Bei

der Erstellung des Programms Zielplanung Fahrrad, bei dem es inhaltlich um die Entwicklung des Radverkehrs in den nächsten zehn Jahren in Bremen geht, war dies ein Schwerpunkt. Dabei wurde besonderer Wert auf die Verbesserung von Sichtbeziehung von Kfz- und Radverkehr an Strecken und Verkehrsknotenpunkten gelegt. Auch die verkehrssichere bauliche Gestaltung von Radwegen im Bereich von Grundstückszufahrten und Einmündungen liegt dabei im besonderen Blickfeld.

Besonders hervorzuheben ist im Bereich Vermeidung von Unfällen im Bereich des Fahrradverkehrs übrigens die Stadt Bremerhaven. Sie veranstaltet als eine von zehn Städten im gesamten Bundesgebiet einen runden Tisch Fahrradverkehr, dessen Ergebnisse in einem Leitfaden zur kommunalen Umsetzung des nationalen Radverkehrsplans genutzt werden sollen. Ich finde, das sollte man an dieser Stelle auch einmal anerkennen.

(Beifall bei der CDU)

Daneben ist es wichtig, mit den Kindern in Theorie und Praxis eine weitere Verkehrserziehung in der Grundschule durchzuführen. Dies geschieht an Bremer Schulen im theoretischen Verkehrsunterricht durch eine Lehrkraft im Sachkundeunterricht. Die Polizei betreibt zusammen mit Vereinen wie zum Beispiel der Deutschen Verkehrswacht oder auch dem Vorschulparlament intensive Aufklärungsarbeit, sie berät Lehrerinnen und Lehrer und stellt Materialien und Lernprogramme für die Verkehrserziehung bereit. Gerade das Angebot der Deutschen Verkehrswacht, das auch Fortbildungsseminare für Lehrkräfte und Eltern enthält, ist hierbei hervorzuheben. Die praktische Verkehrserziehung wird dabei durch den Kontaktpolizisten vor Ort durchgeführt. Ein besonderer Schwerpunkt der Polizei liegt auf dem Erwerb des so genannten Fahrradführerscheins in Klasse vier.

Um Kinder spielerisch an die Verkehrsregeln heranzuführen, hat die Polizei in Bremen im Jahre 2004 die so genannte Puppenbühne der Polizei ins Leben gerufen, die einmal pro Woche in Bremer Schulen erscheint. Hier beschäftigen sich zwei Polizeibeamte und eine Polizeibeamtin einen ganzen Schultag lang mit den Kindern und bringen ihnen die wichtigsten Verkehrsregeln auf spielerische Weise bei.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Senat für dieses Thema ein hohes Bewusstsein hat und ressortübergreifend zusammenarbeitet. Nicht nur Inneres kümmert sich um dieses Thema, sondern arbeitet im Bereich der Verkehrserziehung eng mit Soziales im KTH-Bereich und Bildung im Bereich der Grundschulen zusammen. Auch beim Senator für Bau, Umwelt und Verkehr wird dieses Thema gesehen, wie wir an der Erstellung des „Zielplans Fahrrad“ erkennen konnten oder an der vom Umweltsenator eventuell finanzierten Idee des kindgerechten Stadtteilplans.

(C)

(D)

(A) Wir als CDU-Fraktion wünschen uns in diesem Zusammenhang, dass die Verkehrserziehung von Kindern und damit die Vermeidung von Unfällen auch weiterhin einen so hohen Stellenwert beim Senat hat. Wir brauchen auch weiterhin Einfälle gegen Unfälle, damit sich die Anzahl der im Verkehr verletzten oder getöteten Kinder weiter senken lässt. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir behandeln heute mit der Drucksache 16/488 das sehr wichtige Thema „Verkehrssicherheit für Kinder optimieren“. In dieser Großen Anfrage wird klar und deutlich festgestellt, dass sehr viele Kinder großen Gefahren im Straßenverkehr schutzlos ausgeliefert sind, aber dazu bedarf es keiner Großen Anfrage. Sie können unzählige und schreckliche Straßenverkehrsunfälle mit Todesfolge jeden Tag bundesweit in den Medien schwarz auf weiß nachvollziehen. Somit dürften Ihnen die schrecklichen Folgen und Ursachen von Verkehrsunfällen nicht erst seit gestern bekannt sein. Tatsache ist, dass viele tausend Kinder jedes Jahr auf unseren Straßen verunglücken, mehrere hundert davon tödlich.

(B)

Ich sage Ihnen im Namen der Deutschen Volksunion, Kinder sind in einer Gesellschaft alles. Kinder sind Glück, Liebe und Hoffnung. Kinder sind unsere Zukunft. Deshalb müssen wir ihnen auch alles geben, unsere Liebe, unsere Zuversicht, unser Vertrauen und alle erdenkliche Sicherheit, die man für Geld kaufen kann.

Deshalb ist es politisch unverantwortlich, dass bei sage und schreibe 2,5 Millionen Verkehrsunfällen im Jahr die finanziellen Mittel für die Verkehrssicherheitsmaßnahmen in den letzten Jahren ständig gekürzt, aber im Gegensatz zu Deutschland in allen anderen europäischen Ländern erhöht worden sind. Das ist ein politischer Skandal sondergleichen, den die rot-grüne Chaosregierung zu verantworten hat. Das wäre unter einer politischen Regierungsverantwortung der Deutschen Volksunion unmöglich!

Gerade in einem solch wichtigen Bereich wie der Verkehrssicherheit zum Schutz unserer Kinder darf auf keinen Fall gespart werden, sondern man muss diese finanziellen Mittel im Interesse und zum Schutz unserer Kinder im Bereich der Verkehrserziehung und Verkehrssicherheit dringend erhöhen und nicht unverantwortlich kürzen.

Meine Damen und Herren, für unsere Kinder ist das Fahrrad in der heutigen Zeit ein sehr wichtiges und viel genutztes Fortbewegungsmittel. Kinder sehen aber anders. Sie können zum Beispiel nicht immer

ein stehendes von einem fahrenden Auto unterscheiden. Kinder haben noch kein Gefahrenbewusstsein. Kinder sind im Straßenverkehr oft und leicht abzulenken, sie reagieren oft impulsiv, und diesbezüglich ist ihr Verhalten nicht immer vorhersehbar. Sie reagieren oft impulsmäßig, und das kann man beim besten Willen nicht immer vorher berechnen.

(C)

Frühestens mit acht Jahren können sich Kinder als Fußgänger oder Fahrradfahrer annähernd sicher und konzentriert im Straßenverkehr fortbewegen und theoretisches Wissen aus der Verkehrserziehung auf die Praxis im Straßenverkehr übertragen. Kinder sind aufgrund ihrer Körpergröße sehr benachteiligt, stehen sie zum Beispiel zwischen zwei parkenden Autos, sind sie gezwungen, sich extrem weit vorzubeugen. Darüber hinaus sind Kinder frühestens mit zehn Jahren in der Lage, Geschwindigkeiten bis zu 50 Stundenkilometer einigermaßen einschätzen zu können.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, frühestens mit zehn Jahren können Kinder einfache Strecken problemlos mit dem Fahrrad fahren. Kinder aber unter 14 Jahren haben noch nicht so einen großen Blickwinkel wie die Erwachsenen. Statt 150 Grad können sie nur 120 Grad einsehen. Erst mit 14 Jahren sind Kinder als Fußgänger oder Fahrradfahrer völlig sicher im Verkehr.

Darum ist es dringend erforderlich, dass in den Grundschulen der Verkehrsunterricht, sprich Verkehrserziehung, unter fachkundiger Anleitung zum Beispiel von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten stundenmäßig intensiviert und erhöht wird und der Fahrradführerschein als fester Bestandteil im Verkehrsunterricht verankert wird. Aber auch Erwachsene haben hier eine sehr große Verantwortung. Ich habe noch nie so viele erwachsene Fahrradfahrer gesehen und erlebt, die so oft, auch im Beisein kleiner Kinder, gegen die Straßenverkehrsordnung verstoßen haben wie hier in der Stadt Bremen. Da wird zum Beispiel mit dem Fahrrad auf der verkehrten Straßenseite gefahren oder aber, was sehr oft passiert, mit dem Fahrrad bei roter Ampel über die Straße gefahren oder bei Rot über die Straße gegangen.

(D)

Nun frage ich Sie allen Ernstes: Wie sollen unsere Kinder bei solchen erwachsenen Vorbildern eine vernünftige und effektive Verkehrssicherheit erlernen? Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Verantwortliche Verkehrserziehung fängt beim vorbildlichen Verhalten der Erwachsenen im Straßenverkehr an.

Meine Damen und Herren, die Überschrift lautet „Verkehrssicherheit für Kinder optimieren“. Dazu aber ist es dringend erforderlich und eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass unsere Kinder im schulischen Verkehrsunterricht über die vielfältigen großen Gefahren, sei es als Fahrradfahrer oder Fußgänger, im Straßenverkehr umfassender unterrichtet werden als bisher. Das ist eine vorrangige Aufgabe und Verpflichtung der Grundschulen, aber auch das Elternhaus hat

(A) hier eine sehr große Verantwortung. Dazu gehört, Kinder in dunklen Jahreszeiten hell zu kleiden und sie mit einem hellen und selbstverständlich verkehrssicheren Fahrrad auf die Straße zu lassen. Diese Dinge sollten eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Meine Damen und Herren, Kinder sind unser Ein und Alles, sie sind die Wurzeln der Zukunft, und sie haben unseren Schutz verdient. Darum habe ich mir zu diesem wichtigen Thema nicht nur eine Anfrage gewünscht, sondern beschlussfähige Anträge, die wir heute zum Schutz unserer Kinder hätten schnellstens beschließen und umsetzen können. Das wäre eigentlich Ihre große politische Aufgabe gewesen. So aber vergeht wie so oft sehr viel wertvolle Zeit, bis von Ihnen endlich effektiv zum Schutz unserer Kinder politisch gehandelt wird, und das ist ein Skandal. – Ich danke Ihnen!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ehmke.

Abg. **Ehmke** (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich sagen, ich finde, dass diese Große Anfrage und die Antwort des Senats darauf sehr umfassend, ausführlich und gut ausgefallen sind, und muss weiter darauf hinweisen, dass meine Vorrednerin Frau Ahrens viele wichtige und zentrale Punkte benannt hat, die wir als SPD-Fraktion so teilen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Da es sich durch eine ständige Wiederholung des Gesagten zwar besser einprägt, aber der Wahrheitsgehalt auch nicht steigt, will ich versuchen, mich an dieser Stelle kurz zu fassen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Frau **Wiedermeier** [SPD]: Das ist doch einmal etwas!)

In der Tat ist es so – und ich denke, das geht aus der Anfrage hervor –, dass wir hier nicht in der Notwendigkeit stehen, irgendwelche Anträge zu beschließen, sondern wir stellen fest, dass der Senat seinen Job an dieser Stelle ordentlich macht. Sowohl der Innensenator als auch die Sozialsenatorin, der Bildungssenator und der Verkehrssenator machen hier einen vernünftigen Job. Wir können das der Anfrage entnehmen. Wir erwarten das als Parlament, und ich zumindest habe den Eindruck, dass unserer Erwartung hier entsprochen wird. In der Antwort wird deutlich, und das ist ein Punkt, auf den ich noch kurz hinweisen möchte, dass sich das Verkehrsverhalten von Kindern deutlich von dem der Erwachsenen unterscheidet. Deshalb müssen in der Verkehrserziehung Verkehrssicherheitsmaßnahmen sowie bauliche und infrastrukturelle Maßnahmen ergriffen werden. Der Senat arbeitet daran.

Gleichzeitig müssen wir aber auch bei den erwachsenen Verkehrsteilnehmern ein Bewusstsein dafür schaffen, dass gerade Kinder eben keine normalen Verkehrsteilnehmer sind, sondern deshalb besonderer Beachtung auch durch erwachsene Verkehrsteilnehmer bedürfen. Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die hier angesprochen worden sind und die sich auch in der Antwort des Senats wiederfinden: Schülerlotsendienste, die Aktionsgemeinschaft Verkehrssicherheit, die in Zusammenarbeit mit Verkehrswacht, BrePark, Polizei, ADAC, ADFC, Unfallkasse und ÖVB wichtige Aktionen durchführt, Vorbildaktionen. Von diesen Vorbildern können sicherlich andere Schulen und Kindergärten lernen. Man kann diese Erfahrung verbreitern. Das erwarte ich, das wird passieren. Ich möchte mich ausdrücklich bei allen bedanken, die auch ehrenamtlich oder im Rahmen ihrer Institutionen wie Polizei und Verkehrswacht an diesen Aktivitäten mitarbeiten, denn sie tun einen wichtigen Dienst für die Kinder in unserer Gesellschaft.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte abschließend noch darauf hinweisen, Frau Ahrens hat es auch getan: Der Stadt Bremerhaven kommt an dieser Stelle wirklich Vorbildfunktion zu.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, hier kann Bremen richtig von Bremerhaven lernen, und das ist doch auch einmal etwas Schönes im Lande. – Vielen Dank!

(D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen *): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Große Anfrage „Verkehrssicherheit für Kinder optimieren“ geht schon durch die Fragestellung stark davon aus, dass Kinder aufgeklärt, trainiert, durch Helme geschützt werden können, um ihre Gefährdung zu verringern. Ich finde, die Fragen reduzieren einseitig die Gefahrensituation auf Kinder, das heißt die Schwächsten des Verkehrsgeschehens. Die Verkehrssicherheit wird nicht durch die Kinder gemindert, sondern ich bin der Auffassung, dass sie durch die allgemeine Verkehrssituation in den Städten gemindert wird, durch die gebaute und auch oft verbaute Umwelt, durch das Fehlen von Freiflächen in den Städten und auch durch manchen rücksichtslosen Erwachsenen.

Meine Vorredner haben es gesagt: Viele Unfälle passieren beim Spielen der Kinder. Klar, sie rennen unvorhergesehen zwischen parkenden Autos auf die

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (A) Straße, sie rennen hinter Bällen her, sie überqueren plötzlich Straßen. Natürlich kann man Kinder weitestgehend darauf dressieren, dass sie nichts Unerwartetes oder Unüberlegtes tun, nur, die Frage ist dann einfach: Sind sie dann noch Kinder?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das, was die Kinder tun, tun sie, weil sie Kinder sind. Kinder müssen rennen, toben, laufen und finden kaum noch öffentliche Räume, wo sie das ohne Gefahr tun können. Das ist, glaube ich, ein Hauptproblem unserer Städte, unseres Städtebaus und nicht so sehr eine Sache von Herrn Röwekamp, sondern eigentlich eine Sache unseres Bausenators, sich in Zukunft darüber Gedanken zu machen, wie man hier kinderfreundlicher vorgehen könnte.

Die Gefährdung der Kinder im Straßenverkehr hat ihre Ursachen also zuallererst eben nicht darin, dass Kinder da sind, sondern es geht um das Umfeld. Wir Grünen sagen daher auch: Wenn man Kinder schützen will oder die Sicherheit der Kinder optimieren will, dann müssen wir vor allen Dingen die gebaute Umwelt verändern, sie kinderfreundlicher machen, aber auch bestimmte verkehrspolitische Maßnahmen ergreifen.

- (B) Erwachsene fahren Autos, häufig zu schnell, planen und bauen Straßen und Häuser, aber Flächen, in denen Kinder ihre Freiheit finden, werden nicht immer mitgedacht. Aus meiner Sicht sind es die folgenden Punkte, die Verkehrssicherheit mindern: Fahren mit überhöhter Geschwindigkeit, Fahren mit der Haltung, ich bin im Recht, Fahren ohne das Bewusstsein, eine Tonne Stahl zu bewegen, und breit ausgebaute Straßen, die zu hoher Geschwindigkeit herausfordern. Die Verkehrssicherheit wird durch das Verhalten Erwachsener gemindert, meine Damen und Herren, und nicht durch die Kinder selbst. Darauf lege ich Wert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gleichwohl: Bremerhaven und Bremen sind keine Dörfer, keine friedlichen idyllischen Landschaften. Wir leben in Großstädten, und insofern muss man sich natürlich darum kümmern, was man tun kann, um Kinder besser zu schützen. Vieles haben meine Kollegen schon genannt. Ich glaube aber, dass in den Kindergärten und nach meiner Erfahrung auch in den Grundschulen Verkehrsunterricht sehr sorgsam betrieben und sehr ernst genommen wird und dass auch die Polizei hier eine gute Arbeit leistet. Auch darauf wurde schon hingewiesen. Trotzdem muss uns Erwachsenen immer wieder bewusst sein, dass Kinder eben nicht umsichtig und alles wahrnehmend wie kleine Erwachsene im Straßenverkehr funktionieren, und darauf, finde ich, müssen sich die Erwachsenen

- (C) einstellen und ihre Umwelt so gestalten, dass Kinder möglichst wenig Gefahren ausgesetzt sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für uns Grüne ist es von zentraler Bedeutung, dass Tempo-30-Zonen in unseren beiden Städten überall da sind, wo gewohnt wird, und insbesondere natürlich im Umfeld von Schulen, aber noch wichtiger ist natürlich, dass nicht nur Schilder aufgestellt werden. Wir alle wissen, dass Schilder das eine sind, aber das Verhalten von Erwachsenen das andere. Von daher gehört natürlich zu Tempo-30-Zonen auch die wirksame Überprüfung, dass Verkehrsbeschränkungen tatsächlich eingehalten und dann am besten auch kontrolliert werden.

Insgesamt glaube ich, dass wir nur gemeinsam kinderfreundliche Städte schaffen können, wenn der Bausenator dafür sorgt, dass Straßen möglichst schmal gebaut werden, wenn Ampelphasen so geschaltet sind, dass Fußgänger und insbesondere die Schwächsten, Kinder und auch die älteren Leute, genügend Zeit haben, Straßen zu überqueren. Ich persönlich würde mir wünschen, dass es wieder Zebrastreifen in unseren Städten geben sollte, und insgesamt sollten wir schauen, dass wir unseren Kindern in allen Stadtteilen Flächen zur Verfügung stellen, wo sie gefahrlos herumtollen und toben können und eben nicht wie Erwachsene funktionieren müssen. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat Herr Senator Röwekamp.

Senator Röwekamp: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar, dass wir uns heute hier im Parlament noch einmal gesondert dem Thema „Verkehrssicherheitsarbeit für Kinder“ widmen können, auch wenn die Überschrift der sehr Großen Anfrage vielleicht nicht die ganze Bandbreite der Arbeit abdeckt. Deswegen will ich vorweg sagen, Herr Tittmann, das sollte ja wohl der Versuch einer versöhnlichen Rede sein, aber es war trotzdem nichts anderes als dumpfes DVU-Geschwätz, weil wir an diesem Thema schon arbeiteten, als es die DVU noch nicht gegeben hat.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Verkehrssicherheitsarbeit für Kinder war immer ein Schwerpunkt unserer Tätigkeit und wird es auch weiterhin bleiben.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Und wo sind die Ergebnisse?)

(C)

(D)

(A) Hören Sie einmal zu, bevor Sie anfangen zu sabbeln! Die Ergebnisse werde ich Ihnen gern sagen. Wir haben in Bremen im letzten Jahr den niedrigsten Stand an Verkehrstoten gehabt, nämlich nur sieben Verkehrstote im ganzen Jahr. Das sind zwar immer noch sieben zu viel, aber es ist ein dramatischer Rückgang gegenüber den Vorjahreszahlen, und ich bin besonders froh darüber, dass wir kein einziges verkehrstotes Kind im letzten Jahr gehabt haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das ist ein gutes Zeichen dafür, dass die Verkehrssicherheitsarbeit, die wir sehr breit gefächert machen, Frau Krusche, ihre Wirkung erzeugt. Natürlich bearbeiten wir, deswegen bin ich, auch wenn ich figürlich nicht so aussehe, zurzeit Bausenator wie auch Senator für Inneres, das Problem.

Wir haben eine Verkehrsunfallkommission, die sich sehr intensiv mit den Verkehrsunfallsschwerpunkten in Bremen befasst, und da analysieren wir sehr genau: An welchen Punkten haben wir hier Gefährdungssituationen? Wo werden auch Kinder gefährdet? Wir sind sehr froh darüber, dass wir durch die Verkehrsunfallkommission in der Vergangenheit ressortübergreifend viele Schwerpunkte in Bremen identifizieren und die Verkehrsunfallhäufigkeit an diesen Standorten auch tatsächlich minimieren konnten. Indem wir teilweise nur Beschilderungen geändert haben, teilweise aber auch bauliche Maßnahmen ergriffen haben, haben wir einen erheblichen Beitrag zur Verkehrssicherheitsarbeit geleistet.

(B)

Da können Sie das Bauressort nicht ausnehmen. Das ist sehr konstruktiv in diesen Verhandlungen und Ergebnissen, und nach meiner Erfahrung gibt es nach wie vor, weil Sie gesagt haben, es gebe keine Zebrastrifen mehr, noch genauso Zebrastrifen in Bremen, wie es Zebras gibt.

(Abg. K l e e n [SPD]: Noch mehr!)

Ich glaube, es gibt auch in Bremen noch Zebrastrifen, wahrscheinlich noch mehr als Zebras, zumindest in Bremen, und deswegen ist Ihr Hinweis ein bisschen trügerisch.

Aber wir machen noch viel mehr als bauliche Maßnahmen, Frau Krusche, und das wird in der Antwort des Senats deutlich. Wir leisten eine sehr proaktive Verkehrssicherheitsarbeit durch die Polizei und da insbesondere durch die Kontaktbereichspolizisten. Wir sind in allen Kindergärten, wir sind in allen Schulen, wir machen Schulwegbegleitung, Schulwegbefahrung, wir sind vor den Schulen, wenn die Hauptverkehrszeiten sind. Was den polizeilichen Teil der Tätigkeit betrifft, glaube ich, sind wir so gut aufgestellt wie noch nie in Bremen und in Bremerhaven, und das zeigt eben auch der Rückgang der Zahlen.

Gleichwohl, und da appelliere ich an Sie alle, ist natürlich in diesem Bereich etwas zu verbessern. Da will ich ehrlicherweise etwas sagen, was in der Debatte bisher noch gar keine Rolle gespielt hat: Wir müssen über das Verhalten von Erwachsenen reden,

(C)

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Habe ich gesagt!)

aber wir müssen insbesondere auch, finde ich, über das Erziehungsverhalten von Erwachsenen reden. Wir tun ja in dieser Debatte so, als ob Verkehrserziehung Aufgabe des Staates wäre. Nein, meine Damen und Herren, die Aufgabe der Verkehrserziehung ist und bleibt auch vordringlichste Aufgabe der Erziehungsberechtigten!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Niemand kann Kindern verkehrsgerechtes Verhalten so gut beibringen, wie Erziehungsberechtigte für Kinder das können, und ich glaube, dass wir in dem Bereich noch eine Menge Überzeugungsarbeit zu leisten haben.

Ich will Ihnen einige Beispiele nennen. Es ist doch sicherlich kein Zufall, wenn wir – und ich lade Sie herzlich ein, vielleicht einmal bei der nächsten Schwerpunktmaßnahme dabei zu sein – vor Schulen Geschwindigkeitskontrollen in Tempo-30-Zonen machen, was meinen Sie, wen wir am häufigsten erwischen? Die Eltern, die in der letzten Minute ihre Kinder zur Schule fahren, und die Lehrer, die in letzter Minute zur Schule kommen!

(D)

Ich will nur sagen, da müssen wir auch über Vorbildverhalten reden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich habe aus Autos so viele Menschen aussteigen sehen, insbesondere Kinder, dass das reif für „Wetten, dass...?“ gewesen wäre, und die sind alle nicht mit richtigen Gurtsystemen und mit Kindersitzen ausgestattet gewesen! Die Eltern sind häufig schlechte Vorbilder für die Verkehrserziehung der Kinder, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Deswegen müssen wir daran arbeiten, dass Eltern sich verkehrsgerecht verhalten.

Ist es denn ein Wunder, dass die Bereitschaft zum Tragen von Helmen abnimmt? Wenn ich jetzt einmal eine Umfrage hier im Parlament mache: Wie viele von Ihnen kommen denn mit dem Fahrrad ins Parlament?

(Zurufe)

Ich habe schon mehrere gesehen. Wie viele von Ihnen tragen denn einen Helm auf dem Fahrrad?

(Zurufe)

- (A) Herr Güldner auch nicht! Ich sage nur ganz bewusst, wieso sollen wir Kinder dazu erziehen Helme zu tragen, wenn wir es selbst nicht machen? Ich glaube, wir müssen selbst unsere Vorbildfunktion noch sehr viel ernster nehmen. Ich will jetzt gar nicht die Frage stellen, wer von Ihnen schon einmal bei Rot über die Straße geht. Ich nehme an, Sie verhalten sich alle regelkonform, sonst würden Sie hier ja auch nicht sitzen als Vertreter der bremischen Bevölkerung.

(Heiterkeit)

Ich will damit sagen, das Verhalten von Kindern hängt ganz entscheidend davon ab, welches Verhalten wir als Erwachsene den Kindern vorleben.

Mein Appell an Sie ist, dass Sie genauso, wie Sie uns auffordern, in unserer Verkehrssicherheitsarbeit als Staat nicht nachzulassen, sich selbst und andere auffordern, an ihrer Verkehrserziehungsarbeit noch weiterzuarbeiten, dann werden wir es schaffen, noch besser in den Zahlen und noch besser bei der Verkehrserziehung der Kinder zu werden. Jedes Vorbild, meine sehr verehrten Damen und Herren, lohnt sich. Jeder Helm, der getragen wird, lohnt sich. Er verhindert natürlich keine Verkehrsunfälle, aber er verhindert schwerwiegende Folgen von Verkehrsunfällen. Deswegen kann ich auch nur an Sie appellieren, dass Sie diese Vorbildfunktion ausüben.

- (B) Im Übrigen ein kleines Vorurteil als Bonmot kurz vor der Mittagspause noch am Rande: Während früher immer der Eindruck herrschte, Frauen würden keine Helme tragen, weil sie ihre Frisuren zerstörten, hat sich dies im Zeitalter der Gleichberechtigung geändert. Wenn Sie männliche Jugendliche heutzutage anschauen, mit welchen kunstvoll frisierten Haaren die zur Schule erscheinen oder nachmittags Verabredungen treffen, auf diese Haare passen auch keine Helme mehr!

(Heiterkeit)

Es ist also ein geschlechterübergreifendes Problem geworden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deswegen stellen wir ja auch fest, zum Beispiel bei elfjährigen Kindern nimmt die Bereitschaft zum Tragen drastisch ab. Bei den Kindern im Kindergarten und in der Schule ist die Bereitschaft, den Helm zu tragen, mindestens bei 60 Prozent vorhanden, aber die Quote nimmt weiter ab. Sie ist nahe null, wenn wir in das Erwachsenenalter kommen, und deswegen möchte ich an Sie alle appellieren, seien Sie Vorbild! Zeigen Sie in Ihrem täglichen Verkehrsverhalten, dass Sie auch die Verkehrssicherheitsarbeit ernst nehmen, dass Sie dazu beitragen wollen, dass Kinder und Jugendliche im Straßenverkehr sicher sind und unbeschadet in die Schule und in den Kindergarten kommen! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Tittmann?

Senator Röwekamp: Ja, bitte!

(C)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte sehr!

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Senator, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen – ich weiß nicht, ob Sie nicht genau zugehört haben oder das nicht hören wollten –, dass ich in dieser Debatte ausdrücklich darauf hingewiesen habe, dass Eltern eine Vorbildfunktion haben? Wenn Sie das als DVU-Gewäsch abqualifizieren, dann muss ich sagen, tun Sie mir Leid!

Senator Röwekamp: Das kann ich umgekehrt nicht bestätigen, Herr Tittmann. Sie tun mir nicht Leid, das will ich an dieser Stelle ganz ehrlich sagen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU – Abg. **Tittmann** (DVU): Nein, dann tun Ihnen wahrscheinlich auch die Kinder nicht Leid, die dadurch ums Leben kommen!)

Wenn ich jetzt sagen würde, was mir an Ihnen Leid tut, glaube ich, dann wäre das unparlamentarisch.

(Abg. **Tittmann** [DVU]: Das hat aber mit der Sache doch jetzt nichts zu tun! Ich wollte nur, dass Sie zur Kenntnis nehmen, dass ich die Elternvorbildfunktion deutlich genannt habe!)

(D)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Tittmann, Sie haben nicht das Wort!

(Abg. **Tittmann** [DVU]: Ja, ich weiß! – Abg. **Kleen** [SPD]: Können Sie sich nicht zum Mittagessen verabreden, und wir machen Pause? – Heiterkeit)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/530, auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 13.04 Uhr)



Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.33 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich SPD-Mitglieder aus Bremen-Nord, unter ihnen

(A) ist unser ehemaliger Kollege und Ortsamtsleiter a. D. Karl Lüneburg. – Herzlich willkommen im Hause!

(Beifall)

„Lions Quest Programm“ an Schulen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 23. Dezember 2004 (Drucksache 16/495)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 1. März 2005

(Drucksache 16/557)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.

Herr Senator, ich gehe davon aus, dass Sie die Antwort nicht noch einmal vorlesen wollen. – Das ist der Fall.

Ich gehe davon aus, dass wir in eine Aussprache eintreten wollen. – Das ist der Fall.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Allers.

(B) Abg. Frau **Allers** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorab möchte ich mich für die durchaus positive Einschätzung bedanken, die der Senat mit der Beantwortung unserer Großen Anfrage vorgelegt hat.

Was ist Lions Quest eigentlich? Lions-Quest-Programm, Erwachsenwerden ist ein unspezifisches, aber vor allen Dingen präventives Programm mit konkreten Unterrichtsbausteinen, die Lehrerinnen und Lehrer zehn- bis fünfzehnjährigen Jugendlichen vermitteln, um die soziale Kompetenz und Ich-Stärke der jungen Menschen zu fördern.

Das Lions-Quest-Programm wird seit Mitte der neunziger Jahre in Deutschland praktiziert und stellt eine Kooperation dar zwischen Lions Club International – eine in über 180 Ländern verbreitete, politisch und konfessionell neutrale Serviceorganisation, die sich für das soziale und moralische Wohlergehen der Allgemeinheit und ganz besonders der jungen Menschen, der Heranwachsenden einsetzt – und Quest International, einer ebenfalls politisch und konfessionell neutralen gemeinnützigen Stiftung mit dem Zweck, Erziehungs- und Unterrichtsprogramme zur harmonischen und gesunden Entwicklung von Kindern und Heranwachsenden zu erarbeiten.

Das amerikanische Programm wurde allerdings nicht einfach so in Deutschland übernommen, sondern natürlich den hiesigen Strukturen und Schulverhältnissen angepasst. Diese Adaption wurde natürlich auch wissenschaftlich begleitet unter Leitung

von Professor Klaus Hurrelmann von der Universität Bielefeld.

(C)

Warum braucht man solch ein Programm? Jugendliche haben im Verlauf ihres Heranwachsens viele Aufgaben zu bewältigen. Sie müssen während ihrer Pubertät ihre persönliche Identität herausbilden, sie müssen sich mit Werten und Normen auseinandersetzen, aber auch für sich ein eigenes Wertesystem finden, sie müssen sich eine schulische Qualifikation für eine erfolgreiche Berufsausbildung erwerben, und sie müssen lernen, sich zu integrieren, gleichzeitig sich aber auch in einer Gruppe durchsetzen zu können. In diese Zeit fällt auch die erste Partnerschaft.

In dieser Zeit haben die Heranwachsenden häufig Probleme, die sicherlich auch bedingt sind durch den Verlust und Wandel von Werten in der heutigen Zeit, durch unsichere Zukunftsperspektiven, auch die Beeinflussung durch die Medienvielfalt spielt mit Sicherheit eine Rolle, nicht zuletzt das nicht immer mehr so klassische Familienmodell bedingt durch die Zunahme allein erziehender und erwerbstätiger Elternteile stellt immer höhere Anforderungen an Jugendliche, eine eigene Identität zu finden und ein eigenes Selbstwertgefühl zu entwickeln.

Ursachenforschung ist sicherlich die eine Sache, um Fehler in der Zukunft zu verringern, Schuldzuweisungen sind an dieser Stelle absolut nicht am Platz. Die ausschließliche Vermittlung von Fachwissen – ich glaube, da besteht einhellige Meinung – ist in der heutigen Zeit auch nicht mehr ausreichend. Es ist darüber hinaus notwendig, soziale Kompetenzen zu vermitteln und die Jugendlichen so für ihr Leben zu stärken.

(D)

Das Lions-Quest-Programm fördert die Entwicklung von Selbstvertrauen, die Entwicklung eines Selbstwertgefühls, die kritische Auseinandersetzung mit den eigenen Gedanken, aber auch mit denen der anderen. Es fördert die Bereitschaft, sich zu engagieren, Verantwortung zu übernehmen, aber auch gleichzeitig Bestätigung aus dieser Verantwortungsübernahme zu erfahren, und die Entschlusskraft der Jugendlichen bis hin zum Neinsagen bei Gefährdungen wird gefördert, letztendlich auch das Finden eigener Werte und Ziele.

Wissenschaftliche Studien belegen, dass die Vermittlung von Lebens- und Sozialkompetenzen, das so genannte Life-Skills-Prinzip, die wirkungsvollste Vorbeugung gegen Suchtgefährdung, Gewalt und Suizidbereitschaft bei Jugendlichen ist. Oftmals verbessert sich auch das Verhältnis der Jugendlichen zu ihren Eltern wieder, sie sprechen wieder mehr über Schule, über Unterricht, über ihre Probleme. Die Schulleistungen werden besser, da die Jugendlichen mehr Spaß an der Schule und am Lernen haben. Da vorrangig Interessen und Bedürfnisse von Heranwachsenden behandelt werden, kein Leistungsdruck besteht, treten auch hier kaum Disziplinschwierigkeiten auf. Die Schule kann hierbei natürlich nicht aus-

(A) schließlich, aber in hohem Maße neben der Familie förderlich auf die Jugendlichen einwirken, da die Schule ein gesellschaftlicher Ort ist, den alle Heranwachsenden über einen längeren Zeitraum gemeinsam teilen.

Wie kommt jetzt Lions Quest an die Schulen? Lehrer aus allen Schulformen, in denen Zehn- bis Fünfzehnjährige unterrichtet werden, werden in einem dreitägigen Grundseminar mit der Methodik und Umsetzung des Programms vertraut gemacht. Die Mehrzahl der Lehrerinnen und Lehrer ist bereits nach diesem Grundseminar sehr motiviert, und damit das dann so bleibt, gibt es eine weitere Praxisbegleitung, um auch in der Umsetzung des Programms an der Schule behilflich zu sein. Die Kosten für diese Einführungsseminare übernehmen die Lions Clubs in der Region, für die Praxisbegleitung stehen als Kooperationspartner hier in Bremen das LIS zur Verfügung und in der Stadt Bremerhaven das LFI.

Das Lions-Quest-Programm ist fächerübergreifend angelegt und bezieht die Arbeit mit den Eltern ein. Die Programminhalte werden durch verschiedene interaktive Übungs- und Trainingsmethoden wie Aktivierungsspiele, Rollenspiele und Gruppenarbeit vermittelt. Das Programm kann in besonderen Unterrichtsstunden, aber auch in den Fächern Deutsch, Sozialwissenschaften, Religion, Gemeinschaftskunde oder Biologie eingesetzt werden.

(B) Zusammengefasst kann man Folgendes sagen: Die Erfahrungen mit dem Lions-Quest-Programm sind durchaus positiv. Es ist wissenschaftlich bewertet worden, dass das Selbstwertgefühl gestärkt wird, eine stärkere Ablehnung gegenüber Drogen, Gewalt und Suizidbereitschaft zu verzeichnen ist, weniger aggressives Verhalten auftritt, das Verhalten der Jugendlichen untereinander verbessert sich, auch das Verhältnis zu ihren Eltern wird besser, das Klassenklima verbessert sich, und die Lernbereitschaft ist gestiegen.

Neben der fachlich positiven Bewertung ist die Akzeptanz dieses Programms an den Schulen durchaus positiv. Wie der Antwort des Senats zu entnehmen ist und auch Gespräche mit Lehrern zeigen, wird sowohl die didaktische Konzeption als auch die Umsetzbarkeit im Unterricht sehr positiv bewertet. Im Übrigen zeigen sich auch bei Lehrerinnen und Lehrern positive Begleiterscheinungen: Sie erlernen neue Kompetenzen, sie werden ermutigt, neue Unterrichtstechniken anzuwenden, lernen neue Methoden und setzen sich auch kritisch mit der eigenen Person auseinander.

Dazu noch einige Zahlen aus dem Evaluationsbericht der Universität Bielefeld, die im Prinzip für sich sprechen: 79 Prozent der befragten Lehrerinnen und Lehrer sagen, dass die Lernatmosphäre verbessert wird, 75 Prozent sagen, dass durch das Lions-Quest-Programm weitaus weniger Konflikte in den Klassenverbänden auftreten, 64 Prozent berichten, dass Schü-

lerinnen und Schüler die Stärken und Schwächen der anderen besser akzeptieren, und 61 Prozent berichten von einer positiven Resonanz der Eltern. Das ist noch eine Sache, von der ich glaube, dass wir da noch einigermaßen Handlungsbedarf haben, denn die Bedeutung der begleitenden Elternarbeit ist erwiesen. Hier liegt aus unserer Sicht noch ein Stück Arbeit vor uns, denn es ist wichtig, alle gesellschaftlichen Schichten zu erreichen. Das ist zurzeit noch nicht in vollem beziehungsweise ausreichendem Maße gelungen.

Gerade in den sozial schwachen und teilweise auch bildungsfernen Familien ist der Erwerb von sozialen Kompetenzen auch gerade im Hinblick auf Sucht- und Gewaltprävention und des Auseinandersetzens mit unseren gesellschaftlichen Werten besonders wichtig.

(Beifall bei der CDU)

Wir freuen uns natürlich sehr, dass bislang so viele Schulen in Bremen und Bremerhaven von diesem Programm Gebrauch machen. Die genauen Zahlen liegen Ihnen in der Antwort des Senats vor, die brauche ich nicht extra zu wiederholen. Gerade durch Impulse von außen gelangen auch weitere Kompetenzen an die Schulen. Ich denke, das ist ein wesentlicher Schritt weiter in die Richtung zur Verbesserung der Qualität an Schulen.

Wir begrüßen es als CDU-Fraktion sehr, dass sich der Senat für eine Ausweitung und Verstetigung des Programms ausspricht. Besonders freut es mich natürlich dann auch, dass hiermit ein Engagement der Fraktion, namentlich von einer ehemaligen Kollegin, Frau Jammig-Stellmach, so erfolgreich umgesetzt wurde. Konsens besteht von unserer Seite aus auch darin, dass eine Erweiterung oder Verstetigung dieses Programms nicht per Erlass oder Verordnung geschehen sollte. Gerade auch die CDU-Fraktion tritt für eine größere Selbständigkeit der Schulen ein. Lions Quest ist im Prinzip ein weiteres Instrument, das wir den Schulen an die Hand geben, aber die Musik müssen sie dann damit auch selbst machen.

Wir diskutieren und streiten hier im Parlament gerade im Bildungsbereich oftmals sehr hitzig und kontrovers. Ich glaube aber, einmal unterstellen zu können, dass der Antrieb, der uns dazu bewegt, und unser Ziel doch das gleiche sind. Allerdings haben wir oftmals unterschiedliche Auffassungen und Ansätze, die den Weg anbelangen. Deshalb möchte ich mit Genehmigung des Präsidenten mit einem Zitat von Sokrates enden, und er ist schon so alt, der muss einfach auch Recht haben.

(Zuruf der Abg. Frau Schmidtke
[SPD])

Lassen Sie mich erst einmal ausreden, ich glaube, da können Sie mir noch alle zustimmen: „Der richtige

(C)

(D)

(A) Weg beginnt mit der Aufmerksamkeit für die Jugend und dem Versuch, sie so gut wie möglich zu formen.“ Unter diesem Dach, denke ich einmal, können wir uns alle wiederfinden. Mit Lions Quest haben wir auch eine gute und hervorragende Möglichkeit dazu. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Schmidtke.

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es kommen, und da bitte ich Sie einfach um Verständnis, ein paar Wiederholungen, die aber keine Langeweile, sondern Unterstreichungen dessen bedeuten, was meine Vorrednerin gesagt hat.

Lions Quest ist ein Förderprogramm unter anderem der Lions Clubs zur Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen im Alter von zehn bis 15 Jahren. Die wesentlichen Züge des Erwachsenwerdens, Lions Quest, so heißt das Programm auf Deutsch, sind die Förderung des Selbstwertgefühls, des Selbstvertrauens und der Selbstdisziplin, des bewussten und angemessenen Umgangs mit den eigenen Gefühlen und mit den Gefühlen anderer. Das Programm soll das Erkennen, Benennen und Lösen von Problemen durch die Jugendlichen und ihr Urteilsvermögen ausbilden. Es soll Entschlusskraft und Entscheidungsfreudigkeit der Jugendlichen schärfen bis hin zum Neinsagen zum Mitmachen bei zweifelhaften Unternehmungen. Es soll Jugendliche stärken, Gruppendruck auszuweichen.

(B) Zusammen mit der Stärkung des Selbstwertgefühls und des Selbstvertrauens sollen diese Kompetenzen dazu dienen, Risikoverhaltensweisen zu modifizieren. Die Heranwachsenden sollen befähigt werden, ihr Leben verantwortlich zu führen, Entscheidungen selbständig zu treffen, Konfliktsituationen erfolgreich zu begegnen und für Probleme positive Lösungen zu finden.

(Beifall bei der SPD)

Interessierte Lehrerinnen und Lehrer, die zehn- bis fünfzehnjährige Schülerinnen und Schüler unterrichten, nehmen an einem dreitägigen intensiven Einführungsseminar teil. Sie werden von einem besonders geschulten Trainer mit der Methodik und der Umsetzung des Programms vertraut gemacht. Im Rahmen einer Praxisbegleitung werden auftauchende Probleme und Fragen, Erfahrungen und Informationen ausgetauscht und gemeinsam besprochen.

Untersuchungen ergaben, dass das Programm im Urteil der mit ihm arbeitenden Lehrerinnen und Lehrer positiv bewertet wird. Es wird in einem hohen Maße akzeptiert und hat nach Einschätzungen der Lehrerinnen und Lehrer vielfältige Wirkungen auf die

Fähigkeiten und Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Die Heranwachsenden erlernen, so die Aussage ihrer Lehrerinnen und Lehrer, ein toleranteres Verhalten gegenüber den Mitschülern, nehmen mehr Rücksicht und helfen sich häufiger gegenseitig. Ebenso wird eine positive Beziehung zwischen Lehrern und Schülern gefördert. All dies bietet eine notwendige Voraussetzung für ein positives Klassenklima und eine konstruktive Lernatmosphäre.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Bremen nimmt seit dem Jahr 2000 an diesem Programm „Erwachsenwerden“ teil. Im Januar 2003 beteiligten sich im Land Bremen 151 Lehrkräfte an dem Lions-Quest-Programm. Inzwischen ist die Teilnehmerzahl auf zirka 700 gestiegen.

Lions Quest beziehungsweise Elemente hieraus werden von Lehrer zu Lehrer unterschiedlich in den Schulalltag eingebunden. Zirka 50 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer nutzen einzelne Sequenzen aus dem Programm, andere machen einzelne Stunden aus verschiedenen Einheiten, und zirka zwölf Prozent führen ganze Einheiten durch. Die Reaktion der Klassen auf Übungen aus diesem Programm wird größtenteils positiv bewertet. Die Erfahrungen zeigen, dass Lions Quest grundsätzlich in allen Klassenstufen einsetzbar ist, vorzugsweise aber in den Klassen fünf bis sechs eingesetzt wird.

Aus der Liste der beteiligten Schulen ist zu ersehen, dass quer durch unsere Bildungslandschaft alle Schulformen des S-I-Bereiches und auch, als bisherige Ausnahme, eine Sekundarstufe II das Programm anwenden. Aus Bremerhaven sind mir neun Schulen im S-I-Bereich bekannt, die intensiv mit Lions Quest arbeiten, dies fest im Plan haben und auf eine eigene Praxisbegleitung zurückgreifen können.

(D)

Wie soll es weitergehen? Großes Interesse besteht bei den Lehrerinnen und Lehrern daran, dass nach dem Einführungsseminar die gemeinsame Arbeit mit dem Programm „Erwachsenwerden“ nicht aufhört und dass die Kolleginnen und Kollegen eine Praxisbegleitung haben, in der auftauchende Probleme gemeinsam gelöst werden können, aber auch das Unterrichtsmaterial weiterentwickelt werden kann und neue Ideen ausprobiert werden können.

Ein hoher Bedarf besteht an Informations- und Erfahrungsaustausch und an curricularer Planung im Bereich Sozialtraining. Im Februar 2005 fand ein erstes Eltern-Lehrer-Seminar statt, dem unbedingt noch andere folgen sollten.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Eltern-Lehrer-Seminar dient dem Abbau von Unsicherheiten und Ängsten und verbessert so die Kommunikation zwischen Schule und Elternhaus. Die Finanzierung dieses Programms Lions Quest, „Er-

(A) wachsenwerden“, wird durch Lions Clubs für eine Startphase von drei Jahren sichergestellt. Zu den übernommenen Kosten gehören die Informations- und Seminarveranstaltungen in ihrem örtlichen Umfeld sowie auch die Unterrichtsmaterialien einschließlich der Eltern- und Schülerhefte. Das LIS ist Kooperationspartner und begleitet Lehrerinnen und Lehrer bei der Umsetzung und Weiterentwicklung des Programms. Nach Ablauf dieser drei Jahre tragen die interessierten Lehrerinnen und Lehrer die Kosten für die Unterrichtsmaterialien zum Teil selbst. Die begleitende Betreuung wird vom LIS weiterhin sichergestellt. Die engagierten Lehrerinnen und Lehrer investieren viele Stunden ihrer Freizeit in diese Arbeit. Auch das muss deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der SPD)

Lions Quest ist besonders dort wirkungsvoll, wo eine Verknüpfung zu anderen Programmen im Rahmen des Sozialtrainings hergestellt werden kann. So verbindet zum Beispiel die Integrierte Stadtteilschule in den Sandwehen Lions Quest mit dem Modellversuch „Schule als Raumbühne“ und „Demokratie lernen und handeln“ und erzielt bemerkenswerte Erfolge.

Zusammenfassend stellt die SPD-Fraktion fest, das Lions-Quest-Programm hat sich so bewährt, dass eine Ausweitung auf alle Bremer Schulen wünschenswert ist,

(B) (Beifall bei der SPD)

jedoch nicht als Verordnung, sondern, und da sind Schulen auf dem besten Wege, durch Überzeugungsarbeit.

Das Lions-Quest-Programm ist eine Hilfe zur Verbesserung sowohl des sozialen Klimas als auch des Lernklimas und wirkt sich damit auch positiv auf die Lernergebnisse der Schülerinnen und Schüler aus. Durch eine noch intensivere Vernetzung von Schule und anderen in der Region befindlichen Einrichtungen – auch Polizei, Amt für Soziale Dienste, Täter-Opfer-Ausgleich zum Beispiel – ist die Wirkung von Lions Quest zu verstärken und breiter zu nutzen.

Habe ich noch ein wenig Zeit? Dann bringe ich einfach zwei Beispiele aus dem Leben, da es ja alles sehr theoretisch ist. Zwei Schüler streiten sich, ein dritter kommt dazu. Dieser dritte hat schon einige Konferenzen hinter sich, da er mit den Fäusten schneller ist als mit dem Mund. Dieser Schüler geht zu den beiden sich Streitenden und sagt: „Hört auf, euch zu prügeln, da kann man doch Konflikte anders regeln. Ihr sollt miteinander reden.“ Das Lob, das er dann bekommt, tut er ganz cool mit einem Achselzucken ab und sagt, das haben wir in der Schule gelernt. Ich finde, an dieser Stelle hat sich Lions Quest wirklich bewährt.

(Beifall bei der SPD)

Ein anderes Beispiel: Ich muss die Hausaufgaben meines zwölfjährigen Sohnes nachsehen. Hausaufgabenstellung ist: „Nenne Vorurteile, positive und negative! Was denken Mädchen über Jungen, und was denken Jungen über Mädchen?“ Insider wissen, das ist Lions Quest. Mein Sohn schreibt: „Was denken Mädchen über Jungen? Jungen sind cool, Jungen können gut Fußball spielen, Jungen kämpfen gut, Jungen denken oft über Sex nach. Was denken Jungen über Mädchen? Mädchen sind zickig, Mädchen heulen bei jeder Kleinigkeit, Mädchen petzen, Mädchen reden soviel über Diäten.“

(C)

(Abg. B ö d e k e r [CDU]: Das ist aus dem Leben gegriffen!)

Ich finde, meine Damen und Herren, hier muss Lions Quest noch ansetzen. Das reicht noch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Auch daher spricht sich die SPD-Fraktion dafür aus, das Lions-Quest-Programm an den Schulen fortzusetzen, die sich dafür entscheiden. Die SPD-Fraktion dankt den Lehrerinnen und Lehrern für ihre bisher geleistete Arbeit und für ihr hohes Engagement. Durch die Initiative und Unterstützung der Lions Clubs sind Bremer Schülerinnen und Schüler einen guten Schritt auf dem Weg zum Erwachsenwerden weitergekommen, und auch dafür unseren Dank an die Lions Clubs! – Ich danke Ihnen!

(D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

(Abg. B ö d e k e r [CDU]: Aber nicht zickig!)

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nie, Herr Bödeker, nie bin ich zickig, höchstens manchmal laut und gemein, das gehört hier zu meiner Aufgabe!

Frau Schmidtke, mein Kollege Herr Crueger sagte: „Mensch, jetzt hat Frau Schmidtke deine Beispiele genommen.“ Nein, das ist nicht ganz so!

Die Große Anfrage von SPD und CDU macht deutlich, dass das Lions-Quest-Programm ein ganz hervorragendes Programm ist, das die Schulen in ihrer praktischen Arbeit unterstützt. Auch die grüne Bürgerschaftsfraktion unterstützt die Schulen, die an diesem Projekt teilnehmen wollen, und begrüßt auch das Engagement der Lions Clubs, die ja auch mit finanziellen Mitteln dieses Programm möglich gemacht

(A) haben. Ich finde, das müsste die Bürgerschaft auch an dieser Stelle würdigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Es ist eigentlich inhaltlich nicht mehr viel zu dem Thema zu sagen. Frau Allers hat es in Grundzügen dargestellt. Das Programm dient dazu, Jugendliche stark zu machen. Das ist das Ziel von vielen Programmen. Programme des Kinderschutzbundes zielen hierauf hin, auch von Schattenriss, ebenso Fortbildungsprogramme für Lehrerinnen und Lehrer, die Schülerinnen und Eltern an Grundschulen. Das ist positiv.

Ich finde, man kann nicht sagen, alle Schulen müssen jetzt dieses Lions-Quest-Programm machen. Da, denke ich, verstehen wir uns auch oder sprechen mit gleicher Stimme, dass wir sagen, unter selbständiger Schule muss man natürlich verstehen, dass sich jede Schule selbst Fortbildungsprogramme suchen kann und dass es den Schulen dann aber auch möglich gemacht wird, diese Fortbildungen einzukaufen.

(B) Bei den Haushaltsberatungen wird es natürlich jetzt eine spannende Sache. Wie viel Fortbildung können wir künftig noch den Bremer Schulen zur Verfügung stellen? Darauf kann man heute natürlich noch keine Antwort finden. Ich denke, dass das in diesem Hause noch einmal Thema sein wird, wenn wir uns mit der Zukunft und auch mit der Arbeit des Landesinstituts für Schule auseinander setzen. Es liegt ein Gutachten vor.

Ich finde es gut und sehr positiv, dass sich das Landesinstitut für Schule bei diesem Projekt sehr engagiert hat. Ich möchte auch, dass wir den Schulen in Zukunft ausreichende Budgets zur Verfügung stellen, um sich selbst Fortbildung einkaufen zu können, aber auch, um an Veranstaltungen beim Landesinstitut für Schule teilnehmen zu können. Es müssen Veranstaltungen angeboten werden – und das haben wir beim Thema Gewaltprävention ja immer wieder –, die die Schulen nicht per se nachfragen, sondern bei denen man auch sagen muss, dazu müssen wir die Schulleiter und die Lehrerinnen und Lehrer anhalten, sich mit bestimmten Themen auseinander zu setzen, auch um ihre Arbeit qualitativ zu verbessern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte mich noch einmal bei denjenigen Lehrerinnen und Lehrern bedanken, die dieses Programm durchgeführt haben, und ich denke, wir werden uns in der Deputation für Bildung noch einmal mit diesem Thema, was die Perspektive angeht, auseinander setzen. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (C)

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/557, auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

Aufbau eines bundesweit einheitlichen Digitalfunknetzes

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 8. März 2005 (Drucksache 16/559)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Röwekamp, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. vom Bruch.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst (CDU)***: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieses Thema, ich komme nachher noch darauf zu sprechen, ist erstens aktuell, das verdeutlicht auch, dass wir eine Neufassung des Antrags vorgenommen haben, und zweitens soll dieser Antrag noch einmal signalisieren, dass es äußerst notwendig ist, möglichst bald zu einer einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunkübermittlung und einem System zu kommen. (D)

Die Einführung des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, abgekürzt BOS, das sind Polizei, BGS, Berufs- und freiwillige Feuerwehren, THW und Rettungsdienste, ist dringlich. Darüber sind sich alle einig. Wie so oft war bislang insbesondere die Finanzierungsfrage Grund dafür, dass die Einführung eines einheitlichen Digitalfunknetzes zu einer langen Quälnummer geworden ist. Sowohl die Polizei und der Bundesgrenzschutz als auch alle Einrichtungen des Bundes und der Länder, die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr gewährleisten, müssen dringend mit einem digitalen Sprechfunk- und Datenfunksystem ausgerüstet werden. Die analogen Systeme sind technisch überholt und in der Anwendung unvollkommen und überaltert. Diese Technik ist häufig nicht einsatzfähig und gefährdet damit die rasche gezielte Gefahrenabwehr und bei der Polizei die sach- und fachgerechte Bekämpfung von Kriminalität. Dadurch können im schlimmsten Fall Menschenleben gefährdet werden.

Die Polizei steht in dieser Hinsicht auf das Modernste mit Kommunikationstechnik ausgestatteten Kriminellen gegenüber. Hinzu kommt, dass Analoggeräte nicht mehr beschafft werden, weil alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben davon ausgehen, dass der digitale Sprech- und Datenfunk kommt, wie ich meine, eine berechtigte Hoffnung.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Meine Damen und Herren, wenn Sie sich erinnern, bereits die Debatte in der Februar-Sitzung des Hauses über den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz brachte fraktionsübergreifend die Botschaft, für die nichtpolizeilichen Gefahren abwehrenden Organisationen und Einrichtungen sowie Behörden ist dringlich Digitalfunk einzuführen, um auf analogen Funk verzichten zu können. Meine Damen und Herren, ich unterstreiche diese Notwendigkeit noch einmal ausdrücklich! Dabei wäre es vorteilhaft, wenn die Nutzbarkeit der Technologie, für die sich unter Berücksichtigung aller Erfordernisse, aber auch der finanziellen Abwägung für Bund und Länder entschieden würde, europaweit einheitlich ausfiele.

Ich will auf die Alternativen nicht eingehen, denn sonst müssten auch die Fragen, die damit zusammenhängen, diskutiert werden. Das sollte, meine ich, der Fachdeputation vorbehalten bleiben. Mein Kenntnisstand ist, dass es Systeme gibt, die einführungsreif sind und allen Anforderungen in der Praxis standhalten würden.

Meine Damen und Herren, deshalb ist die Frage für Bremen auch primär nicht, was wir wollen, sondern wie es finanzierbar ist. Ich will noch einmal hervorheben, dass insbesondere zeitlicher Hochdruck besteht, die neuen Techniken einzuführen, um das völlig veraltete, unbrauchbare Analogfunksystem zu ersetzen. Wenn die Umsetzung nicht zügig erfolgt, befürchte ich, dass alle polizeilichen und nichtpolizeilichen Gefahrenabwehrkräfte bald nur noch mit, ich übertreibe jetzt, Rauchzeichen arbeiten können.

(B)

Meine Damen und Herren, der Senat hat Mittel für den finanziellen Anteil Bremens in die Finanzplanung eingestellt. Das ist richtig und gibt ebenfalls, wie auch Hamburg, das Signal, wir wollen schnell Digitalfunk für BOS! Dem Senat, besonders dem Innensenator und dem Finanzsenator, ist dafür noch einmal zu danken, dass sie diese Maßnahme prioritär behandeln. Dabei können wir feststellen, die ursprünglich kursierenden geschätzten Gesamtkosten von 7,5 Milliarden Euro für das Gesamtsystem, also das bundesweite System, haben sich inzwischen in den Einschätzungen halbiert. Insofern sind auch etwas bessere Voraussetzungen der Finanzierung gegeben. Das hat auch Hamburg veranlasst, den Digitalfunk bereits eineinhalb Jahre früher als die von Bund und Ländern vereinbarte Einführung bis zum Jahr 2010 zu installieren. 30 Millionen Euro hat Hamburg dafür bereits in den Haushalt eingestellt. So viel wird es allerdings für Bremen nicht kosten.

Der Bundesinnenminister hat jüngst erklärt, dass der Bund 50 Prozent der Fläche der Bundesländer mit einem Teilnetz oder auch Rumpfnetz abdeckt. Damit bleiben für die Länder geschlüsselte 50 Prozent. Für Bremen, meine Damen und Herren, wird dies sicher eine Kostenersparnis erbringen. Deshalb werden wir unter Berücksichtigung dieses Bundesteilnetzes in enger Kooperation mit Niedersachsen unter Umständen unter Nutzung von Synergien weni-

ger Geld als ursprünglich für diese notwendige Maßnahme angenommen in die Hand nehmen müssen.

(C)

Auch für Bremen wird es, wenn alle Rahmenbedingungen geschaffen sind, noch dauern, bis alle Einsatzfahrzeuge ausgestattet sind, Einsatzzentralen umgerüstet sind und so weiter. Ziel muss aber bleiben, so schnell wie möglich digitalen Sprech- und Datenfunk einzuführen. Für Bremen gilt also, unverzüglich nach der meines Wissens in Kürze fallenden Entscheidung des Bundes und der Länder ein Rumpfnetz zu installieren, die bremischen Kräfte mit Sicherheitsaufgaben schnellstens digital auszurüsten und parallel zu den Bundesmaßnahmen und denen Niedersachsens in Bremen die Realisierung vorzunehmen. Dies wird, wenn die IMK so beschließt am 18. März, wie ich den Termin vernommen habe, in enger Abstimmung im Gesamtverfahren geschehen.

Ich denke, meine Damen und Herren, die Deputation für Inneres wird den Fortgang der Bemühungen des Senats konstruktiv begleiten, und wir können gemeinsam feststellen, Bund und Länder haben erkannt, dass Deutschland europaweit zu den letzten Staaten gehört, die sich noch analogen Funk leisten. Eine Funkkommunikation mit Polen zum Beispiel ist inzwischen nicht mehr möglich, da Polen bereits digital funkt. Deshalb, ich sage es abschließend, wir brauchen Digitalfunk für BOS und keine Kommunikation mit Rauchzeichen!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kleen.

Abg. **Kleen** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man sich mit Bürgerinnen und Bürgern über die Feinheiten und Unebenheiten von Politik unterhält, dann gibt es ein Phänomen, das immer wieder kaum zu glauben ist, dass ein Problem von allen Beteiligten als Problem erkannt wird, auch die Lösung wird übereinstimmend gesehen, ein Handlungsbedarf wird als absolut vordringlich und dringend analysiert, und trotzdem passiert gar nichts.

Mit dem heutigen Thema Digitalfunk haben wir ein besonders schönes Beispiel für diese völlig unverständliche Handlungsblockade vorliegen, auch wenn sich möglicherweise durch die Sitzung der Innenstaatsräte und -sekretäre gestern eine andere Situation ergibt, aber es ist in fast 15 Jahren wieder einmal eine andere Situation. Wir können nur hoffen, dass das funktioniert.

Es gibt niemanden im Bereich der Innenpolitik, der daran Zweifel hat, dass das analoge Funksystem der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben für die Zukunft, eigentlich aber schon für die

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Gegenwart untauglich ist. Das System stammt aus den Siebzigern, es glänzt mit Funklöchern. Die verfügbaren Kanäle können nicht erhöht werden, und mit dem analogen Funk kann man eine leistungsfähige Datenübertragung nicht realisieren. Die Größe der Funkgeräte macht sie möglicherweise immerhin noch zu guten Schlag- oder Wurfgeräten, dabei dürfen sie aber nicht kaputtgehen. Weil wir in den vergangenen Jahren in die Entwicklung dieser Technik nicht mehr investiert haben, müssen Ersatzteile für defekte Geräte vornehmlich auf Technikflohmärkten eingekauft werden.

Dass dies ein unhaltbarer Zustand ist, wundert niemanden. Die ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder, die Ministerpräsidentenkonferenz zusammen mit dem Bundeskanzler haben schon mehrfach beschlossen, was auch der Senat im Januar noch einmal bekräftigt hat, nämlich, ich zitiere mit Erlaubnis, dass die Einführung eines digitalen Sprech- und Datenfunknetzes für die Sicherheitsbehörden von zentraler Bedeutung für die öffentliche Sicherheit ist und im gesamtstaatlichen Interesse liegt.

Dabei fußt dieses Vorhaben nicht zuletzt auf Artikel 44 des Schengener Zusatzübereinkommens vom 19. Juni 1990, in dem sich die Unterzeichnerstaaten verpflichtet haben, durch die Beschaffung eines europaeinheitlichen digitalen Funksystems für Sicherheitsbehörden einen Ausgleich für den Wegfall der Grenzkontrollen innerhalb der Schengen-Staaten zu sorgen.

(B)

Zehn Jahre später, Ende der neunziger Jahre, ist es immer noch nicht so weit, dass die Sicherheitsbehörden digital funken, aber immerhin beschäftigen sich seitdem mehrere Innenministerkonferenzen und auch das Bundeskabinett mit dem Thema, natürlich immer positiv. Wir haben in der Vergangenheit schon darüber diskutiert, das Ziel war, bis zur Fußballweltmeisterschaft 2006 den Digitalfunk eingeführt zu haben. Das ist jetzt Utopie. Es wird dazu kommen, es ist möglicherweise zu befürchten, dass wir ein richtiges Kabinettstückchen im nächsten Jahr haben. In den Stadien wird mit Bällen gespielt, die mit Computerchips ausgestattet sind, damit sich ein Wembley-Tor nicht noch einmal wiederholen kann, und draußen vor den Stadien rasen die Polizisten als Kradmelder von Einsatz zu Einsatz, weil ihre Funkausrüstung eher zur Fußballweltmeisterschaft in Bern passt als zu der im Jahr 2006.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich sehe an den glänzenden Augen mancher Kolleginnen und Kollegen, dass sie diese Bilder für übertrieben halten, aber ich kann nur daran erinnern, dass bei den Flutkatastrophen in den vergangenen Jahren in Deutschland gerade im Bereich Funk einiges falsch gelaufen ist. Ich will Herrn Dr. Güldner nicht vorgreifen, der die

Gelegenheit der Digitalfunkdebatten immer nutzt, um auf die Übung „Starke Hanseaten“ hinzuweisen. Er wird es sicher auch heute tun. Auch da kann man sagen, dass das, was Einsatzfachleute sagen, bei Großereignissen gebe es immer zwei Dinge, die nicht klappten, nämlich der Funk und die Verpflegung, sich auch hier wieder bewahrheitet hat.

(C)

Nach den Gründen, warum wir 2005 immer noch diskutieren, was 1996 schon entschieden war, braucht man nicht lange zu fragen. Herr Herderhorst hat mir da schon vorgegriffen und die Überraschung weggenommen, es liegt natürlich am Geld. 2001/2002 hat die Zentralstelle zur Vorbereitung der Einführung des Digitalfunks im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens die Kosten abgefragt. Herausgekommen sind damals sieben Milliarden Euro ohne Endgeräte, ohne Leitstellen, ohne Mehrwertsteuer. Bei der möglichen Summe von 1,3 Millionen Endgeräten ist es nicht verwunderlich, wenn andere Schätzungen von zwölf bis 15 Milliarden Euro, dann allerdings inklusive Endgeräte, ausgehen.

Diese Summen haben dazu geführt, dass die Finanzminister und -senatoren dazwischengefunkt haben, analog wahrscheinlich. So ist 2002 eine Expertengruppe von Bund und Ländern eingesetzt worden, die Gruppe Anforderungen an das Netz, GAN, die Mindestanforderungen gestellt hat. Diese GAN hat nicht nur die Mindestanforderungen definiert, sondern hat auch die voraussichtlichen Kosten gedeckelt, nämlich auf knapp über drei Milliarden Euro. Vermutlich kommt durch die jeweilige Ausstattung der Endgerätenutzer eine Summe von am Ende 4,5 Milliarden Euro heraus. Man muss deutlich sagen, wer glaubt, dass man da noch weiter heruntergehen kann, der wird das nur mit Standardeinschränkungen erkaufen können, und dann muss man irgendwann fragen, ob es Sinn macht.

(D)

Es ist im Übrigen völlig klar, dass das weitere Zuwarten finanziell absolut kontraproduktiv ist. Bereits 2002 haben die Innenstaatssekretäre und -staatsräte auf ihrer Konferenz zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Beibehaltung des analogen Funksystems auf Dauer zu höheren Belastungen der Haushalte führt als die Einführung des neuen digitalen Systems.

Umstritten war in den vergangenen Jahren vor allen Dingen die Aufteilung zwischen dem Bund und den Ländern. Der Bund wollte zehn Prozent, dann 18 Prozent, die Länder wollten immer, dass der Bund 50 Prozent bezahlt. Ich sage noch einmal deutlich, dass das zum Teil heillose Hin und Her bei den Anwendern von Polizei, Feuerwehr oder den Rettungsdiensten kein positives Echo ausgelöst hat. Von einer unendlichen Geschichte zu Lasten der öffentlichen Sicherheit war häufig die Rede.

Seit gestern gibt es möglicherweise wieder einmal eine Wende, weil sich die Staatssekretäre und Staatsräte aus dem Innenbereich getroffen haben und für die Innenministerkonferenz vorbereitet haben, dass

(A) wieder einmal in eine andere Richtung gegangen wird. Nachdem Mitte Januar Bundesminister Schily wohl die Geduld verloren und gesagt hat, wir machen das beim Bund jetzt allein und bieten anschließend den Ländern an, dass sie sich daran beteiligen können, geht man jetzt davon aus, dass der Bund in Abstimmung und in Verantwortungsteilung zwischen Bund und Ländern ein Rumpfsystem aufbaut und die Bundesländer darauf aufbauen können.

Ich finde es richtig, dass wir jetzt wieder in eine Situation kommen, in der eine hohe Gemeinsamkeit da ist. Ich glaube, das Vorgehen des Bundes ist für Bremen nicht schlecht gewesen. Bremen als Ballungsgebiet wird möglicherweise profitieren, weil wir an unseren Netzaufbau andere Voraussetzungen knüpfen müssen, als wenn wir von Helgoland über Juist bis in das Zonenrandgebiet Netze aufbauen müssten.

Ich möchte noch einmal sagen: Natürlich ist das auch ein richtiger Hammer, auch im Angesicht der Diskussion, die wir heute Morgen geführt haben, dass wir uns vornehmen, möglicherweise nach dem Königsteiner Schlüssel die Hälfte von vier Milliarden Euro, heruntergerechnet 0,95 Prozent von der Hälfte von zwei Milliarden zu tragen. Die Haushälter oder die Mathematiklehrer in unserem Haus mögen ausrechnen, wie viel das ist. Aufgeteilt auf fünf Jahre ist es jedenfalls eine Menge Geld, eine einstellige Millionensumme, die wir in den nächsten Jahren darstellen müssen. Das wird uns in den Haushaltsberatungen bei Inneres sicher noch beschäftigen.

(B) Ich würde aber gern noch einmal an die Befassung des Senats vom Anfang dieses Jahres erinnern. In der Senatsvorlage steht die Antwort auf alle Fragen. Unter Punkt C heißt es: „Alternativen: keine“. Genauso ist es. – Ich bedanke mich bei Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nicht mehr so viel zu den Reden meiner beiden Vorredner hinzuzufügen. Ich möchte vor allen Dingen auch noch einmal den Punkt aufgreifen, den der Kollege Herr Kleen in seiner Rede vorhin angesprochen hat. Es ist natürlich schon ein Stück politischer Verantwortung, wenn Bund und Länder dieses Land über so viele Jahre in einer so wichtigen Frage der Ausstattung unserer Sicherheitsbehörden so hängen und vom technischen Standard her herunterkommen lassen, so dass wir neben Albanien in der Tat inzwischen das einzige europäische Land sind, das noch in den Sicherheitsbehörden analog funkt.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Ich glaube, die ganze Debatte hat drei Aspekte. Der eine ist nach außen gerichtet. Man kann sich das so in der einen oder anderen internationalen Presse vorstellen, dass das dem Ruf Deutschlands nicht besonders gerecht wird, wenn wir hier in so gravierender Weise von dem Standard in Europa abweichen. Nach innen, und das haben sowohl Herr Herderhorst als auch Herr Kleen gesagt, ist es natürlich so, dass man mit diesen älter werdenden, oft kaputten, nicht abhörsicheren und unzureichenden Funkgeräten in der Tat die hohen Standards und Anforderungen, die wir immer wieder haben, im Grunde nicht mehr garantieren kann.

Der dritte Aspekt ist, wir haben es mit einer klassischen Situation zu tun, die Fachpolitik ist sich da rundweg einig, alle Experten. Gleichwohl sind wir in Deutschland, und zwar egal, ob wir im Bund oder in den Ländern so oder so regiert werden, alle in einem Boot. Wir haben inzwischen einfach Schwierigkeiten, solche großen Investitionssummen aufzubringen, und tun uns sehr schwer, die Finanzmittel für derartige Projekte zur Verfügung zu stellen. Das ist auch kein gutes Zeichen, und das betrifft auch die unterschiedlichsten Regierungen, sei es in den Ländern oder im Bund, und es ist auch, wenn wir jetzt wieder über die Reform des Föderalismus sprechen, sicherlich kein gutes Beispiel dafür, wie man im Föderalismus die Dinge dennoch zügig und effektiv regelt. Insofern kann ich die Problembeschreibungen meiner Kollegen aus den anderen Fraktionen übernehmen.

(D) Wir haben jetzt eine neue Situation. Ich bin nicht immer so positiv gestimmt, wenn die Überschriften in der Zeitung lauten, Innenminister Schily extrem genervt und prescht jetzt erst einmal im Alleingang voran. Das ist manchmal auch etwas, das ich relativ kritisch sehe, je nachdem, um welches Thema es geht. In dieser Frage habe ich den Eindruck, dass er mit seinem Verhalten als Bundesinnenminister im Grunde genommen den Knoten durchgeschlagen hat, hier zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Wenn das so ist, dann bin ich in diesem Fall geneigt zu sagen, das war möglicherweise die einzige Chance, allein nach vorn zu preschen, um alle hinter sich zu versammeln, denn 15 Jahre sind ein langer Zeitraum, um ein von allen so anerkanntes Problem zu lösen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt wissen wir, dass gestern die Staatssekretäre und Staatsräte von Bund und Ländern zusammengesessen haben. Meine beiden Vorredner haben erwähnt, dass die finanzielle Frage für die Länder inzwischen besser aussieht. Natürlich ist es für Bremen besser, wenn wir nach Königsteiner Schlüssel nur ein Prozent der Kosten von 50 Prozent statt ein Prozent von 80 Prozent bezahlen müssen. Je mehr der Bund hier übernimmt, desto weniger kommt auf das Land Bremen zu. Ich würde mir wünschen –

(A) wahrscheinlich haben Sie es auch vorgesehen –, dass der Senator im Anschluss aus der Staatssekretärkonferenz noch einmal berichtet und in etwa sagt, ob die Medienmeldungen zutreffen, dass man sich dort geeinigt hat, wie das weitere Verfahren ist, und vor allen Dingen, wie die finanziellen Belastungen sind, die auf uns hier in Bremen zukommen. In den vorherigen Reden habe ich gehört, dass wir bereit sind, gemeinsam, so habe ich es bisher immer verstanden, diese finanziellen Belastungen, die jetzt auf Bremen zukommen, auch zu tragen und Bremen sozusagen nicht ins Abseits zu stellen, wenn jetzt der digitale Funk in den Sicherheitsbehörden eingeführt wird.

Was die Kosten angeht, hat Herr Kleen gesagt, dass wir kaum noch unter die drei bis vier Milliarden Euro kommen. Ich habe, auch von einschlägigen Experten, andere Stellungnahmen gehört. Ich habe auch gehört, dass im Grunde genommen die Kosten zur Einführung des digitalen Funk für weit überhöht gehalten werden.

(B) Wir gehen jetzt in die Ausschreibungsphase, in der verschiedene Anbieter ihre Angebote machen können, und ich gehe einmal davon aus, dass sich dann zwar das qualitativ beste, aber auch das für Bund und Länder bezahlbare Angebot durchsetzt. Ich hoffe einmal nicht, dass die einschlägig Verdächtigen, die dort jetzt in den Papieren schon genannt werden, in Frage kommen, ein solches Netz aufzubauen. Das sind teilweise dieselben, die die 100 Milliarden für UMTS an den Bund gezahlt haben, und ich hoffe, dass sie nicht vorhaben, über diesen Aufbau des digitalen Funknetzes sich einen Teil dieser 100 Milliarden vom Bund und den Ländern wieder zurückzuholen und die Kosten nach oben zu treiben. Hier müssen wir eine klare Kostenbegrenzung auch im ganzen Verfahren haben, damit uns diese Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Das ist etwas, das wir den Menschen und, glaube ich, auch den geschundenen Haushalten schuldig sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Am Anfang sagte ich, dass das einen Aspekt nach innen und nach außen hat, nach innen in unserem Umgang mit den Sicherheitsbehörden und ihren schweren Aufgaben, die sie zu erfüllen haben, nach außen in puncto Image Deutschlands als ein Land, das technologisch in diesem Punkt vollkommen abgehängt ist vom Rest Europas. Ich glaube zwar, dass wir uns diese Zielzahl 2010 vornehmen können, wenn allerdings Möglichkeiten bestehen, Teilnetze und später noch miteinander zu verbindende Teile dieses Gesamtnetzes auch ein wenig früher in Position zu bringen, dann würden wir sowohl für die innere Sicherheit als auch für den Ruf und das Image Deutschlands im Ausland etwas Gutes tun. Hier, finde ich, sollten wir noch einmal prüfen, wenn einzelne Länder, auch gerade Stadtstaaten wie Hamburg, sagen, wir könnten das möglicherweise auch ein

wenig früher hinbekommen, dass wir das für Bremen herunterbrechen und prüfen, ob wir dabei sein können, ob wir mit den Niedersachsen zusammen möglicherweise etwas früher als 2010 die rote Laterne in der Europoliga des Digitalfunks an Albanien abgeben können. – Ich danke Ihnen!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Herr Senator Röwekamp, Sie erhalten das Wort!

Senator Röwekamp*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bundesinnenminister kokettiert sehr gern mit der Aussage: In meinem Ressort kann jeder machen, was ich will. Auch der Vorgang zum Digitalfunk hat offenbart, dass er diesen Worten Taten folgen lässt. Es hat eine verlässliche Verabredung zwischen dem Bund und allen anderen deutschen Bundesländern darüber gegeben, wie und in welcher Weise wir den Digitalfunk in Deutschland flächendeckend zu einem gemeinsamen Stichtag mit einer gemeinsamen Systemscheidung einführen wollen. Hierzu hat es eine Dachvereinbarung zwischen dem Bund und allen Ländern gegeben, die auf der Grundlage der Senatsentscheidung vom Januar dieses Jahres getroffen worden ist, die dazu geführt hätte, dass wir ein zwischen Bund und Ländern ordentlich abgestimmtes, im Übrigen den Ausschreibungserfordernissen in vollem Umfang gerecht werdendes Verfahren verabredet hätten.

(D)

Kurz bevor diese Dachvereinbarung sozusagen in Vollzug gesetzt werden sollte, hat der Bundesinnenminister gedacht. Er hat sich gedacht, dass es für ihn eine günstigere Lösung gibt, weil Bund und Länder in der Tat, und das haben die Vorredner ja bereits bestätigt, lange über die Frage der Kostenverteilung miteinander gestritten haben. Der Bund war auf dem Standpunkt, dass er nicht einmal bereit war, die auf das Geschäft entfallende Mehrwertsteuer in das Geschäft zu investieren. Es ist zwar kaufmännisch sinnvoll, wenn man aus einem Geschäft mit den Ländern sogar noch einen Überschuss erwirtschaftet, aber Sie können sich vorstellen, dass die Position der Länder nicht anders gewesen ist, indem wir nämlich gesagt haben: Der Bund muss zu 50 Prozent dabei sein, und den Rest teilen sich die Länder, weil wir hier natürlich auch über eine wesentliche Infrastruktur für die Wahrnehmung von Tätigkeiten des Bundes miteinander reden.

Es hat dann viele Rechenmodelle gegeben. Allein in der kurzen Dauer meiner Amtszeit haben wir einmal über Endgeräte geredet und versucht, die Kosten nach Endgeräten zu verteilen. Wir haben über Fläche geredet, wir haben über den Königsteiner Schlüssel geredet. Wir haben also über vieles geredet, und die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich mehrfach in

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) Sitzungen damit beschäftigen dürfen, und am Ende mündete es in der Verabredung: Wir schreiben erst einmal aus, ohne uns über die Kosten zu verständigen. Das hätte den Charme gehabt, dass man gewusst hätte, was es am Ende kostet, denn auch hier gingen die Zahlen weit auseinander. Es hatte natürlich mit der Systementscheidung zu tun, also: Nutze ich ein vorhandenes Mobilinfrastrukturnetz, oder lege ich Wert darauf, aus welchen Gründen auch immer, dass es ein eigenes Netz gibt? Dann hätte man danach entscheiden können: Möchte ich ein Kaufmodell, bei dem der Bund Eigentümer wird, oder gebe ich mich damit zufrieden, dass der Bund und die Länder lediglich Nutzer eines solchen Netzes sind?

Diese Systementscheidungen sind also bewusst offen geblieben, und wir hatten die Hoffnung damit verbunden, dass wir am Ende eines gemeinsam gezeigten Ausschreibungsverfahrens, das schon verabredet gewesen ist, zu verlässlichen Zielzahlen gekommen wären, die wir dann entsprechend auch in die jeweiligen Haushaltsberatungen hätten einspeisen können. Ich möchte an dieser Stelle nicht verhehlen, dass das eine oder andere Land im Vertrauen auf die Zusage des Bundes, sich an diesem Verfahren zu beteiligen, bereits entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt hat, und zwar über viele Jahre hinweg. Nordrhein-Westfalen hat beispielsweise, glaube ich, schon Barmittel für das Jahr 2005, weil sie fest davon ausgegangen sind, dass der Bund zu seiner Zusage steht, dass wir gemeinsam ausschreiben und schnell beschaffen.

- (B) Eine Woche, bevor dieses Ausschreibungsverfahren in die Wege geleitet werden sollte, hat der Bundesinnenminister gedacht, und das Ergebnis des Denkens hat die sachliche Entscheidung seiner Behörde beeinflusst. Dagegen, sage ich, ist für einen Minister im Prinzip nichts einzuwenden, dass eine Behörde sich nach dem richtet, was die Behördenleitung denkt, aber das hat nun dazu geführt, dass das gesamte Verfahren gestoppt ist und der Bund festgestellt hat, er würde lieber ein anderes Verfahren wählen, indem er ein In-sich-Geschäft macht. Er hat nämlich festgestellt, dass die DB-Telematik irgendwie schon so etwas wie eine Netzinfrastruktur zur Verfügung hält, und er ist jetzt bereit, diese im Wege der Beistellung dieses Netzes sozusagen für seine Zwecke selbst zu nutzen unter Anrechnung auf seine Quote.

Deswegen ist es sehr vage zu behaupten, wir wüssten jetzt schon, was am Ende dabei herauskommt, und es hat sehr viel Überzeugungsarbeit der Staatssekretäre in den letzten Wochen und Tagen bis gestern Abend gekostet, um den Bund dazu zu bewegen, die Systementscheidung und die Ausschreibung vielleicht auch gemeinsam mit den Ländern zu treffen, weil am Ende des Prozesses ja sicherlich nicht stehen konnte, dass wir uns vielleicht mit Albanien digital unterhalten könnten, aber zwischen Bremen und Niedersachsen nicht.

Der Bund hat sich von dem einen oder anderen sachlichen Argument überzeugen lassen. Nun stehen wir vor der Situation, dass es tatsächlich gestern in der Staatsrätekonzferenz zu einer verlässlichen Verabredung gekommen ist, die sogar das Zusammentreffen der Minister überflüssig macht, was immer ein gutes Zeichen ist, und diese Verabredung heißt jetzt: Es soll sozusagen gemeinsam die Systementscheidung getroffen werden, es soll gemeinsam ausgeschrieben werden. Wir sollen auch als Länder jeweils gemeinsam das, was wir als Infrastruktur haben, im Wege der Beistellung einbringen können.

Wir wissen aber noch nicht, was das am Ende fiskalisch und finanziell bedeutet. Erstens wissen wir immer noch nicht, was das kostet. Der Berliner Innenminister hat sofort ausrechnen können, dass das für ihn billiger wird, und hat den Bundsinnenminister schon bejubelt. Ich hoffe, er wird sich an diesen Ansprüchen messen lassen. Wir können es noch nicht ausrechnen, weil wir nicht wissen, welche Infrastruktur der Bund in Bremen eigentlich zur Verfügung stellt.

Der Bund hat erklärt, dass er 50 Prozent der Fläche abdecken will. Diese Aussage spricht dafür, dass wir Günstlinge seines Systems sein könnten,

(Abg. K l e e n [SPD]: Also bejubeln wir ihn doch!)

weil es dazu führen könnte, dass der Bund ohnehin, weil wir zum Beispiel viel Bundesbahninfrastruktur in Bremen und Bremerhaven haben, weil wir Außengrenzen haben, weil wir Bahnhöfe haben, in der Pflicht ist, eine relativ weitgehende Netzabdeckung für Bremen zur Verfügung zu stellen. Die eine oder andere Stelle im Bremer Süden könnte vielleicht vom Netz des Bundes nicht erfasst sein. Da müssen wir sehr genau rechnen. Das wird am Ende auch darauf hinauslaufen, dass wir überprüfen: Welche Netzinfrastruktur hat der Bund und stellt sie zur Verfügung, und welche Infrastruktur haben wir? Die Auguren sagen, das Modell könne für Bremen vielleicht etwas günstiger sein als ein strenges Kostenverteilungssystem für die Republik, das nach Quoten umgerechnet wird.

Allerdings liefern wir uns mit dieser Entscheidung dem Bund jetzt auch aus. Man muss ganz klar sagen: Er diktiert jetzt im Wege der Ausschreibung das System, er diktiert den Preis, und wir werden am Ende nur noch gefragt, ob wir mitmachen wollen oder nicht. Die Entscheidung ist relativ überschaubar: Wenn der Bund sich entscheidet und sagt, ich mache 50 Prozent der Fläche mit diesem System und diesem Netz, dann können wir nicht sagen, jetzt machen wir aber ein anderes System oder ein anderes Netz, das ist auch klar.

Ich schließe aus, dass der Bund mit Recht davon ausgeht, seine Erstentscheidung werde günstiger als die Folgentatscheidung der Länder. Wenn ich Geschäfts-

(C)

(D)

(A) mann wäre, würde ich sagen, beim ersten Geschäft kannst du ein bisschen billiger herangehen, und wenn die anderen dann im System gebunden sind, dann bist du sozusagen Monopolist, dann kannst du auch ein bisschen teurer herangehen. Dafür spricht auch einiges, ich glaube aber, dass der Bund solche Überlegungen nicht hat, sondern dass es ihm darum geht, bundesweit das sachlich vernünftigste Netz tatsächlich für den Digitalfunk auch aufzubauen.

Wir wollen uns an diesem Verfahren gern beteiligen. Ich bin sehr froh darüber, dass das Parlament heute den Beschluss fassen wird, der genau auf der Linie liegt, dass wir sagen, wir wollen nicht die Letzten sein, die sich an dem Verfahren beteiligen. Im Gegenteil, als Zwei-Städte-Staat mit zwei Großstädten sind wir in ganz besonderer Weise natürlich darauf angewiesen, uns auch in ein bundesweites Digitalfunknetz einbringen zu können.

Wir als Insel Zwei-Städte-Staat sind in besonderer Weise darauf angewiesen, uns mit den Niedersachsen per Funk unterhalten zu können. Teilweise können wir uns heute von der Häuservorderfront bis zur Häuserrückfront nicht mehr analog unterhalten, weil die Geräte eben so alt sind, wie sie sind, und wir die Ersatzteile nicht finden. Wir hoffen, dass wir uns dann auch über Ländergrenzen hinweg entsprechend verständigen können. Wir halten das, wenn es trotz der Chaotisierung des bisher geordneten Verfahrens dazu führt, dass es am Ende im Jahr 2010 – an den Zielen haben wir festgehalten – tatsächlich zu einer bundesweit einheitlichen Einführung eines Digitalfunknetzes kommt, für einen vertretbaren Weg.

(B) Ich bin sehr froh darüber, dass der Koalitionsausschuss dem Senat empfohlen hat, Frau Linnert, in diesem Verfahren einen Schwerpunkt auch in der inneren Sicherheit zu bilden.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Da ist doch einer lernfähig im Senat!)

Ich bin mir sicher, dass der Souverän dem Vorschlag des Senats auch in den Haushaltsberatungen Folge leisten wird. Wir schlagen nämlich vor, in das Grundinvestitionsprogramm für die Jahre 2006 und 2007 bereits die entsprechenden Investitionsmittel in Höhe von drei Millionen und sechs Millionen einzustellen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich bin begeistert!)

Das ist eine sehr vernünftige Anschubfinanzierung für dieses Projekt. Es ist insbesondere deswegen vernünftig, es schon einzustellen, weil wir noch nicht genau wissen, in welcher Höhe tatsächlich Kosten für das Land Bremen anfallen werden.

Wir sind aber sicher, und das ist jetzt die Entscheidung, die der Koalitionsausschuss dem Parlament über

den Senat empfiehlt, dass wir am Ende zu einer einheitlichen und vernünftigen Entscheidung kommen, die dann dazu führt, dass wir im Jahr 2010 – in wessen Amtszeit auch immer – dann entsprechend hier den Digitalfunk flächendeckend auch in Bremen haben und die Kommunikation bundesweit sichergestellt ist. – Vielen Dank!

(C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 16/559, Neufassung der Drucksachen-Nummer 16/519, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

(D)

Entwicklung der maritimen Ausbildung in Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 19. Januar 2005 (Drucksache 16/512)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. März 2005

(Drucksache 16/560)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.

Herr Senator, möchten Sie die Antwort mündlich wiederholen? – Vielen Dank, das möchten Sie nicht.

Ich gehe davon aus, dass wir in eine Aussprache eintreten wollen. – Das ist der Fall.

Ich erteile das Wort der Abgeordneten Frau Akkermann.

Abg. Frau **Akkermann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Gezielte Förderung nicht mit der Gießkanne!“ Dieses Zitat, Herr Senator Lemke, von heute Morgen kann ich hier in meiner Rede aufgreifen.

Das Land Bremen ist seit Jahrhunderten dafür bekannt, dass es in der Nautik stark vertreten ist und

- (A) dass es in der Wirtschaft einen guten Kompetenzbereich hat. Das müssen wir fördern und unterstützen.
- Lassen Sie mich einen Blick auf die maritime Wirtschaft werfen im Allgemeinen und auf die maritime Ausbildung im Besonderen! Die maritime Wirtschaft als High-Tech-Sektor boomt. Schon jetzt sind weltweit 70 Prozent aller Transporte auf dem Wasserweg unterwegs, und es werden noch mehr, viel mehr. Wir haben die Werftenkrise und die Subventionsdiskussionen mit der EU im Ohr, aber es ist nicht das, was den maritimen Sektor bestimmt. Der maritime Sektor will in erster Linie nicht Subventionen, er will einfach verlässliche Rahmenbedingungen und Unterstützung, nicht mehr und nicht weniger, und er braucht Nachwuchs, händeringend und in allen Bereichen. Hier kommt Bremen ins Spiel mit den besten Ausgangsvoraussetzungen und guten Rahmenbedingungen. Wir müssen nur noch loslaufen.
- Lassen Sie mich zunächst auch in Bremen bleiben! An der Hochschule Bremen gibt es den Fachbereich Nautik und Internationale Wirtschaft. Die Ursprünge dieses Fachbereichs liegen bereits im Jahr 1799 in der Nautischen Schule Bremen. Im Studiengang Nautik an der Hochschule hat sich die Zahl der Studenten von 2000 bis 2005 von 148 um ungefähr 27 Prozent auf 189 erhöht, im gesamten Fachbereich verdoppelt. Im Fachbereich Schiffbau, Meerestechnik und angewandte Naturwissenschaften hat sich die Teilnehmerzahl in dem schiffbaulichen Studiengang um 70 Prozent erhöht. Leider ist die Zahl der Professoren im gleichen Zeitraum rückläufig gewesen, von acht auf vier tätige Professoren wurde dort zurückgefahren.
- (B) In Bremerhaven wird an der Hochschule sowohl der Diplomstudiengang Schiffsbetriebstechnik mit 35 Studenten als auch der Bachelor-Studiengang Cruise Industry Management und Maritime Technologien angeboten. Beide Studiengänge werden seit dem Wintersemester 2003/2004 angeboten mit jeweils 73 beziehungsweise 85 Studenten. Auch hier sind die Professorenstellen rückläufig, Schiffsbetriebstechnik von vier auf einen Professor, die anderen zwei Studiengänge teilen sich 3,33 Stellen. Die Studiengänge boomen, die Absolventen werden mit Kusshand genommen, und die Anzahl der Lehrenden ist rückläufig. Das, meine Damen und Herren, kann es nicht sein!
- Es freut mich sehr, dass der Fachbereich gemäß der Antwort des Senats, und hier zitiere ich mit Erlaubnis des Präsidenten, „entscheidend zur Profilbildung der Hochschule Bremen beigetragen hat“. Aber das reicht nicht aus. Es gibt nicht einmal einen eigenen Fachbereich Nautik, sondern er heißt Nautik und Internationale Wirtschaft. Der Fachbereich hat insgesamt 1523 Studenten, aber nur 189 im Bereich Nautik. Das ist ein sehr geringer Anteil, und das müssen wir ändern.
- Die Arbeitsmarktchancen in diesem Bereich sind nämlich ausgezeichnet. Der Bedarf in Deutschland
- ist weit höher, als er gedeckt werden kann, sowohl im Management als auch im Ingenieurwesen. So reisen beispielsweise eigens Vertreter aus der Kreuzfahrtindustrie nach Bremerhaven, um dort Praktikanten anzuwerben, oder Schifffahrtsunternehmen sponsern drei Professorenstellen über zehn Jahre und bauen sechs Schiffe, wo sie Kapitäne ausbilden können, 150 im Jahr, leider nicht in Bremen und auch nicht mit den hier ansässigen Hochschulen!
- (C) Es gibt kein Interesse in Bremen, das ist die Wirklichkeit, und das ist bitter. In Zeiten leerer Kassen und hoher Arbeitslosigkeit sind soziale Verantwortung und kreative Ideen gefragt. Die öffentliche Hand und die private Wirtschaft müssen Hand in Hand arbeiten. Eine Offensive gegen den Mangel an qualifiziertem nautischen Nachwuchs muss her! Die Unternehmen haben dies erkannt und sind gern bereit, ihren Anteil beizutragen, die Hochschulen müssen sich weiter öffnen, und die Politik und damit wir alle, meine Damen und Herren, müssen uns öffnen und die Chancen, die es gibt, erkennen und annehmen.
- Wir haben hier eine großartige Chance, die maritime Ausbildung im Land Bremen zu konzentrieren, auszubauen und unsere Kompetenzen und unser Know-how weiterzugeben. Ich frage Sie, Herr Senator Lemke: Wollen wir diese großartige Chance annehmen? Wollen wir ein maritimes Zentrum im Land Bremen entstehen lassen? Wollen wir dies fordern und fördern, oder verneinen Sie diese Chance? Hier brauchen wir Entscheidung, Klarheit und Engagement.
- (D) Chinesen und Schweizer studieren Nautik in Bremen. Teilweise schon aus Tradition kommen sie von weit her. Nautiker finden wir in allen Bereichen, zu Lande, auf dem Wasser selbstverständlich, aber auch in der Luft, so zum Beispiel im Vorstand der Deutschen Airbus.
- Erste Schritte sind gemacht worden, so gibt es einen Simulator mit neuester Technik an der Hochschule Bremen, und das Institut für maritime Simulation ist gegründet worden zur Qualitätssteigerung der Ausbildung. Es wurden auch Projekte akquiriert. Die Gründung des Maritimen Instituts Bremen, MIB, im Juni 2004 als fachübergreifendes Kompetenzzentrum und zum Zwecke des Technologietransfers ist sicherlich lobenswert, wird aber nicht die Problematik der fehlenden Absolventen lösen. Wir haben einen enormen Bedarf an Ausbildung von Fachkräften, haben alle Möglichkeiten, die dieser Markt bietet, und können erfolgreich und aktiv einsteigen, aber wir fahren das Potential zurück.
- Ich plädiere für ein maritimes Kompetenzzentrum, wo die gesamte maritime Ausbildung zusammengefasst wird, zusammen mit dem MIB, zusammen mit den Hochschulen in Bremen und Bremerhaven, zusammen mit der maritimen Industrie und zusammen mit vielen Bremer und Bremerhavener Unternehmen. Warum machen wir keine Bündnisse mit privaten Unternehmen wie auch in anderen Bundesländern?

- (A) Warum praktizieren wir hier kein Public private partnership und finanzieren auf diese Art und Weise eine hervorragende und stark nachgefragte Ausbildung und dieses Zentrum? Lassen Sie doch der freien Marktwirtschaft von Angebot und Nachfrage ihren Lauf! Die Nachfrage ist da, machen wir ihr doch bitte ein Angebot! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Grotheer.

Abg. **Grotheer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Traditionell hat die Hafenverkehrswirtschaft in der Nordwestregion Deutschlands eine überragende Bedeutung. Wir wissen, dass weit über 100 000 Arbeitsplätze an den Häfen in Bremen und Bremerhaven hängen. Da geht es nicht nur um die Arbeitsplätze auf der Kaje oder auf den Schiffen, das ist, finde ich, eine etwas verkürzte Sichtweise, es geht um alles, was mit Schifffahrt, Handel und Logistik zu tun hat. Deshalb ist es auch kein Zufall, sondern Ausdruck einer wirtschaftlichen Entwicklung, dass in Bremen und Bremerhaven maritime Ausbildung in wichtigen Bereichen stattfindet, und zwar nicht nur die Ausbildung zum Kapitän.

- (B) Ich darf Ihnen einmal mit Erlaubnis des Präsidenten, einen kurzen Artikel aus dem „Hamburger Abendblatt“ vom November 2002 vorlesen. Er passt eigentlich ganz gut in diese Debatte und macht auch die Probleme deutlich, die für die Studierenden dort in diesen Ausbildungsgängen bestehen:

„Mehrere Wege führen zu dem Beruf des Kapitäns. Nach sechsunddreißigmonatiger Ausbildung, Abiturienten 30 Monate, zum Schiffsmechaniker bei einer Reederei kann man an einer der Fachschulen in Flensburg, Cuxhaven, Leer und Warnemünde in vier Semestern das Patent als nautischer Schiffsoffizier erwerben. Nach drei Jahren Fahrzeit als Wachoffizier folgt das Kapitänspatent. Wer Abitur hat, kann an einer der drei Fachhochschulen in Elsfleth, Bremen und Warnemünde das Kapitänspatent erwerben. Es schließt mit dem Diplom ab, es folgen drei Jahre Erfahrung als Wachoffizier, bevor das Kapitänspatent verliehen wird. Voraussetzung für angehende Seeleute“ – das sollte man allerdings auch voraussetzen – „ist die Seediensttauglichkeit.“

Wenn man sich dann einmal umschaute, wie es eigentlich in den anderen Bundesländern aussieht, dann stößt man im Internet auf Hamburg, ISSS in Hamburg, Institut für Schiffsbetrieb, Seefahrt und Simulation. Dort heißt es:

„Im September 2000 hat am Institut für Schiffsbetrieb, Seefahrt und Simulation zum letzten Mal die achtsemestrige Ausbildung zum Diplomingenieur für Schiffsbetrieb begonnen. Diese nach ISO 9010/2000

zertifizierte Ausbildung, an deren Ende man auch die Befähigungszeugnisse zum nautischen und technischen Schiffsoffizier erhält, endet 2004/2005. Eine Immatrikulation ist nicht mehr möglich.“ Das ist Hamburg! „Ausschlaggebend für diese Entscheidung sind die seit 1998 vorgeschriebenen ausgesprochen langen Seefahrtszeiten vor und nach dem Studium, die die bisher so erfolgreiche Ausbildung für junge Menschen wenig attraktiv erscheinen lassen.“

Das muss man einfach sehen, wenn wir über die Frage sprechen, wie diese Ausbildungsgänge angenommen werden, dass es sich um erhebliche und extreme zeitliche Belastungen für diejenigen handelt, die diese Ausbildungsgänge durchlaufen. Deshalb finde ich es positiv, dass wir in Bremen ein differenziertes Angebot machen im Bereich der maritimen Ausbildung, eben nicht nur im Bereich Nautik, aber auch.

An der Hochschule Bremen bieten der Fachbereich Nautik und Internationale Wirtschaft und der Fachbereich Schiffbau und Meerestechnik und angewandte Naturwissenschaften insgesamt 18 Studiengänge an, darunter den schon erwähnten Studiengang Nautik, den Studiengang Schiffbau, Meerestechnik und vieles andere mit insgesamt, so ist es gesagt worden, 1900 Studenten. Mit dieser fachlichen und mit der internationalen Ausrichtung, die die Studiengänge haben, sind diese ganz, ganz wichtig für die Profilbildung der Hochschule in Bremen. Was dort angeboten wird, ist eben nicht nur beschränkt auf die traditionelle Tätigkeit im nautischen Bereich.

Wenn wir nach Bremerhaven schauen, dann sehen wir ganz besonders, dass die bremische Wissenschaftspolitik sich bemüht, und zwar erfolgreich bemüht, sich auf sich ändernde wirtschaftliche Strukturen einzustellen. Es gibt dort nach wie vor den Diplomstudiengang Schiffsbetriebstechnik, und es gibt den internationalen Bachelor-Studiengang Cruise Industry Management. Außerdem gibt es eine Kooperation mit dem AWI im Studiengang Maritime Technologien, und es wird ein Masterstudiengang zum Bereich Maritime Biotechnologie entwickelt.

Wenn man dies in der Gesamtschau betrachtet – das sagt uns auch die Statistik, die uns der Senat vorgelegt hat –, dann sehen wir, dass diese Studiengänge durchaus gut nachgefragt sind. Ich finde es persönlich erstaunlich nach dem, was ich auch aus meinem persönlichen Umfeld über die Erschwernisse der eigentlich nautischen Ausbildung weiß: In Bremen, auch im Fachbereich Nautik und Internationale Wirtschaft, also im Studiengang Nautik, gibt es immerhin nach 2000/2001 mit 148 Studierenden jetzt im letzten Durchgang eine Studierendenzahl von 189. Das ist eine ganz erhebliche Steigerung, und es zeigt, dass die bremische Ausbildung durchaus angenommen wird.

Für uns ist natürlich ganz besonders spannend, wie sich eigentlich die Chancen der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt darstellen, denn wir wollen nichts in der

(C)

(D)

(A) Ausbildung anbieten, wovon nur wir überzeugt sind, sondern es muss auch auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich angenommen werden. Da ist es gut zu wissen, dass die Chancen der Absolventen, einen Arbeitsplatz zu finden, erfreulich hoch sind. Das betrifft ganz besonders den Bereich Nautik in Bremen, da finden alle Absolventen einen Arbeitsplatz. Es gibt einen erheblichen Bedarf, und zwar eben nicht nur zum Einsatz auf den Schiffen, sondern diejenigen, die das Patent erwerben, sind später auch vielfältig im Bereich der Logistik eingesetzt als Inspektoren bei den Reedereien an Land, in allen Bereichen, die mit dem Umschlag zu tun haben. Auch der Bereich Schiffsbetriebstechnik findet eine erfreulich hohe Berücksichtigung bei der Einstellung von Absolventen.

In Bremerhaven gibt es, das ist bereits erwähnt worden, den neuen Studiengang Cruise Industry Management. Die ersten Absolventen werden 2006 in die Praxis entlassen. Wir gehen davon aus, dass sich diese Ausbildung bewähren wird, denn dies ist ja nichts, das am grünen Tisch entwickelt worden ist, sondern es ist etwas, das in Zusammenarbeit mit der Praxis als Ausbildungsgang entwickelt worden ist. Es gibt ein großes Interesse aus der Kreuzfahrtindustrie, die auch froh darüber ist, dass der Studiengang nach den Bedürfnissen der Praxis ausgestaltet wird. Deshalb haben wir große Hoffnungen, dass die Absolventen auch Abnahme auf dem Arbeitsmarkt finden.

(B) Dazu noch als ganz kleine Information am Rande: Die Anzahl der Schiffe, die im Kreuzfahrtbereich eingesetzt werden, hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Die Bettenzahl, das ist ein Indikator, hat sich ebenfalls verdoppelt. Die Kreuzfahrt verliert ein wenig – Gott sei dank, finde ich – das Image, dass es nur eine Veranstaltung für ältere Menschen ist. Es sind auch zunehmend jüngere Leute, die Kreuzfahrten buchen. Wir glauben, dass dies ein wachsender Wirtschaftsbereich ist, und sind froh darüber, dass in Bremen für diesen Bereich eine richtig gute Ausbildung angeboten wird. Wir sind auch fest davon überzeugt, dass sich die Zusammenarbeit mit dem AWI in Sachen der maritimen Technologien für den Arbeitsmarkt, für die Absolventen auszahlen wird.

Zum Schluss noch etwas zu den Perspektiven! Man kann auch Gutes immer noch verbessern. Man muss aber nicht in dem Versuch, etwas besser zu machen, das Alte sozusagen völlig über Bord werfen. Die maritime Ausbildung in Bremen und Bremerhaven bindet junge Leute an unsere beiden Städte. Dies ist ein gutes, solides Fundament für eine weitere gute wirtschaftliche Entwicklung. Ich würde es unter der Überschrift verbuchen: Wir sollen die Stärken stärken! Das bedeutet aus meiner Sicht, dass wir diese Bereiche behutsam weiterentwickeln müssen, dass wir genau schauen müssen, wohin die wirtschaftlichen Entwicklungen in den nächsten Jahren gehen. Da bedarf es keiner brachialen Veränderungen.

Ich meine, wir können insgesamt stolz darauf sein, dass wir hier eine engagierte Wissenschaftsverwal-

zung haben, die sich liebevoll und erfolgreich, das muss man sagen, um diese Bereiche kümmert. Eine gute Verwaltung kann auch einmal mit solchen Worten gelobt werden.

Wir freuen uns auch darüber, dass wir sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven ausgesprochen engagierte Leitungen der Hochschulen und ausgesprochen engagierte Professoren vorfinden, die sich darum bemühen, dass die Absolventen auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich sein werden. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Schön.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Große Anfrage ist überschrieben mit „Entwicklung der maritimen Ausbildung in Bremen“. Gefragt wurde aber im Wesentlichen nur nach der Ausbildung im Fachbereich Nautik und Internationale Wirtschaft an der Hochschule Bremen. Die Verwaltung hat sehr differenziert geantwortet und hat auch für Bremerhaven geantwortet. Sie hat also viele Fragen beantwortet, die so gar nicht gestellt worden sind. Das finde ich im Prinzip sehr gut, weil wir dadurch hier auch eine etwas breitere Debatte haben, die wir sonst vielleicht gar nicht gehabt hätten. Ich würde mir allerdings wünschen, dass es den Grünen in der Zukunft vielleicht auch so geht, dass eine Große Anfrage dann auch sehr breit beantwortet wird.

Hinter dieser doch sehr eng gefassten Anfrage zur maritimen Ausbildung an der Hochschule Bremen – ich möchte jetzt nicht alles noch einmal wiederholen, was Frau Akkermann und Herr Grotheer gesagt haben – steht ja eigentlich die weiter gehende Frage nach der Entwicklung der maritimen Wirtschaft in Deutschland, aber auch weltweit. Es ist die Frage überhaupt nach der allgemeinen Ausbildung in der maritimen Wirtschaft. Dazu gehört nicht nur, ich sage einmal, das Kapitänspatent an der Hochschule Bremen, sondern dazu gehören auch dual gebundene Ausbildungsgänge. Herr Grotheer hatte darauf hingewiesen, welche Ausbildungsgänge es dort gibt, es gibt dort noch ein paar mehr. Die Ausbildung an der Hochschule Bremen ist dazu sicherlich ein Teilaspekt, aber eben auch nur ein Teilaspekt.

Aus der Antwort des Senats wurde deutlich, dass es in dem Bereich wieder eine ansteigende Anzahl Studierender gibt. Das ist auch gut so, das freut uns, weil die Hochschule Bremerhaven gerade darüber ihr Profil viel besser entwickeln kann. Das war vor ein paar Jahren noch anders. Der Studiengang Schiffsbetriebstechnik hatte 2001 nur noch 23 Studierende. Da wird es schon einmal ein bisschen eng mit dem

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Studiengang, glaube ich, ob man den dann so weiterführen kann. Insofern hat es sich positiv entwickelt, und das ist auch gut so. So langsam kommt man da auch wieder in die Situation, dass ein Studiengang ausgelastet ist und dass Studierende kein Problem haben, einen Job zu finden. Das begrüßen wir natürlich außerordentlich, und das begrüße ich auch insbesondere als arbeitsmarktpolitische Sprecherin an dieser Stelle.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was ich schade finde, ist, dass in den maritimen Studiengängen nur 14 Prozent Studentinnen sind. Es gibt in dem Bereich auch nur eine Hochschullehrerin. Wir würden uns wünschen, gerade weil es ein Wachstumsmarkt ist, wenn sich die Hochschulen da mehr anstrengen würden, mehr Frauen in die Studiengänge zu bekommen und auch mehr Frauen zu berufen. Ich weiß, dass auch die Hochschule einen Frauenförderplan hat. Darin, denke ich, ist aber noch viel mehr Potential.

Dass sich die Studienanfängerzahlen positiv entwickelt haben und dass die Absolventen einen guten Absatz auf dem Arbeitsmarkt haben, ist auch ein Indiz dafür, dass es da in der Tat auch einen zusätzlichen Bedarf gibt. Wenn man sich die aktuelle Arbeitsmarktsituation im Bereich der maritimen Stellen ansieht, dann kann man feststellen, dass es eigentlich einen massiven Stellenabbau in den letzten 20 Jahren gegeben hat, in den letzten fünf Jahren um 20 Prozent bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Dies ist einerseits durch Rationalisierung, aber auch durch Ausflagging zustande gekommen.

(B) Trotzdem ist aber zu beobachten, dass die Arbeitslosigkeit in diesem Bereich nicht sinkt und dass es kaum Langzeitarbeitslosigkeit gibt. Das ist eigentlich ein Indiz dafür, dass da ein richtiger Bedarf vorhanden ist und dass es gleichzeitig auch Beschäftigungseingänge an dieser Stelle gibt. Da muss man aber auch sagen, das sehe ich ein bisschen anders als Frau Akkermann, dass da auch die Reeder in der Vergangenheit ihrer Ausbildungspflicht nicht unbedingt so nachgekommen sind.

(Beifall bei der SPD)

Da wäre viel mehr möglich gewesen, und das haben sie nicht getan.

Wir haben auch die Situation, dass gerade die Kapitäne, die ja eine Ausbildung von vier bis fünf Jahren haben, auch nach durchschnittlich 4,8 Jahren wieder von Bord gehen, also die Aufenthaltsqualität an Bord auch nicht so gut ist, dass sie dort lange bleiben, die Aufstiegsmöglichkeiten sind gering. Sie wollen auch teilweise, das kann man verstehen, lieber bei ihren Familien bleiben. Früher konnte man

Familien an Bord mitnehmen. Das geht heute alles nicht mehr. Es sind also auch die Reeder einfach gefordert, für eine Arbeitssituation zu sorgen, damit die Ausbildung auch langfristig und nachhaltig etwas bringt und die Leute an Bord bleiben.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann kommen wir zu einer weiteren Frage: Wenn die Arbeitsmarktsituation da eigentlich ganz gut ist und dort gute Potentiale sind, ist es auch ein Hinweis darauf, dass die maritime Wirtschaft in Wirklichkeit boomt. Herr Grotheer hat darauf hingewiesen, das Frachtschiffgeschäft boomt, das Kreuzfahrtgeschäft boomt. Die deutsche Gästezahl hat sich in den letzten zehn Jahren verdreifacht. Es gibt kaum Schiffe unter deutscher Flagge, aber es gibt bezogen auf Schiffe einen Anteil deutscher Reeder von 7,5 Prozent am Weltmarkt. Das ist extrem viel.

Es gibt knapp 2300 Handelsschiffe von deutschen Reedern, aber nur 500 unter deutscher Flagge. Das ist auch ein Zeichen dafür, dass es eigentlich, wenn man es einmal mit der Rückflagging ernst nehmen und ernsthaft betreiben würde – darüber gibt es seit der dritten Maritimen Konferenz in Lübeck im Jahr 2003 Vereinbarungen –, viel mehr Rückflagging geben sollte, als es gegenwärtig gibt. Hätten wir diese Arbeitnehmer auch in Deutschland beschäftigt und nicht unter fremden Flaggen, würde das auch die Steuereinnahmen erhöhen, und das wäre sicherlich auch gut so.

(D)

Wir haben auch in Bremen und Bremerhaven mit Sicherheit einen großen Bedarf im Offshorebereich. Bremerhaven macht es ja mit den maritimen Studiengängen, Windenergie ist dazu ein Beispiel. Da ist sicherlich mehr möglich.

Ich hätte mir gewünscht, dass wir einmal eine richtige Debatte über die Chancen der maritimen Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven führen, gerade vor dem Hintergrund des Wegbrechens der Werften, das schreitet weiter voran. Da die maritime Wirtschaft ein Wachstumsmarkt ist, hätte ich mir gewünscht, dass wir darüber zu einem anderen Zeitpunkt vielleicht hier einmal richtig debattieren. Insofern, finde ich, ist diese Anfrage etwas zu eng gefasst gewesen. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin mit Frau Schön der Auffassung, dass wir sehr differenziert auf die Anfrage geantwortet haben, vielleicht noch etwas breiter, als die ursprüngliche Fragestellung war, das stand auch in meiner Vorlage. Ich finde es aber richtig,

(A) dass wir es etwas breiter beantwortet haben, ansonsten wäre es etwas zu schmal gewesen, wenn wir uns nur mit der Hochschule und den Problemen der Hochschule hier in Bremen befasst hätten.

Ich gehe darüber hinaus noch einen kleinen Schritt weiter. Es ist ein Thema, das nicht nur uns in Bremen betrifft, sondern es interessiert eigentlich die Küstenländer, die Küstenregionen in Norddeutschland. Diesbezüglich kann ich Sie auch darüber informieren, dass wir bei den norddeutschen Wissenschaftsministern auch an diesem Problem arbeiten, da es von der Stoßrichtung völlig klar ist, es ist weiterhin wichtig, dass wir im maritimen Bereich Flagge zeigen, dass wir die Angebote so attraktiv halten, um dem Ausbildungsbedarf auch begegnen zu können.

Wir sind in einer erfreulichen Entwicklung, das sah vor einigen Jahren noch ganz anders aus. Heute haben wir im Zuge der Globalisierung, insbesondere durch die Entwicklung der neuen Märkte in China, ein rasantes Wachstum und eine rasante Nachfrage nach Schiffstransporten. Dafür brauchen wir nicht nur die Schiffe, sondern wir brauchen auch die Mannschaften, die Kapitäne und die Offiziere an Bord.

(B) Ich kann Ihnen, Frau Akkermann, nur sagen, es ist überhaupt keine Frage, dass wir gesprächsbereit sind, wenn es darum geht, mit den Hochschulen darüber zu diskutieren, inwieweit wir ihre Ausbildungssituation weiter optimieren können. Ich bin allerdings der Meinung, dass wir, wenn wir die Hochschulen in ihrer Autonomie stärken, uns natürlich auch sehr zurücknehmen. Ich bemühe mich da jedenfalls, und ich weiß, dass es auch von der Wissenschaftsdeputation so getragen wird, nicht den Hochschulen in ihre Studiengangsplanung hineinzuregieren, sondern zu sehen, wo sie gegebenenfalls Defizite haben, wo wir sie auch zum Tun anregen können. Ich will Ihre Anfrage gern zum Anlass nehmen, um noch einmal mit den Hochschulen zu sprechen, wo sie Unterstützung benötigen. Mir ist es aus den Hochschulen sowohl in Bremerhaven als auch in Bremen noch nicht deutlich geworden.

Unterstützen kann ich Frau Schön auch in der Frage der beiden Punkte, die sie angesprochen hat, was die Bereitschaft der Reeder angeht, weitere Ausbildungsplätze an Bord bereitzustellen. Das ist deutlich zu wenig, hier gibt es einen erheblichen Bedarf.

Es ist natürlich auch überhaupt nicht zufriedenstellend, meine Damen und Herren, diese Zahl, die Sie genannt haben, die auch in meinen Unterlagen steht, dass im Durchschnitt die Schiffsoffiziere nur 4,8 Jahre tatsächlich in ihrem erlernten Beruf an Bord der Schiffe bleiben. Man muss erkennen, dass hier etwas schief läuft nach einer so langen Ausbildung, wir haben es in Ihren Beiträgen erfahren, in unserem Papier steht es, Sie haben darauf hingewiesen, wie lange man intensiv studiert und dann im Durchschnitt nur 4,8 Jahre an Bord eines Schiffes verweilt. Das ist nun völlig

kontraproduktiv. Hier, finde ich, müssen wir auch mit den Reedern darüber reden, wie sie die Situation der Beschäftigten versuchen zu verbessern, dass die Arbeit, die Beschäftigung an Bord attraktiver für die dort Beschäftigten wird, denn das steht in keinem Verhältnis, eine sehr lange und sehr teure Ausbildung und dann nur dieser relativ kurzfristige Einsatz. Hier gibt es also auch von mir aus diese Rückfrage.

Ich fasse zusammen: In der Tendenz gibt es überhaupt keinen Unterschied zwischen den Wünschen und den Forderungen von Frau Akkermann, die Sie vorgetragen haben, dass wir die Situation hier durchaus im Blick behalten müssen. Ich sperre mich überhaupt nicht, wenn es darum geht, mit Wirtschaftsunternehmen, mit Sponsoren gemeinsam zu arbeiten, um die Ausbildung noch besser zu machen. Wir vernachlässigen hier nichts.

Wir haben auch Gott sei Dank wieder steigende Studienanfängerzahlen. Wir haben einen sehr erfolgreichen neuen Studiengang in Bremerhaven. Es freut mich sehr, dass dieser Studiengang Cruise Industry Management hier in Bremerhaven so hervorragend angenommen wird und uns auch dort bereits die Reedereien signalisieren, dass die Absolventen hoch nachgefragt werden. Niemand von denjenigen hat jetzt bereits auch während des Studiums ein Problem, auf die Schiffe zu kommen, um dort Praktika zu absolvieren, sogar schon zu arbeiten. Das wird mir jedenfalls von der Hochschule berichtet.

(D) Ich finde, da sind wir auf einem sehr, sehr guten Weg, und wir werden das auf keinen Fall vernachlässigen. Ich sage aber auch noch einmal, das, worauf Herr Grotheer vorhin hingewiesen hat, der maritime Ausbildungsgang in Richtung Arbeitsplätze auf den Schiffen ist nur ein Bruchteil dessen, was wir insbesondere im Auge behalten müssen. Wir haben durch den vorzüglichen Ausbau unserer Häfen die große Möglichkeit, ganz Europa logistisch zu versorgen. Da ist eigentlich der viel interessantere und viel größere Bereich an Ausbildungs-, an Arbeitsplätzen. Da gibt es auch eine sehr gute Kooperation zwischen uns und Wirtschaft, um diesen Ausbildungsbereich weiter zu stärken, um die Arbeitsplätze in diesem Bereich sowohl für Bremerhaven als auch für Bremen im Interesse der hier lebenden Werktätigen zu stärken. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/560, auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

(A) **Wirtschaftskraft von unten fördern statt
angebotsorientierter Flächenpolitik**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. Februar 2005
(Drucksache 16/542)

Wir verbinden hiermit:

Gewerbeflächenentwicklung in Bremen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 15. März 2005
(Drucksache 16/572)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. März 2005
(Drucksache 16/573)**

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister
Dr. Gloystein.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen)*: Herr Prä-
sident, meine Damen und Herren! Irgendwie gehen
zurzeit merkwürdige Dinge in dieser Stadt vor sich.
Jahrelang haben wir dagegen gekämpft, dass die
Arberger/Mahndorfer Marsch bebaut wird. Jahrelang
haben wir gesagt, die Uniwildnis muss erhalten blei-
ben. Jahrelang haben wir gegen diese Pläne des Se-
nats gekämpft. Jetzt auf einmal, wie aus heiterem
Himmel, beschließt der Koalitionsausschuss, dass es
tatsächlich wohl so ist, dass wir zu viele Gewerbe-
flächen haben und diese nicht mehr benötigen.

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Eine
sozialdemokratische Erkenntnis!)

Nein, nein! Wir haben es sehr deutlich gemacht!
Ich sage Ihnen ganz klar: Wir haben an der Frage,
übrigens auch an der Frage der Stadthalle – man
wundert sich ja, wenn man heutzutage die Zeitung
liest –, seinerzeit nichts anderes gemacht, als zu sa-
gen, dass es keine vernünftige betriebswirtschaftliche
Rechnung für dieses Projekt gibt. Seltsamerweise
liest man dann aber heute, dass ganz andere die
Erfinder dieser Kritik seien. Nein, das sage ich ganz
deutlich: Da haben wir Grünen mit unserer Kritik an
dieser Stelle sehr, sehr richtig gelegt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Schön ist, wenn es ernst gemeint bei Ihnen ange-
kommen ist, dass wir wirtschaftspolitisch tatsächlich
einen Wandel brauchen. Wir können es an den Zahlen

*) Vom Redner nicht überprüft

sehr deutlich machen. Sie als große Koalition haben
über Jahre einen Sanierungskurs mit dem Ziel be-
trieben, die Haushalte zu sanieren, aber auch den
Strukturwandel hinzubekommen. Jetzt ist ja klar, und
da sage ich auch nichts anderes, dass es Bremen aus
eigener Kraft nicht schaffen wird und auch nicht schaf-
fen kann. Das heißt aber nicht, dass man keinen ei-
genen vernünftigen Anteil braucht. Genau um die-
sen eigenen vernünftigen Bremer Anteil, meine
Damen und Herren, geht es bei dieser Frage.

Wirtschaftspolitik ist im Wesentlichen von der CDU
als eine Politik definiert worden, die sich darum zu
kümmern hat, Gewerbeflächen zu erschließen. Das
ist die Kernpolitik der großen Koalition gewesen. Sie
haben im gesamten ISP von 2,4 Milliarden Euro al-
lein für Gewerbeflächen 872,3 Millionen Euro aus-
gegeben, das sind 36,6 Prozent. Das macht deutlich,
dass genau das Ihre Schwerpunktsetzung war.

Jetzt habe ich den neueren Koalitionsvereinbarun-
gen entnommen, dass Sie offensichtlich erkennen,
dass ein Wandel vonnöten ist. Wir haben unseren
Antrag im Übrigen gar nicht so sehr in Richtung
Gewerbeflächen eingebracht. Ich bin heute Morgen
verblüfft gewesen, den Antrag der großen Koalition
zu sehen, der heute Morgen als Dringlichkeitsantrag
sehr kurzfristig eingebracht worden ist, obwohl mein
Antrag auch bei Ihnen schon seit vier Wochen in der
Diskussion sein könnte. Da haben Sie sich im Übr-
igen aber ausschließlich auf die Frage der Gewerbe-
flächen konzentriert. Ich begründe meinen Antrag
zuerst und gehe dann auf Ihren Antrag ein.

Bremens Wirtschaftswachstum, und das ist das Fa-
tale, ist in den Jahren von 1994 bis 2004 um 19,2
Prozent angestiegen, im Vergleich aber zu Deutsch-
land viel niedriger, da das Wirtschaftswachstum auf
Bundesebene, also nur Westdeutschland, bei 23,7
Prozent liegt. Sie sehen also, im Vergleich zur Bun-
desgröße schneidet Bremen wirtschaftlich derzeit
schlechter ab.

Wir haben hier Benchmarking von Ihnen hin und
her. Immer wenn die Daten gut waren, haben Sie Ihre
Großen Anfragen gemacht, haben sich hier selbst
belobigend auf die Schulter geklopft. Nachhaltig
haben Sie nicht sehr viel für den Strukturwandel in
dieser Stadt, in diesem Bundesland getan. Das zei-
gen die Daten, die jetzt auf uns zukommen werden.

(Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Das ist falsch,
auch wenn Sie es immer wiederholen, Herr
Kollege!)

Sie werden ungleich viel schlechter sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Zahl der Erwerbstätigen nenne ich Ihnen gleich
dazu: Bremen hat eine Abnahme um 1,6 Prozent. In
Deutschland gibt es aber einen Anstieg um 3,1 Pro-

(C)

(D)

(A) zent. Das sind die Zahlen der Erwerbstätigen. Lediglich in den Jahren bis 2002 konnte ein überdurchschnittliches Wachstum erreicht werden. Jetzt fallen wir aber hinter den Bundesdurchschnitt zurück. Seitdem gibt es auch keine Großen Anfragen der großen Koalition zu diesem Thema, leider Gottes!

(Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Auch wenn Sie den Rechnungshof zitieren, wird das nicht richtiger!)

Jetzt noch einmal zu den Gewerbeflächen! Wir haben heute aktuell 382 Hektar für Gewerbeflächen zur Verfügung, in Realisierung sind immer noch 52,6 Hektar zusätzlich. Wir wollen, dass Sie tatsächlich dazu übergehen, Wirtschaftspolitik neu zu definieren. Das ist der Sinn und der Zweck unseres Antrags. Wir wollen eine Neuausrichtung der Förderphilosophie, wir wollen die Abkehr von dem irrigen Gedanken, dass das bloße Angebot an Gewerbeflächen mit Autobahnanschluss per se schon Wirtschaftswachstum bringt. Damit muss in Bremen und Bremerhaven endlich Schluss sein!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Bremen nutzt sein technologisches Potential nach wie vor kaum. Wenn Sie sich all die Daten anschauen, Herr Focke, werden Sie erstaunt sein, welche Möglichkeiten wir hier hätten und wie wenig diese genutzt werden! Das hat damit zu tun, dass Sie eben mehr in Köpfe investieren müssen, mehr in Forschung und Entwicklung investieren müssen und vor allen Dingen auch in Technologietransfer als in Beton. Das, hoffe ich, ist jetzt nicht nur aufgrund der fehlenden Mittel Ihre neue Politik, sondern ich hoffe, dass diese neue Politik künftig in diesem Haus beschlossen wird und auch vom Senat getragen wird, die nämlich genau das umsetzt, was wir als Grüne seit Jahren in diesem Hause fordern. Da verweise ich nur auf meine Kollegin Frau Trüpel, die genau an der Stelle und genau in diesem Hause immer wieder gesagt hat, dass es nicht ausreicht, ausschließlich auf Gewerbeflächen zu schauen.

(Abg. F o c k e [CDU]: Haben wir auch nie!)

Im Übrigen ist der Vorwurf, dass wir überhaupt nicht auf Gewerbeflächen schauen wollten, auch irrig, da wir dem durchaus an vielen Punkten auch zugestimmt haben.

Wenn wir jetzt also weniger Gewerbeflächen vermarkten müssen oder vermarkten wollen oder vermarkten können, wie auch immer, dann ist die Frage, ob die Struktur der BIG, so wie sie jetzt organisiert ist, eigentlich noch schlau, richtig und zeitgemäß ist. Die BIG ist aufgebläht, muss man sagen,

inzwischen auf 212 Beschäftigte, die im Grunde genommen ausschließlich für die Frage der Vermarktung zuständig sind. Ich möchte gern, dass sich die Koalition darüber schlaue Gedanken macht und da demnächst einen vernünftigen – –.

(Abg. F o c k e [CDU]: Das stimmt ja nun auch nicht! Sie kennen doch die ganzen Förderprogramme!)

Na, wenn Sie sich schon Gedanken darüber gemacht haben, ist es ja schön! Ausgesprochen haben Sie die Gedanken noch nicht. Ich bin der Meinung, das muss in diesem Hause allerdings deutlich gesagt werden, dass es da Handlungsbedarf gibt und dass wir erwarten, dass an dieser Stelle tatsächlich auch gehandelt wird.

Wir wollen eine Entwicklung hin zu Anreizmechanismen zur Vermarktung, und vor allen Dingen wollen wir die Frage durchaus auch einmal stellen, ob es nicht erfolgsabhängige Geschäftsführergehälter geben sollte.

(Abg. F o c k e [CDU]: Bin ich sofort dafür!)

Wir wollen Bremen als überregionalen Anziehungspunkt entwickeln, gerade für unkonventionelle Unternehmerinnen und Unternehmer. Ich stelle Ihnen noch einmal die Frage: Was ist eigentlich Mittelstand? Wir hatten in Bremen bei den Klein- und Kleinstunternehmen, das sind Betriebe bis zu 49 Mitarbeitern, 15 493 im Jahre 2000. Davon sind 12 661 in Kleinstunternehmen, und das sind Betriebe von einem bis neun Mitarbeitern. Sie sehen schon, dass klein nicht einfach nur piefig heißt, sondern eine wirtschaftliche Größe bedeutet, die man auf gar keinen Fall unterschätzen darf.

Wir haben insgesamt in den Großbetrieben mit über 500 Mitarbeitern in Bremen 77 686 Mitarbeiter und in dem vorherigen von mir genannten Bereich 95 861 Mitarbeiter. Daran sehen Sie, dass wir in dem Bereich der Klein- und Kleinstunternehmen deutlich mehr Mitarbeiter haben als in den Großbetrieben. Das heißt nicht, dass man nicht mehr auf die industriellen Kerne achten muss, aber in der Frage der Förderung heißt es ganz deutlich, dass wir unser Augenmerk genau auf diesen Bereich lenken müssen.

Die BIG tut das nun wiederum sehr wenig. Die BIG denkt wie ein Globalplayer und versucht meiner Auffassung nach, an diesem Problem vorbei Wirtschaftspolitik zu entwickeln, im Übrigen aber wohl offensichtlich mit dem Segen des Wirtschaftssenators.

(Abg. F o c k e [CDU]: Das stimmt doch überhaupt nicht! Sag doch einmal ein paar Beispiele!)

(C)

(D)

(A) Sag doch einmal ein paar Beispiele! Jetzt komme ich – –.

(Abg. F o c k e [CDU]: Du kannst doch nicht einfach sagen, da passiert nichts!)

Herr Focke, das ist wirklich Unfug, was Sie gerade betreiben!

(Abg. F o c k e [CDU]: Wir fördern fast alles in kleinen und mittleren Betrieben!)

Das ist nicht wahr! Sie müssen sich die Förderkulisse anschauen. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass wir genau darüber eine neue Diskussion brauchen, was förderungswürdig ist und was nicht förderungswürdig ist.

(Abg. F o c k e [CDU]: Das ist aber nicht das, was du gesagt hast!)

Wenn Sie an der Stelle behaupten, hier in Bremen sei alles in bester Butter, kann ich Ihnen nur sagen, da liegen Sie völlig daneben! Da müssen wir umsteuern, und das muss von einem starken Wirtschaftsressort aus gemacht werden und nicht von einem Wirtschaftsressort aus, das im Übrigen auch schon die Wirtschaftsdeputationssitzung alle naselang ausfallen lässt, weil es da anscheinend gar nichts mehr zu diskutieren gibt.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das kann wirklich nicht angehen. Wir werden die Diskussion der Frage der Förderkulisse aufnehmen, wir werden Ihnen inhaltliche Vorschläge machen. Wir wollen nur eine andere Philosophie, und darum werbe ich an dieser Stelle als Allererstes.

Jetzt komme ich zu Ihrem Antrag der großen Koalition. Sie behaupten in diesem Antrag – –.

(Glocke)

Vizepräsident Ravens: Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen): Dann muss ich gleich noch einmal wiederkommen. Tut mir Leid!

(Heiterkeit)

Ich halte mich an meine Redezeit. Ich melde mich dann gleich und mache das im zweiten Teil zu Ende. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Winther.

Abg. Frau **Winther** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Möhle, ich war schon über Ihren Änderungsantrag zu unserem Antrag überrascht, der ja nur in einem Punkt abweicht, nämlich in Punkt zwei, in dem es um die konkrete Benennung der Veränderungen in Gewerbegebieten geht. Das heißt für mich, und das finde ich doch höchst erstaunlich, dass Sie den Satz mittragen, dass das IFP ein erfolgreicher Baustein wirtschaftsorientierter Strukturpolitik des Landes ist, und Sie konstatieren, dass dieses Programm – –.

(C)

(Zuruf der Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen])

Nun warten Sie doch erst einmal ab! Herr Möhle hat ein Angebot eines Antrags gemacht und bekennt sich damit zu diesem Satz. Das will ich hier nur feststellen.

(Beifall bei der CDU)

Insofern gehe ich davon aus, dass hier ein Sinneswandel bei den Grünen vorliegt.

Keinen Sinneswandel gibt es allerdings in der CDU bei den Grundsätzen der Flächenpolitik, sondern was wir mit unserem Antrag tun – dies sei ganz grundsätzlich vorangestellt –, ist, strukturelle Veränderungen vorzunehmen, weil wir reagieren müssen auf die miserable konjunkturelle Situation. Wir haben eine Vielzahl von Flächen – Sie im Übrigen auch mit GVZ und Industriepark! – in einer Zeit auf den Weg gebracht, in der die Konjunktur florierte. Jetzt tut sie es leider nicht, und insofern müssen wir einfach entsprechende Anpassungen vornehmen.

(D)

Dass die Flächenpolitik in Bremen nicht falsch, sondern erfolgreich gewesen ist, dazu muss man doch ein paar Zahlen nennen. Im Übrigen haben Sie, sehr geehrte Grüne, bei Ihren Zahlen einiges durcheinander gebracht. Wir haben mit den IFP-Flächen allein in den Jahren 2002 bis 2004 jährlich 1500 Arbeitsplätze gesichert und 1000 Arbeitsplätze neu geschaffen, das sind insgesamt 7500 in diesem Zeitraum. Es ist uns gerade gelungen, mit dieser Flächenpolitik die Schere der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Bund von 1998 bis 2004 von 4,3 auf 2,8 Punkte zu senken trotz der gesamtwirtschaftlichen Schwierigkeiten, die wir haben. Das, denke ich, ist ein Erfolg. Wir haben im Übrigen hier in Bremen eine hohe Wirtschaftskraft generieren können, seit 1996 hat sich zum Beispiel der Umsatz des verarbeitenden Gewerbes um rund sechs Milliarden erhöht, und das bedeutet ganz konkret die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Dann zu der Frage der Erwerbstätigen: Ich denke, Sie haben den letzten Controllingbericht möglicherweise missverstanden. Im Bund haben wir pro 100 Beschäftigte eine Kennziffer von 101, in den Westländern von 102 und in Bremen eine Kennziffer von

- (A) 103. Das ist eine Steigerung der Beschäftigung in Bremen und keine Senkung!

Im Übrigen möchte ich an einem Beispiel klar machen, dass sich sehr wohl, entgegen Ihrem Antrag, eine gute Verkehrsanbindung auszahlt. Wir haben zum Beispiel an der Hansalinie 40 Prozent der in der letzten Zeit insgesamt in Bremen vermarkteten Flächen verkaufen können. Es ist uns gelungen, dort 40 Prozent aller Ansiedlungen von außen zu holen. Das gelingt in den anderen Gewerbegebieten nicht.

Eine grundsätzliche Anmerkung noch zu der Frage der Flächenüberhänge: Trotz geringerer Flächenvergabe haben wir diejenigen Arbeitsplätze generieren können, die wir geplant hatten bei einem Verkauf von 50 Hektar pro Jahr. Ich denke, das ist ein guter Erfolg trotz der geringen Vermarktung insgesamt.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Ganz grundsätzlich, und da werden Sie mir wohl alle zustimmen, muss gelten, dass das Maß aller Dinge ist: Wo schaffen wir die meisten Arbeitsplätze? Dafür brauchen wir ein regional ausgewogenes und differenziertes Flächenangebot für die unterschiedlichsten Ansiedlungsinteressenten. Das bedeutet eine strukturelle Veränderung der Flächenentwicklung, auf die der Wirtschaftssenator bereits mit einer qualifizierten und quantifizierten Flächenentwicklung reagiert hat. Er hat, Sie kennen das alle, Cluster entwickelt, und er hat finanzielle Mittel umgeschichtet aus den Projekten, deren Nachfrage nicht so gut war, in Projekte, die gute Arbeitsplatzeffekte haben. Ich denke, dass auf diese Weise Überhänge abgebaut werden können.

Die CDU-Fraktion steht voll hinter dieser Anpassung, die wir auch noch einmal in unserem Antrag manifestiert haben, Investitionen sind vorrangig in den Gebieten durchzuführen, die den höchsten Return on Invest haben. Folglich schließt sich die CDU-Fraktion den Beschlüssen des Koalitionsausschusses an. Ich darf sie noch einmal wiederholen, um auch hier Missverständnisse zu vermeiden. In der Arberger Marsch wird bis 2009 nur der erste Abschnitt gebaut, im Technologiepark werden derzeit nur die Erweiterungsflächen der Universität zur Vermarktung eingesetzt, in Oberneuland wird der nächste Bauabschnitt für Wohnungsbau bereitgestellt, und auch in Bremerhaven muss es darum gehen, Gewerbegebiete bedarfsgerecht zu entwickeln. Trotz dieser Einschränkungen angesichts der aktuellen Situation müssen wir aber in der Lage sein, flexibel auf Konjunkturveränderungen und hoffentlich auch -verbesserungen reagieren zu können, das heißt auf die dann hoffentlich folgende Nachfrage.

Sehr geehrter Herr Möhle, Sie haben einen weiteren Punkt angesprochen, das ist das Thema Vermarktung. Auch wir meinen, dass wir mehr private Investoren erreichen müssen, dass wir mehr überre-

- (C) gionale Werbung für unsere Gewerbegebiete machen müssen, und zwar eine Werbung für unsere profilierten Gebiete. Dafür muss vielleicht das eine oder andere Gebiet auch noch entsprechend qualifiziert werden. Wir müssen sehr viel offensiver als bisher mit diesen Qualitäten und besonders mit der Lagegunst einer guten verkehrlichen Anbindung überregional, im Internet oder wo auch immer, so wie andere, wie zum Beispiel auch Bayern das macht, am Markt auftreten.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrter Herr Möhle, zu Ihrer passiven Wirtschaftsförderung, ich glaube, Sie haben da irgendwie einiges übersehen! Wir investieren einen dreistelligen Millionenbetrag in Wissenschaft und damit in Köpfe. Mehr können wir uns hier nicht leisten, auch das zeigt ja unsere Haushaltsrechnung. Wir haben ein Innovationsprogramm, wir haben eine besondere Initiative für Gründungen aus der Hochschule.

In einem Punkt stimme ich Ihnen zu, das ist das Thema Transfer. Wir haben das auch in der letzten Bürgerschaftssitzung schon diskutiert, hier werden wir uns weiterhin Gedanken machen müssen, wie wir diese Szene verbessern können und wie wir Köpfe, Wissenschaft und Wirtschaft enger zueinander bringen, damit dort Entwicklungen vorankommen.

- (D) Wir verfügen über ein großes und ein wirklich sehr fittes Netzwerk in der Beratung. Wir haben zum Beispiel im Gründernetzwerk im letzten Jahr 5000 Gründungen auf den Weg gebracht. Davon sind 1600 Kleinstgründungen, also Ich-AGs. Sie können daher nicht sagen, dass wir in diesem Bereich nichts tun.

Im Übrigen hat der Wirtschaftssenator ein Mittelstandsgesetz vorgeschlagen, Herr Möhle, Sie waren bei der Diskussion dabei. Wir haben uns dort ganz besonders kleinen und Kleinstunternehmen verpflichtet, sie stehen wörtlich im Text, und bei dieser Verpflichtung bleiben wir auch.

Was die Motivation zu mehr wirtschaftlichem Handeln angeht, erinnern Sie sich vielleicht, dass Senator Hattig ein ganzes Programm zu Wirtschaft in der Schule aufgelegt hatte. Wenn das umgesetzt worden wäre, dann hätten wir eine Motivation junger Menschen schon in einem sehr frühen Stadium erreichen können. Nur, dieses Projekt ist leider in der Kultusministerkonferenz gestorben.

Auch kleine Gewerbegebiete gibt es reichlich in Bremen. Da können Sie nun die WfG nicht kritisieren. Man kann zum einen in den großen Flächen kleine Gewerbeflächen zuschneiden, aber wir haben auch eine ganze Reihe von besonderen Gebieten, die gerade auf solche Probleme Rücksicht nehmen, die Bayernstraße zum Beispiel, Huckelriede, Steindamm, und auch die Pilotprojekte des IFP bieten die Möglichkeit, kleine Grundstücke zu vermarkten.

(A) Weil Sie, sehr geehrter Herr Möhle, fordern, auf einer breiten Basis etwas für die Wirtschaft zu tun, möchte ich nur einen Bereich aus dem Thema Strukturwandel und mehr Dienstleistungen herausgreifen. Wir haben in den Tourismus investiert, um den Strukturwandel auch an dieser Stelle zu begleiten, und diese Investitionen haben zu einer Vielzahl von neuen Betrieben und auch neuen Arbeitsplätzen geführt. Jährlich entstanden in diesem Bereich 500 bis 1000 Arbeitsplätze neu, und die Maßnahmen des Landes führten zu einem Übernachtungszuwachs, Sie konnten das gerade der Presse entnehmen, von über acht Prozent.

Es gibt eine Vielzahl anderer Maßnahmen, über die können wir dann sicher in einer zweiten Runde noch einmal diskutieren. Insgesamt aber sind Ihre Vorstellungen, die Sie in Ihrem Antrag dokumentiert haben, nicht geeignet, die Wirtschaft in Bremen nach vorn zu bringen. Ich bitte daher darum, unserem Antrag zuzustimmen, den Antrag der Grünen lehnen wir ab und ebenso auch den Änderungsantrag! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Liess.

(B) Abg. **Liess** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will mich dem Thema ein bisschen anders nähern und mich einmal etwas näher auseinander setzen mit dem Vortext des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, weil dort einige Vorwürfe gemacht sind, von denen ich glaube, dass sie so schlichtweg nicht stehen bleiben können.

Es wird am Anfang gesagt, dass es eine angebotsorientierte Flächenpolitik gibt, und jetzt muss man ganz nüchtern auch einmal darüber reden, was angebotsorientierte Flächenpolitik heißt. Wenn Sie sich die integrierte Flächenplanung, also das IFP ansehen, dann ist dies nichts anderes, als durch die Anlage von Clustern ein Angebot für Unternehmen zu schaffen, sich in bestimmten Regionen niederzulassen, wo Unternehmen gleicher Provenienz vorhanden sind. Das ist das Angebot, eine angebotsorientierte Flächenpolitik. Dagegen wenden wir uns auch nicht, und da werden Sie auch die Neuerung nicht finden, sondern es geht darum, dass wir eine bedarfsgerechte Erschließung in diesen Clustern vornehmen müssten.

(Beifall bei der SPD)

Es ist schlicht zu erkennen, dass wir im GVZ Flächen über die Maßen haben, wir brauchen dort keine Erschließung. Wir haben beim Bremer Industriepark Flächen über die Maßen, wir brauchen dort keine

*) Vom Redner nicht überprüft.

Erschließung. Wir haben beim Büropark Oberneuland gesehen, dass nur der erste Bauabschnitt tragfähig ist, der zweite wird jetzt, ich sage auch durchaus endlich, für den Wohnungsbau freigegeben.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, in diesen Punkten ist schon völlig klar, dass es dort keine weiteren Erschließungen gibt.

Jetzt geht es um die Frage, wie es eigentlich mit dem Technologiepark, mit der Hansalinie oder der Arberger Marsch aussieht. Beim Technologiepark ist deutlich zu sehen, auch aufgrund der Kleinen Anfragen, die wir gestellt haben, dass wir Bürofläche zuhauf haben, keinen Bedarf. Wir haben feststellen müssen, dass auch für Eigennutzer derzeit kein Bedarf ist, und derzeit ist für mich wichtig, weil ich glaube, es wäre ein Missverständnis zu sagen, dass wir grundsätzlich auf eine weitere Erschließung in diesem Bereich verzichten würden, wenn die konjunkturelle Lage, wenn die Bedarfe anders sind. Die Koalition hat in den Koalitionsverhandlungen gesagt, dass für die Investitionsentscheidungen der Jahre 2005 bis 2009 eine Westerweiterung des Technologieparks nicht in Frage kommt. Das ist so, dazu stehen wir auch, und es wird auch nicht passieren.

(Beifall bei der SPD)

(D) Wir sind aber nicht so vermessen zu sagen, dass wir uns Denkverbote auferlegen und dass wir uns nicht auch insgesamt der wirtschaftlichen Lage anpassen müssen. Wenn wir uns die erste Baustufe der Arberger Marsch anschauen, dann wissen wir, dass wir eine Fertigstellung zum Jahre 2006 haben. Wenn die Vermarktungsleistung in diesem Gebiet so anhält, wie sie im Augenblick ist, wird sie für sieben oder acht Jahre ausreichen. Das heißt, frühestens im Januar 2010 wird es eine Entscheidung geben müssen, ob wir die zweite Baustufe des ersten Bauabschnitts überhaupt verwirklichen wollen. Insofern erschließen wir dort das, was wir noch im September, glaube ich, oder Oktober 2003 beschlossen haben, aber nicht mehr, dann ist dort auch zunächst Schluss.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in diesem Vortext der Grünen wird wörtlich gesagt, und das ist mir unverständlich, insbesondere auch deshalb, weil wir hier schon mehrfach wirtschaftspolitische Debatten geführt haben und ich ansonsten von den Grünen eigentlich andere Worte bisher gewohnt war: „Zugleich fehlten und fehlen Mittel für den nachhaltigen Strukturwandel.“ Das halte ich nun für völlig falsch! Dann haben Sie wirklich die letzten zehn Jahre hier nicht mitbekommen, was in der Wirtschaftspolitik gelaufen ist, was in der Verbindung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft gelaufen ist, wie viele Arbeitsplätze

(A) wir im Technologiepark haben schaffen können. Ich glaube, das ist eine grobe Fehleinschätzung.

(Beifall bei der SPD)

Wichtig ist, und das sagen wir auch in unserem Antrag, dass wir einen Schwerpunkt auf die Vermarktung setzen müssen. Es reicht in der Tat nicht aus, wunderbare Hochglanzprospekte zu haben, die wir im Augenblick haben, sondern es müssen Netzwerke aufgebaut werden, auch außerhalb Bremens, um den Standort zu profilieren und neue Kunden zu gewinnen. Dazu gehört dann im Übrigen auch, das will ich gern aufnehmen, das kann ich für uns Sozialdemokraten auch deutlich sagen, die Aufstellung der beiden Gesellschaften, die im Augenblick in Bremen Wirtschaftsförderung betreiben. Sie ist nicht optimal, sie muss geändert werden.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Unterschied der Anträge noch eines hinzufügen! Uns ist es wichtig, dass wir in der Tat dort noch neue Gewerbeflächen entwickeln, wo wir stadträumliche Defizite haben. Das klingt so hochtrabend, deshalb will ich das ruhig einmal richtig praktisch benennen. Was kann das heißen? Es kann heißen, dass es wirklich Sinn macht, die von der Bremer Wollkämmerei gekauften 20 Hektar als Gewerbefläche zu entwickeln, um den Erfolg, den wir auf dem Gebiet des ehemaligen Vulkan haben, fortzusetzen. Das halte ich für richtig.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will jetzt zu dem Änderungsantrag der Grünen zu unserem Antrag noch nichts sagen, weil ich Herrn Möhle erst Gelegenheit geben möchte, dazu Stellung zu nehmen.

Ich will eines vorläufig abschließend noch sagen: Gewerbeflächen werden wir brauchen, wir werden sie auch in Zukunft brauchen, und wir werden auch angepasste Vermarktungsstrategien brauchen. Ich gebe Herrn Möhle Recht, das habe ich schon in mehreren Debatten getan, wir werden unsere Möglichkeiten, unsere Chancen, die wir haben mit unserem Wirtschaftsförderungsprogramm, überprüfen müssen, da sind wir aber auch koalitionär einig, denn wir finden in dem Koalitionsausschuss auch den Beschluss, dass Wirtschaftsförderungsmaßnahmen zukünftig auf Darlehensbasis erfolgen sollen. Das bedeutet, dass insgesamt die Qualität dieses Instruments überdacht werden muss, und dort muss stärker hingesehen werden, was wir für Kleinstunternehmen tun, sind wir dort zielgerichtet genug. Das ist aber, glaube ich, im Hause auch kein Widerspruch. – Zunächst einmal vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle. (C)

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Niemand sagt, dass wir keine Gewerbeflächen brauchen. Die Frage ist, mit welchem Augenmaß! Wenn man sich die Geschichte der Arberger und Mahndorfer Marsch ansieht, dann stellt man mit Entsetzen fest, dass 800 Hektar aufgekauft worden sind, dass die Zinsen mit 50 Millionen den Haushalt belasten und dass ganz wenig Nutzen an der Stelle für Bremen zu verzeichnen ist. Das, Herr Liess, müssen Sie dann auch immer sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu Ihrem Antrag möchte ich ein paar Anmerkungen machen! Wir würden Ihren Antrag mitmachen, wenn der zweite Punkt entsprechend unseres Änderungsantrages geändert würde. Unser Änderungsantrag, das sage ich Ihnen ganz deutlich, ist abgeschrieben aus Ihrer Koalitionsvereinbarung, die Sie kürzlich veröffentlicht haben. Wie denken Sie denn, dass Sie das machen wollen? Wir glauben, das ist klarer, das ist deutlicher formuliert, das sagt nämlich, dass Sie die Arberger Marsch im ersten Bauabschnitt machen wollen, und dann ist erst einmal Schluss. Darauf kommt es mir genau an, dass erst einmal Schluss ist.

(D)

Sie haben natürlich Recht. Wer weiß, was in zehn, in 15, in 20 Jahren ist? Darum geht es aber gar nicht, sondern es geht darum, dass das dann darauf erst einmal zu begrenzen ist. Begrenzen war der Begriff, der aus Ihren Koalitionsverhandlungen kommt, Gewerbeflächen bedarfsgerecht zu erschließen, um damit auf die Erschließung der Westerweiterung des Technologieparks zu verzichten! Verzichten ist genau der Begriff, der aus Ihrer Koalitionsvereinbarung stammt. Wir möchten gern, dass Sie den in Ihren Antrag hineinnehmen.

Frau Winther, das hat überhaupt nichts damit zu tun, dass wir die Erklärung, die über dem eigentlichen Beschlussteil steht, vernünftig finden würden. Damit hat das nichts zu tun, sondern wir beziehen uns ausdrücklich und ausschließlich auf den Beschlussteil.

Zu dem Beschlussteil Ihres Antrags kann ich auch noch ein paar Dinge sagen. Wir würden den mitmachen im Interesse sozusagen einer bestimmten Politikänderung, und die erkenne ich auch immer noch in diesem Antrag, wir würden das mitmachen, aber dass Sie jetzt im Punkt fünf für umfassende Vermarktungsstrategien sind, die jetzt zu entwickeln und anzuwenden seien, das erstaunt mich allerdings in der Tat. Hatten Sie bisher keine Strategien, keine umfassenden Vermarktungsstrategien? Den Eindruck

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) habe ich in der Tat, dass Sie bisher keine Vermarktungsstrategien hatten und jetzt selbst in Ihrem eigenen Antrag finden, dass es einmal Zeit wird, so etwas auf den Tisch zu bringen.

Der erste Punkt hat allerdings auch einen gewissen Hauch von Frechheit, wenn ich das so sagen darf. Genau diesen Punkt habe ich im September in der Wirtschaftsdeputation gefordert, dass das nämlich auf den Tisch gelegt wird. Ich habe die Protokolle nachgelesen, es ist fünfmal im Protokoll erwähnt,

(Abg. L i e s s [SPD]: So oft haben wir gar nicht getagt!)

dass wir finden, dass es an der Zeit ist, dass genau dies auf den Tisch gelegt wird. Jetzt tun Sie so, als hätte die Deputation das gefordert. Da muss man dann schon einmal Ross und Reiter nennen. Das ist zwar nicht der Hauptpunkt, das ärgert mich dann aber doch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich wäre also dafür, Ihren Antrag ausschließlich im Beschlussteil mitzutragen, wenn Sie unserem Änderungsantrag zustimmen, weil der präziser ist, weil der sich auf Ihre eigenen Aussagen als Koalitionsausschuss beruft, weil ich das Gefühl habe, dass Sie in Ihrem Antrag anfangen, drei Tage nach Verkündung der ersten Geschichte schon wieder zu verbessern. Das ist genau das, was wir nicht mitmachen. Wir wollen, dass in der Arberger und Mahndorfer Marsch sozusagen der erste Bauabschnitt zu Ende gemacht wird und dann an der Stelle Schluss ist.

(B)

Das gilt auch für den Technologiepark. Wir wollen die Westerweiterung nicht. Dass man jetzt sagt, der Büropark Oberneuland soll für Wohnbebauung genommen werden, das erklären Sie einmal Ihren Oberneulander Freunden, die jahrelang in der Bürgerinitiative für die Natur gekämpft haben, nämlich für die Achterdiecklandschaft, die Sie gegen jeden Rat von uns leichtfertig aufs Spiel gesetzt haben, wo Sie jetzt die Bürobebauung nicht mehr hinbekommen.

(Abg. F o c k e [CDU]: Den hat Herr Fücks damals beschlossen! Das ist eine Altlast!)

Wir haben Ihnen im Übrigen von Anfang an gesagt, dass man da keinen Bürostandort machen kann. Dass Sie jetzt in dieser wunderschönen Achterdiecklandschaft Wohnbebauung machen wollen, ist auch nur ein halber Sieg, wenn überhaupt! – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Liess.

Abg. **Liess** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Linnert hat heute Morgen darauf hingewiesen, dass die Koalitionsausschussberatung die parlamentarische Beratung nicht ersetzen kann.

(C)

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Deshalb beraten wir auch den Antrag!)

Genau, deshalb beraten wir den Antrag, und deshalb will ich Ihnen auch erklären, warum die Formulierungen, die wir gewählt haben, nämlich die richtigeren, die präziseren Formulierungen sind.

Ich habe Ihnen eben schon gesagt, wenn Sie sich den Koalitionsausschussbeschluss ansehen, dann heißt es dort, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten, in den Beschlüssen des Koalitionsausschusses vom 14. März unter IV: „Die Kürzungen im Investitionsbereich für den Zeitraum 2005 bis 2009, Reduzierung der Investitionen von 109 Millionen in 2009 gegenüber dem Niveau von 2005, werden unter anderem aufgebracht“, dann folgen die Spiegelstriche. Das ist der Grund, weshalb bei uns im Punkt zwei steht, im Technologiepark derzeit nur die nichtuniversitären Zwischennutzungsflächen. Auch ist das der Grund, weshalb beim Gewerbepark Hanselinie steht, gemeint ist natürlich die Arberger Marsch, warum bei uns präziser steht, den ersten Abschnitt der Arberger Marsch. Das ist präziser als das, was im Koalitionsausschussbeschluss gestanden hat.

(D)

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

Ja, das ist Ihre Interpretation! Wir kommen zu der Interpretation, dass dies die präzisere Formulierung ist, auch sachlich klarer. Deshalb werden wir Ihren Änderungsantrag ablehnen, und wir bitten um die Zustimmung zum Antrag der Koalition.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte auch noch zu diesen erstaunlichen Wendungen der großen Koalition ein paar Sätze sagen.

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Aber erfreulich ist es doch!)

Lieber Carsten Sieling, ich kann mich noch ganz genau daran erinnern, mit welchen großspurigen Worten die SPD-Fraktion diese Arberger und Mahn-

*) Vom Redner und von der Rednerin nicht überprüft.

(A) dorfer Marsch hier als das großartigste Projekt entlang der Autobahn, Europaallee, verkauft hat, hier sei das Zukunftsprojekt Bremens zu sehen, und ich kann mir eine gewisse Genugtuung nicht verkneifen, dass Sie endlich nach vielen, vielen Jahren sagen, da waren wir wohl doch nicht so ganz richtig! Das finde ich in Ordnung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Allerdings möchte ich noch einmal daran erinnern, vor einem Jahr haben wir hier den Bürgerantrag diskutiert, in dem alle diese Forderungen standen: kein Ausbau des Büroparks Oberneuland, keine Westerweiterung Technologiepark, kein Ausbau Mahndorfer und Arberger Marsch!

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Das war Ralf Fücks!)

Was haben Sie sich hier alles für Worte abgebrochen, um diesen Bürgerinnen und Bürgern nicht Recht zu geben! Heute kommen Sie hier an und sagen, da haben wir uns geirrt, die Wirtschaft ist nun einmal nicht so, also machen wir jetzt alles das, was die Grünen seit Jahren gefordert haben, was die Bürgerinnen und Bürger gefordert haben.

(B) Meine Güte, ich muss schon sagen, besser spät als nie, das kann man sagen! Aber Ihre Wirtschaftspolitik hier immer als großartig, als erfolgreich zu verkaufen, dann uns heute einen Antrag vorzulegen, der eigentlich ein grüner Antrag hätte sein können,

(Zurufe von der SPD: Oh! – Abg. F o c k e [CDU]: Das ärgert euch am meisten!)

meine Damen und Herren, da kann man schon einmal sagen, dass Ihre ganzen – –.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben uns immer als Nörgler, als Schlechtmacher des Wirtschaftsstandorts kritisiert, die CDU vorneweg, die SPD hat alles mitgemacht! Sie haben alle diese Beschlüsse mitgemacht!

Wenn ich jetzt noch einmal den Bogen schlage zu dem, was wir gestern in der Aktuellen Stunde diskutiert haben, wofür in dieser Stadt welches Geld ausgegeben wird, wo wir hinterfragen, haben wir eigentlich Geld für die Kultur, können wir uns das leisten, dann möchte ich gern einmal wissen, wie viele Millionen in die Planung der Westerweiterung des Technologieparks, in die Verlagerung des Campingplatzes geflossen sind, wie viel Geld in die Infrastruktur des Büroparks Oberneuland und in die Erschließung der Mahndorfer und Arberger Marsch geflossen ist!

Gleichzeitig möchte ich auch an unseren Intraprozess erinnern, Herr Sieling! Herr Sieling, Intrapro-

zess, gemeinsam wollen wir die Region entwickeln! Die Gemeinde Langwedel war kurz davor, mit der Begründung Arberger und Mahndorfer Marsch nicht zu unterschreiben. Wir Grünen haben immer gesagt, wir wollen gemeinsame Gewerbegebiete entwickeln, länderübergreifend, gemeinsam mit Achim, Oyten und allen unseren Nachbarn. Sie waren immer der Meinung, nein, erst einmal kommt die Mahndorfer und Arberger Marsch, und wenn die voll ist, dann können wir einmal darüber nachdenken, gemeinsame Gewerbegebiete zu machen. Dieser Tenor ist auch jetzt immer noch in dieser im Prinzip tollen Vereinbarung zwischen Achim, Oyten und dem Bausenator enthalten: Sie sagen, erst kommt die Arberger und Mahndorfer Marsch, und dann denken wir einmal darüber nach, wie man gemeinsame Gewerbegebiete entwickeln kann.

(C)

(Abg. F o c k e [CDU]: Die haben sich schon ein paar hundert Hektar gesichert!)

Sie verschlafen die Zeit! Wir hätten uns vor Jahren schon auf den Weg machen können, hier gemeinsame Strategien im Nordwesten zu entwickeln, und jetzt knicken Sie hier ein. Ich finde es gut, dass Sie das tun, es kommt sehr spät,

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Wir haben das doch vorangetrieben!)

aber ich fände es gut, wenn Sie an dieser Stelle auch einmal wenige Worte der Selbstkritik über Ihre großwahnstinnige Planung der Vergangenheit verlieren würden. – Danke schön!

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Bürgermeister Dr. Gloystein.

Bürgermeister Dr. Gloystein: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Teile der Diskussion fand ich zunächst einmal gar nicht schlecht, weil in der Sache eine gewisse Übereinstimmung ist, andere Teile aber sehr unbefriedigend, da sie von einem sehr merkwürdigen Verständnis von Wirtschaftspolitik ausgehen.

Herr Möhle, Sie sagen, man solle keine Flächenangebote machen oder seine Wirtschaftspolitik nicht auf Flächenangeboten strukturieren, sondern auf kleine Unternehmen. Diese ganzen Gegensätze sind doch falsch. Die Wirtschaft ist ein Kosmos von Unternehmen, von Menschen. Da sind kleine und große Unternehmen, mittlere, Handwerker, Arbeitnehmer und so weiter. So geht es ja nicht! Wir müssen schon eine Palette haben. Die Politik dieses Senats, die vorherige, so wie ich es verstanden habe, aber auch jetzt, ist eben, dass wir auch auf diese ganze Palette eingehen.

(A) Wir haben – und das ist der Ausgangspunkt – ein ambitioniertes Gewerbeprogramm, das haben wir auch weiterhin, und ein differenziertes Gewerbeprogramm. In diesem Programm haben wir jetzt in der Tat, wenn man alles zählt, sehr viele Gewerbeflächen, die wir in dieser Form nach heutiger Betrachtung nicht brauchen. Das ist Nonvaleur, das ist ja klar. Wie es aber immer so im Leben ist, haben wir die natürlich in den Teilen, die wir auch aus ganz anderen Gesichtspunkten bekommen haben, und nicht in den Teilen, in denen unsere Engpasssituation ist. Wir haben sie im GVZ und im Industriepark und so weiter.

Wir haben nichtsdestotrotz in den Kernbereichen unserer Ansiedlungspolitik, und das auch in der schwachen Zeit, die wir jetzt haben, Erfolge. Es wird noch angesiedelt, es wird nachgefragt, es entstehen Cluster, und es ist nachhaltiges Interesse – ich komme gerade von der CeBIT, am Freitag – an Ansiedlungen im Industriepark.

Übrigens, ein ganz interessanter Punkt, warum manche nicht kommen und zögerten, ist unsere Gewerbesteuer, wie sie wohl gemerkt jetzt ist. – Ein ganz interessanter Punkt! Das aber nur einmal am Rande!

Dies ist an sich eine Erfolgsgeschichte. Wenn hier von den Grünen gesagt wird, es ist aber eine große Genugtuung, dass wir jetzt nicht so viele Gewerbeflächen benötigen, wie jeder gedacht hat, sage ich, nein, für mich ist es überhaupt keine Genugtuung. Es ist schade, dass wir nicht mehr vermarkten können, weil es leider eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung gibt, mit der wir uns auseinander setzen müssen.

Frau Krusche, mit Einknicken hat es überhaupt nichts zu tun! Es hat damit zu tun, dass wir uns wie immer im Wirtschaftsleben Realitäten differenziert anpassen müssen. Alles andere geht sowieso daneben! Mit Pauschalen wie Gewerbeflächen gegen Kleinunternehmer kommen wir doch hier nicht weiter.

Ich kann Ihnen hier einmal aufzeigen, was bei den Wirtschaftsförderungsgesellschaften in den Förderprogrammen für kleine Unternehmen passiert ist. 75 Prozent der beschiedenen Förderanträge entfallen auf Kleinunternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern. Weitere 19 Prozent entfallen auf Förderbescheide für Firmen mit bis zu 50 Mitarbeitern. Im Bereich der Grundstücksvermarktung überwiegt die Gruppe der kleinen und mittleren Unternehmen. Im Jahre 2004 entfällt ein Anteil von über 29 Prozent auf Kleinst-, also bis fünf, und über 35 Prozent auf die Gruppe der Kleinunternehmen, elf bis 49 Mitarbeiter. 15 Prozent betreffen mittlere Betriebe mit bis zu 249 Mitarbeitern und nur neun Prozent Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern. Zwölf Prozent entfallen auf Neugründungen.

Das zeigt ganz eindeutig, dass es hier eine sehr balancierte Struktur ist. Ich habe immer gesagt – und

ich glaube, auch meine Vorgänger, was ich darüber gelesen habe, haben das auch immer gesagt –, die Förderung des Mittelstands, der Kleinunternehmen ist ja unsere Wachstumschance. Wenn Sie sich die Statistiken ansehen, dann erkennen Sie, dass wir im Bereich des Mittelstands – jetzt einmal unter 500 gerechnet – einen Zuwachs von acht Prozent haben. Das ist im Bundesdurchschnitt eine sehr gute Zahl. Leider ist es so, dass wir durch Großunternehmen, und da gibt es eben Sondernummern wie die Produktionszyklen bei Daimler-Chrysler, den größten Teil hiervon wieder verloren haben.

Es liegt bei uns also nicht daran, dass wir die kleinen und mittleren Unternehmen nicht fördern. Es liegt daran, dass wir in Großunternehmen auch sehr stark Zyklen und Sonderentwicklungen ausgesetzt sind. Wir glauben auch nicht, dass von der strategischen Seite die Großunternehmen hier unsere Hoffnung sind. Bei den Großunternehmen, wenn man es sich genau anschaut, können wir froh sein, wenn wir die Beschäftigung in diesem Bereich halten. Es wird großer Anstrengungen bedürfen, das auch hinzubekommen. Es bedarf einer differenzierten Wirtschaftspolitik mit Fördermaßnahmen und auch dem Dialog mit diesen Unternehmen, wo es sehr individuell zugeht, mit Airbus und Beck's und so weiter. Wir sind sehr dabei.

Ich glaube aber nicht, dass wir das über die Gesamtheit halten. Wir haben eine Chance im Airbus-Bereich und bei EADS. Ich war gerade gestern da und habe mit denen gesprochen, dass wir da schöne Zuwächse von mehreren hundert Mitarbeitern haben. Auf die Strecke gesehen wird es in der Breite nicht gehen. Daimler-Chrysler wird hier über eine Milliarde Euro in den nächsten Jahren investieren, das haben sie mir gesagt, um die Beschäftigung zu halten. Das setzt auch voraus, dass hier die neue Modellreihe kommt.

So sind die Verhältnisse. Wir sind also realistisch, im Großbereich werden wir halten. Wir müssen die Zuwachsraten, die wir so dringend benötigen, im kleinen, mittleren und auch im Kleinstbereich erreichen. Für den mittleren Bereich, zwischen 250 und 500 Mitarbeitern, ist die Ansiedlung wichtig. Da ist es entscheidend wichtig, dass wir hier in der Arberger Marsch weiterkommen.

Ich glaube, und das liegt auch den Koalitionsbeschlüssen zugrunde, dass wir hier bis 2009 eine ausreichende Erschließung haben und wir aus Budgetgründen nun wirklich das tun, was geplant ist, und nicht noch weiter vorgreifen müssen. Das ist vollkommen richtig, aber die strategische Variante, dass wir die verarbeitende Industrie hier weiterentwickeln müssen, auch über 2009 hinaus, die dürfen wir uns nicht nehmen lassen. Noch einmal: Die Arberger Marsch und die Hansalinie ist der einzige Bereich, den wir haben, der einzige im ganzen Land Bremen, der mittelgroße und größere verarbeitende Industrie aufnehmen kann. Wenn wir davon Abstand nehmen

(C)

(D)

(A) oder das zunageln und hier nicht genügend Vorläufe haben – –.

(Abg. S c h m i d t m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Den Industriepark haben wir doch auch noch!)

Da können Sie keine verarbeitende Industrie richtig ansiedeln, schon gar nicht die Industrie, die komplementär zu Daimler-Chrysler ist. Sie sehen es ja an der Nachfrage. Die Nachfrage ist eben sehr stark in diesem Bereich, in dem schon Cluster sind. Wir haben höchstens ein Schwerindustrie-Cluster. Ich gebe auch die Hoffnung im Industrieparkbereich nicht auf, da wir dort durch die Autobahnanbindung jetzt in eine neue Lage kommen. Ich will es also nicht ausschließen. Diese Clusterbildung, die Kompetenzbildung, die ein wesentlicher Teil ist, die haben Sie aber eben hier. Wenn Sie nur dieses Industriepark-Angebot hätten, würden wir unsere Möglichkeiten in der verarbeitenden Industrie nachhaltig einschränken.

Wir haben es auch im Koalitionsausschuss besprochen, es ist ein ganz wichtiger Punkt, für gewerbliche Arbeitnehmer hier Arbeitsplätze zu schaffen, die auch beim Stahlwerk abgebaut worden sind. Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Wir müssen – das ist uns aber auch gelungen – höherwertige Arbeitsplätze in den Gewerbegebieten schaffen, die unsere Schwerpunktgewerbegebiete sind. Frau Winther hat es gesagt, es sind trotz der geringeren Vermarktungsergebnisse Arbeitsplatzeffekte geschaffen worden, die sehr viel höherwertiger waren als die, die ursprünglich geplant waren. Wir haben mit einer geringeren Vermarktung in hohem Maße die Zielwerte erreicht. Diese Politik muss fortgesetzt werden.

Wir haben jetzt, anpassend an die Realität – in der Wirtschaft gibt es für die Realität nie einen Ersatz –, unsere mittelfristigen Planungen zurückgenommen. Grundsätzlich aber werden wir an der Ausbauvariante sowohl an der Hansalinie als auch im Technologiepark strategisch festhalten, da die entscheidenden Entwicklungslinien von Bremen in der Zukunft weit über 2009 hinausgehen.

Wir werden auch nicht davon abgehen, dass wir die Klein-, Kleinst- und die Mittelstandsunternehmen fördern, da sie die Beschäftigungsbringer sind. Hierzu haben wir das Mittelstandsprogramm in der Vorbereitung. Das ist in hohem Maße Detailarbeit. Diese Detailarbeit müssen wir aber in Abstimmung mit der Wirtschaft, dem Wirtschaftsressort und natürlich auch den Deputationen, sehr nachhaltig leisten, und das werden wir tun. Dann werden wir auch Erfolg haben. Diesen Erfolg haben wir dringend nötig. Die wirtschaftspolitischen Tätigkeiten, die wir haben, die Investitionen, die ja immer verkannt werden, haben in dem Sinne nicht die ganz großen Erfolge gehabt, dass wir große Beschäftigungszuwächse hatten. Die hatten wir bis 2002. Sie haben aber verhindert, dass hier große Dinge abrechnen.

Die Beschäftigungsrückgänge, die wir in den Stahlwerken haben – mehrere 1000 –, die, die wir in der Werftindustrie haben, konnten wir auffangen. Das ist ein großer Verdienst! Wer diese Verdienste herunterredet, der hat den Strukturwandel hier gar nicht verstanden, und der hat auch nicht die Basis für eine zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik. Ich plädiere für eine differenzierte Politik, und die werden wir auch formulieren. Wir werden die Instrumente dazu darlegen und die Mittel auch, dafür haben wir auch im Koalitionsausschuss die Basis gelegt. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/542 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Abg. T i t t - m a n n [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD abstimmen.

(Zurufe)

Entschuldigung, dass ich eben so schnell gesprochen habe!

Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag, Drucksache 16/573, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/573 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

(C)

(D)

(A) Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 16/572 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(B) **Mündungsbereich der Weser als FFH-Gebiet melden!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Februar 2005
(Drucksache 16/525)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Eckhoff.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde zunächst den Sachverhalt darstellen, und aus diesem leitet sich dann auch automatisch die Begründung und die Notwendigkeit für unseren Grünen-Antrag ab.

Die Europäische Kommission fordert seit mehreren Jahren die Meldung des Weser-Ästuars als FFH-Gebiet, als so genanntes Flora-Fauna-Habitat-Gebiet. Bis zum 31. Januar dieses Jahres hätte die Bundesregierung die vollständige Meldung an die Europäische Kommission weiterleiten müssen. Das ist unterblieben, und zwar weil sich die Regierungen von Bremen und Niedersachsen darauf verständigt haben, diese Meldung nicht vorzunehmen.

Die Europäische Union hat ganz deutlich gemacht, dass, wenn nicht vollständig gemeldet wird, auf

Deutschland Strafzahlungen zukommen. Es ist auch klar, dass diese Strafzahlungen an die säumigen Bundesländer weitergeleitet werden, zu denen jetzt nur noch Niedersachsen und Bremen gehören. Solch ein weiteres Haushaltsrisiko kann sich Bremen wirklich nicht leisten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aus reiner Willkür riskiert der Senat überflüssige Strafzahlungen, denn es ist rechtlich klar, dass in dieser ersten Stufe der Gebietsmeldung diese nur aus naturschutzfachlichen Gründen zu erfolgen hat. Es gibt keinerlei politische Spielräume, das ist fachlich völlig unbestritten. Erst in einer zweiten Stufe besteht die Möglichkeit der Abwägung zwischen wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Belangen. Beliebige Interpretation aus wirtschaftlichen Gründen über eine Meldung oder Nichtmeldung in diesem Stadium, in dem wir uns jetzt befinden, ist juristisch völlig unhaltbar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch um zu erreichen, dass diese unnötigen Straf-gelder nicht auf Bremen zukommen, haben wir Grünen diesen Antrag eingebracht. Der Antrag besagt, die Bürgerschaft möge feststellen, dass ein drohendes Zwangsgeld der Europäischen Union aufgrund einer fehlerhafter Meldung von Seiten des Senats keinesfalls billiger in Kauf genommen werden darf, und den Senat auffordern, unverzüglich, ohne jegliche Zeitverzögerung das Weser-Ästuar beziehungsweise den auf bremischer Seite liegenden Teil des Weser-Ästuars an Brüssel zu melden. Soweit zum Sachverhalt und zu unserem Antrag!

Jetzt, meine Damen und Herren, muss ich auch noch ein paar Anmerkungen zu der Unfähigkeit der großen Koalition machen, was die Frage der FFH-Meldung betrifft. Es ist klar, dass mit diesem Verhalten sowohl eben Risiken für den Haushalt eingegangen werden als auch Rechtsunsicherheit hergestellt wird. Das ist, meine Damen und Herren von SPD und CDU, eher an die CDU gerichtet. Diese Rechtsunsicherheit führt dazu, dass Sie sich bei Ihrer Interessenslage selbst Steine in den Weg legen, was die Frage der Außenweservertiefung betrifft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Fakt ist also, der Senat handelt rechtswidrig und nimmt sehenden Auges Strafzahlungen in Kauf. Das kann auch mit dem Senatsbeschluss vom 1. Februar 2005 belegt werden. Dieser besagt nämlich, dass zum jetzigen Zeitpunkt über eine Nichtmeldung entschieden wird und – da hören Sie jetzt gut zu! – dass etwaige Risiken infolge dieser Beschlussfassung nicht vom Senator für Bau, Umwelt und Verkehr, sondern

(C)

(D)

(A) von der Gesamtheit des Senats verantwortet und getragen werden.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Zu gütig! – Abg. B ö d e k e r [CDU]: Das ist doch solidarisch!)

Soweit macht der Senat Beschlüsse, die besagen, dass er sehenden Auges, trotz Warnung des Umweltsektors, der hier die Fachkompetenz hat, Kosten für den Bremer Haushalt riskiert.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Zahlen muss der Steuerzahler!)

Das ist in der Tat so, das sind Steuergelder! Es gibt überhaupt keinen Grund, warum man das nicht macht. Man handelt rechtswidrig und denkt, Bremen hat es ja, da können wir ruhig noch ein paar Millionen an die EU zahlen.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren von SPD und CDU, seien Sie doch einmal mutig! Stimmen Sie doch einmal unserem Antrag zu! Es kann doch nicht sein, dass sich ein Justizsenator, Henning Scherf, als Anführer für rechtswidriges Verhalten kürt, und es ist keiner da, der ihn einfängt. Soweit sind Sie hier schon!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B)

Auch wenn ich zugegebenermaßen kein Fan der CDU bin, Senator Eckhoff hat jedenfalls etwas begriffen. Er hat begriffen, dass man Politik nicht völlig losgelöst von fachlichen Zusammenhängen und rechtsstaatlichen Prinzipien betreiben kann. Trotz eindeutiger Stellungnahmen vom Bund und von Brüssel hat Herr Scherf Herrn Eckhoff wieder zurückgepfiffen. Ich meine, er hat im Senat geschickt verhandelt, dass dann die Kosten nicht auf sein Haus zukommen, letztendlich hat Herr Eckhoff die richtige Erkenntnis und sich dennoch nicht durchgesetzt, und Sie könnten ihn mit diesem Antrag unterstützen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Präsident W e b e r übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich möchte das auch noch einmal mit dem Protokoll aus der Umweltdeputation vom 17. Februar 2005 untermauern, da heißt es nämlich, die Frage von Herrn Dr. Schuster, ob möglicherweise das Land Bremen von der EU wegen der Nichtmeldung nachträglich für jeden Tag der Fristüberschreitung zur Zahlung von Strafgeldern verpflichtet werden kann, bejaht Herr Senator Eckhoff. Er halte die Beschlussfassung des Senats für nicht unproblematisch und verweise auf ein Urteil gegen Griechenland mit einer Größenordnung von 125 Millionen Euro an Strafgeldern. So steht es im Protokoll der Umweltdeputation.

Es geht auch weiter: Frau Dr. Mathes – das bin ich! –

(C)

(Heiterkeit – Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Das hätten wir nicht gewusst! Das war des Rätsels Lösung!)

plädiert an die Fraktionen, sich für eine Meldung zu entscheiden, um weitere finanzielle Risiken zu vermeiden. Daraufhin, Herr Pflugradt, leider ist Herr Focke jetzt nicht da, hatte ich gedacht, der wäre fast soweit und hätte das mitgetragen, dass man hier als Umweltdeputation aktiv wird und das fachlich Gebotene tut.

Sehr verehrte Abgeordnete, nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr! Naturschutz darf wirklich nicht zum Spielball eines Bürgermeisters werden, der Fachpolitik insbesondere und gerade im Umweltbereich völlig ignoriert. Auch das Signal nach außen ist verheerend. Wenn wir Bremen auch finanziell retten wollen, und wir wissen alle um die Verhandlungen, auch die Grünen haben ein Interesse daran, dass Bremen aus dieser Haushaltsnotlage herauskommt, das ist völlig klar, aber welches Signal senden Sie denn nach außen! Wir haben es ja, wir können es, die ganze Republik meldet, aber Bremen und Niedersachsen nicht. Niedersachsen ist ein Fall für sich, obwohl ich große Lust hätte, über Umweltsenator Sander zu reden!

(Abg. I m h o f f [CDU]: Der kommt aber von der FDP!)

(D)

Dann schauen Sie sich das einmal an! Wegen eines Gebiets, das ein Flächenausmaß hat, das fast lächerlich ist, deswegen weitere Belastungen zu riskieren und natürlich für Bremen die Möglichkeiten, von außen Hilfe zu bekommen, auch noch weiter einzuschränken, das kann nicht sein! Geben Sie sich also bitte einen Ruck, stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Die kontroverse Diskussion über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Anmeldung der Mündungsbereiche der Weser als FFH-Gebiet zeigt, dass es um ein schwieriges Thema geht. Ich denke, liebe Frau Dr. Mathes, trotzdem sollten wir einen Begriff wie Unfähigkeit hier nicht einführen.

Ich sage Ihnen in aller Ernsthaftigkeit, auch bei uns in der Fraktion gibt es unterschiedliche Meinungen. Wir haben heftig diskutiert, und ich denke, das, was vonstatten geht, ist richtig. Ich glaube, dass das, was Sie gemacht haben mit Panikmache, die Sie hier

(A) veranstalten, nicht der richtige Weg ist, eine so wichtige Diskussion zu führen.

Ich glaube, die Senatsentscheidung ist richtig. Wenn der Umweltsenator dann für sich erklärt, bei Schwierigkeiten die Verantwortung nicht allein tragen zu wollen, ist das aus seiner Sicht verständlich, aber ich glaube, ganz so weit ist es nicht, denn es wird zunächst einmal eine Klärung der Rechtsfragen in enger Abstimmung mit Niedersachsen vereinbart. Das ist der richtige Weg. Ich denke, dass der von der EU geforderte Termin verstrichen ist, aber Bremen und Niedersachsen nicht gemeldet haben, und dass die Meldung naturschutzfachlich erforderlich ist, das bleibt umstritten. Fakt ist jedenfalls, dass das Weserästuar aus ökologischer Sicht mit Abstand in Deutschland am schlechtesten ausgeprägt ist.

Anders verhält es sich mit der Meldung von Teilen des Ästuars mit Wanderfischen im Süßwasserbereich südlich der Brackwasserzonen. Hier wurde mit der Kommission ein wissenschaftlicher Vorbehalt vereinbart. Das bedeutet, dass weitere Untersuchungen erfolgen sollen. Erste Untersuchungen wurden bereits letztes Jahr durchgeführt, und die Ergebnisse zeigen eine Bedeutung des Ästuars als Laichgebiet für Wanderfische. Ein konkreter Zeitplan für die Meldung dieser Bereiche wurde nicht vereinbart.

(B) Man muss sich zunächst einmal darüber im Klaren sein, über welche Gebiete wir reden. Das haben Sie gerade selbst gesagt. Es ist ein Wasserstreifen fast ausschließlich vor der Stromkaje bis hin zum Fischereihafen. Die Stromkaje hat inzwischen mit den Aufsandungen eine Länge von 4700 Metern. Jetzt kommt ein ganz wesentlicher Punkt, meine Damen und Herren, der von Ihnen, Frau Dr. Mathes, wohl vergessen worden ist: Die zuständige Mitarbeiterin bei der EU-Kommission hat informell mitgeteilt, dass die Kommission jetzt im März eine kurze Bewertung der Nachmeldung abgeben will, um dann Anfang Mai mit Gründen versehene Stellungnahmen abzugeben, um damit den letzten Schritt zur weiteren Klage vor dem Europäischen Gerichtshof vorzubereiten. Es ist noch nichts entschieden, und insofern ist das, was wir machen, eine vorläufige Nichtanmeldung mit rechtlicher Prüfung, denke ich, der richtige Weg.

Am 28. Januar hat Bundesumweltminister Trittin vom Präsidenten des Senats, Herrn Dr. Scherf, die Nachmeldung in einem Brief gefordert. Ich sage Ihnen aber auch in aller Deutlichkeit, wir haben in Bremen die maritime Konferenz gehabt. Das, was Bundesumweltminister Trittin während dieser maritimen Konferenz zur maritimen Wirtschaft und zur Standortsicherung gesagt hat, war nicht überzeugend. Hier kann man, denke ich, einmal ins Grübeln kommen. Das Ziel ist doch, meine sehr geehrten Damen und Herren, Häfen wettbewerbsfähig zu machen, erreichbar zu machen und für die Zukunft abzuschern. Diese Maßnahmen dürfen wir unserer Meinung nach nicht behindern.

(C) Mir liegt eine Stellungnahme der Handelskammer Bremen vor, in der eindringlich darauf hingewiesen wird, dass die Folgen einer Anmeldung nicht klar abschätzbar sind. Insofern ist der Weg, den wir beschreiten, richtig. Die Frage ist doch: Kann eine Meldung zur Folge haben, dass die Ausbaumaßnahmen der Außenweser kostenaufwendiger sind, kann es sein, dass Unterhaltungsmaßnahmen dem Bestandschutz nach deutscher Lesart unterliegen und dadurch auch höhere Kosten verursachen? Ich denke, meine sehr geehrten Damen und Herren, insofern müssen wir einen Einklang zwischen Naturschutz und den Belangen der Menschen in dieser Region herstellen.

Wir haben auch Verantwortung für die maritime Wirtschaft und damit auch für Arbeitsplätze, die wir mit der Außenweservertiefung absichern und neu schaffen wollen. Hierüber sollten wir in diesem Haus nicht streiten, sondern in einer Gesamtverantwortung zusammen mit Niedersachsen im Schulterschluss eine einvernehmliche Lösung finden. Das wir auf dem richtigen Weg sind, zeigt doch, dass im Bereich der Weser als FFH-Gebiet Strohauser Plate, Elsflether Sand, Juliusplate schon nachgemeldet worden sind. Aber auch bei Unterweserkilometer 32 bis 23, Blumenthal, ist man schon tätig geworden.

Nun lassen Sie mich noch eine Anmerkung machen, weil ich auch das Vergnügen hatte, an einer Podiumsdiskussion zu diesem Thema teilzunehmen! Während dieser Diskussion hat Herr Hoffmann, Ihnen bestens bekannt, Geschäftsführer des Landesverbandes Bremen des Naturschutzbundes, den zuständigen Umweltsenator bei der Frage von FFH-Anmeldungen im Land Bremen ausdrücklich gelobt. Diesem Lob können wir uns nur anschließen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bödeker, den letzten Satz habe ich nicht verstanden, dann hätten wir, glaube ich, melden müssen, wenn ich Herrn Eckhoff richtig verstanden habe.

(Abg. **B ö d e k e r** [CDU]: Er hatte schon gemeldet!)

Nein, auch das Weserästuar! Ich glaube, das ist die Schwierigkeit, das hat die SPD-Fraktion auch sehr lange gesagt, fachlich hat Frau Dr. Mathes vollkommen Recht. Es ist so, dass wir dieses Weserästuar irgendwann werden melden müssen. Es gibt auch schon eine erste Stellungnahme der Europäischen Kommission, in der sie ganz klar sagt, es ist bisher nicht fachlich

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) begründet, weswegen das Weserästuar nicht gemeldet wird. Das ist nicht zulässig. Wenn man es nicht meldet, muss man es fachlich begründen können. Das kann man nicht begründen, weil es unter die Kriterien fällt, und dementsprechend muss es gemeldet werden.

Es gibt auch eine ganz klare Ansage der EU, nicht dass unbedingt Strafge­lder verhängt werden, das ist noch nicht gesagt worden, aber dass dieser Sachverhalt berücksichtigt wird, wenn geprüft wird, wie mit dem Verfahren weiter umgegangen wird.

(Abg. I m h o f f [CDU]: Und das hast du auch Henning Scherf erzählt?)

Das weiß auch Henning Scherf, das ist gar keine Frage, das ist die Sicht, die wir immer verdeutlicht haben!

Ich verstehe auch nicht, dass man immer wieder diesen Gegensatz zwischen FFH-Meldung und Interesse der Wirtschaft ins Spiel bringt. Man hat es beim CT IV bewiesen, da hat man nämlich wenigstens schlauerweise so getan, als wäre das ein FFH-Gebiet, auch wenn man sich nie getraut hat, es anzumelden, und man hat die ganzen Ausnahmeverfahren entsprechend durchlaufen lassen, damit man dieses Projekt eben nicht gefährdet, und siehe da, es ging in Rekordzeit durch.

(B) Trotzdem – ich habe da eine entsprechende Podiumsdiskussion mitgemacht, eine andere als Sie – behauptet die Handelskammer in ideologischer Verblendung der siebziger Jahre, anders kann man das nicht sagen, immer wieder, dass diese Maßnahmen den ökonomischen Interessen der norddeutschen Wirtschaft und der norddeutschen Bevölkerung diametral widersprechen. Das ist einfach Blödsinn!

(Abg. B ö d e k e r [CDU]: Das wird doch geprüft!)

Es ist erst einmal so, dass es immer wieder diskutiert wird. Ich glaube aber, inzwischen – insofern bin ich ein bisschen optimistisch, obwohl ich persönlich durchaus dazu neigen würde, bei diesem Antrag zu sagen, das könnte man machen – ist eine neue politische Dimension hinzugekommen. Die eine Sache ist, dass, glaube ich, inzwischen jeder in diesem Senat begriffen hat, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven heraus, dass es besser wäre, das Weserästuar zu melden. Es gibt aber jetzt ein politisches Problem, das ich nicht von der Hand weisen kann. Es geht nicht nur um einen bremischen Teil, sondern es ist ein bremisch-niedersächsisches Problem, weil die Weser in der Mitte zu teilen fachlich auch nicht ganz begründbar ist. Deswegen ist die politisch einzig korrekte Lösung zu sagen, Bremen und Niedersachsen müssen diese Gebiete gemeinsam melden, weil es fachlich geboten ist.

Gerade weil Sie die Anspielung auf die Haushaltsnotlage gebracht haben, da ist die eine Dimension natürlich die Frage der Strafge­lder, die möglicherweise kommen werden. Ich hatte nicht umsonst auch die Frage, wie Sie richtig zitiert haben, in der Umweltdeputation gestellt. Es ist ein großes Risiko für uns. Es gibt aber eine zweite politische Dimension, dass man in schweren Zeiten Freunde braucht. Ein Freund ist natürlich das Land, das vollständig um uns herumliegt, und insofern kann ich die Argumentation nachvollziehen, dass man sagt, das machen wir nicht ohne die Niedersachsen, um ein unsägliches Schwarz-Peter-Spiel zu unterbinden.

Ich hoffe, dass Bremen dabei nicht insofern auf die Nase fällt, als wir dafür am Ende teures Geld bezahlen müssen. Das wäre meines Erachtens Unsinn und läge in der Tat dann daran, dass Lernprozesse bei vielen offensichtlich und unabhängig vom Parteibuch sehr lange dauern. Es hat auf sozialdemokratischer Seite immer Personen gegeben, die das nicht wahrhaben wollten.

Ich hätte mir gewünscht, dass wir das heute auch verabschieden in der Bürgerschaft, dass wir den Bremer Senat auffordern, umgehend die Gespräche weiter zu intensivieren mit den Niedersachsen, um gemeinsam möglichst schnell das Gebiet nachzumelden. Es war leider nicht möglich, das hier als Antrag einzubringen. Ich meine, das ist aber die politisch vernünftige Position, denn dieses Weser-Ästuar muss in der ersten Runde gemeldet werden. Ob es sich am Ende wirklich als wert erweist, FFH-Gebiet zu werden, das muss man noch diskutieren. Die Meldung muss aber auf jeden Fall erfolgen. Insofern werden wir allerdings Ihren Antrag ablehnen, weil der eine autonome Meldung Bremens vorsieht, die wir unter Abwägung der politischen Umstände für nicht geboten halten. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort hat der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann dem, was Herr Bödeker hier eben gesagt hat, im Wesentlichen zustimmen. Den letzten Satz würde ich einmal ausklammern, das ist sicherlich eine andere Dimension, aber dem Übrigen kann ich im Wesentlichen zustimmen.

Herr Dr. Schuster, Ihrem Part, jedenfalls was den Hinweis auf das Land Niedersachsen betrifft und dass wir gemeinsam mit Niedersachsen hier vorgehen müssen, kann ich auch ausdrücklich zustimmen, das ist genau die Dimension, die ich in dem Antrag, den Frau Dr. Mathes gestellt und auch in ihrer Begründung hier vorgetragen hat, vermissen muss, denn das fehlt dort ausdrücklich. Bremen ist umgeben von Niedersachsen, und wir können eigentlich richtiger-

(A) weise nur im Gleichschritt mit Niedersachsen hier vorgehen.

Der Senat und auch die Landesregierung von Niedersachsen sind nach ihrem Amtseid darauf verpflichtet worden, das Wohl des Landes zu mehren. Sie werden mit Sicherheit nichts tun, was dem zuwiderläuft. Deshalb, meine lieben Kollegen von den Grünen, können wir davon ausgehen, dass beide Landesregierungen nicht leichtfertig Strafzahlungen der EU in Kauf nehmen. Doch zum Wohle des Landes gehört eben auch, dass sie nicht unnötig bürokratische Hürden aufbauen für Bürger, Industrie, Handel und Schifffahrt. Deshalb gibt es nämlich die gute Idee, dass EU-Richtlinien nur eins zu eins umgesetzt werden und man darauf verzichtet, national noch etwas draufzusatteln.

Doch nun zum konkreten Fall, den Sie in Ihrem Antrag aufgreifen! Nachdem bereits naturnahe Teile der Ästuar an der Weser gemeldet worden waren, wurde in wissenschaftlichen Seminaren zur atlantischen Region festgestellt, dass ein Ästuar, das wegen seines Ästuarcharakters gemeldet werden soll, aus ökologischen Gründen durchgängig mit all seinen Erscheinungsformen zu melden sei. Da die Niederlande die Ems jedoch nicht vollständig gemeldet haben und die niederländischen Meldungen von der Kommission akzeptiert wurden, konnte Niedersachsen guten Gewissens auf die Meldung der Ems wegen ihres Ästuarcharakters verzichten und hat lediglich Teile gemeldet, die aus anderen ökologischen Gründen gemeldet werden mussten.

(B) Nun werden Sie sicherlich fragen: Warum redet der Wedler hier zur Ems und zu Niedersachsen? Es geht um die gemeinsame, abgestimmte Meldung eines Flusses durch die jeweils betroffenen Länder. In diesem Fall der Ems waren es die Niederlande und Niedersachsen, und im Fall der Weser sind es Bremen und Niedersachsen. Eine einseitige Meldung auf dem einen Gebiet führt zwangsläufig zu einem Mangel der Meldung im Nachbarland. Das vermisse ich in Ihrer Argumentation, was das hier auslösen wird.

Deswegen hatten sich die Küstenländer auch auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt, und bei aller Kritik, die wir am Präsidenten des Senats haben, hier hat er dafür gesorgt, dass Bremen und Niedersachsen gemeinsam handeln. Damit hat er zu Recht Umweltsenator Eckhoff ausgebremst, der sich nur zu gern, ich sage das einmal so, als Oberöko bei den Grünen angebiedert hätte. Wie sonst waren die Versuche seines Hauses zu verstehen, die Weser ohne Abstimmung mit Niedersachsen zu melden? So blieb ihm nur die großzügige Ausweisung des Hollerlandes ohne Berücksichtigung der dringend nötigen Hollerlandtrasse, für die sein Haus versäumt hat, rechtzeitig Planungsrecht zu schaffen, um eine Meldung sicher zu verhindern. Zudem hat er die Chance genutzt, sich bei Umweltverbänden mit dem Überstülpen eines FFH-Gebietes im Niedervieland anzubiedern. Hier wurde versäumt, in einen Dialog mit

den Grundstücksbesitzern und Flächennutzern über eine Meldung dieser FFH-Flächen einzutreten.

(C)

Sicher muss Bremen seinen Teil dazu beitragen, dass Meldedefizite abzubauen sind, die zur Verteilung Deutschlands geführt haben beziehungsweise führen würden. Doch wie das in Bremen gemacht wurde, das ist zu Recht von Landwirten aus den betroffenen Bereichen kritisiert worden. Die FDP hofft, dass jetzt wenigstens bei der Umsetzung des FFH-Schutzes die jeweils mildesten Mittel eingesetzt werden und Senator Eckhoff nicht auch hier versucht, sich bei den Grünen lieb Kind zu machen. Ein Zurück bei den Meldungen gibt es, so befürchte ich, nicht mehr, denn wenn wir vorpreschen, muss Niedersachsen nachmelden, weil es ein Zurück nicht mehr gibt. Deswegen ist das abgestimmte Verfahren mit Niedersachsen sehr richtig, das hier im Senat insgesamt eingehalten wird. Entsprechend war und ist es also übliche Praxis, dass die Mitgliedstaaten, und in Deutschland sind es die Bundesländer, die über die Fachleute und das Fachwissen verfügen, schauen, welche Flächen aus ökologischer Sicht in Frage kommen und repräsentativ sind für einen Lebensraum, repräsentativ zum Schutz der Arten, also gemeldet werden müssen.

Zurück zum Antrag der Grünen! Im Frühjahr oder im Sommer letzten Jahres wurden nach meiner Kenntnis Gespräche zwischen Vertretern der Küstenländer und der Kommission geführt und die bis dahin unklare Definition der Ästuar präzisiert. Fortan sollte nur noch der tidebeeinflusste Brackwasserbereich den Lebensraum Ästuar nach FFH-Richtlinien bilden. Entsprechend hat Niedersachsen auch seine im März 2004 gemachten Meldevorschläge im Verfahren abgeändert. Diese Änderung der Definition hat es Hamburg im Übrigen ermöglicht, seinen Hafenbereich aus den Meldungen herauszuhalten.

(D)

Niedersachsen verfügt mit Weser, Ems und Elbe über drei bedeutende Ästuar. Niedersachsen hat sich entsprechend der gängigen Praxis dafür entschieden, nicht alle Ästuar zu melden, sondern nur die ökologisch bedeutsamsten. Auch dem Laien wird bei einem Blick auf die Landkarte klar, dass die Weser von den drei Flüssen das am wenigsten naturnahe Ästuar ist. Darauf ist schon hingewiesen worden. Wo schon aus Gründen der Gleichbehandlung mit den Niederlanden die Ems von Niedersachsen nicht gemeldet werden musste, was übrigens die Arbeitnehmer der Meyer-Werft in Papenburg und die Parteien in der dortigen Region sehr freut,

(Abg. I m h o f f [CDU]: Das ist hier eine bremische Debatte, keine niedersächsische!)

stellt sich doch für uns die Frage: Muss die ökologisch weniger wertvolle Weser gemeldet werden? Vor dem Hintergrund, dass Niedersachsen mit den Meldungen der Elbe und der Mitmeldung von Teilen der Ästuar an Ems und auch der Weser bereits 80 Pro-

(A) zent der Ästuare gemeldet hat, muss man also feststellen, hier ist insgesamt, auch im Bereich der Weser, repräsentativ gemeldet worden, so dass wir uns von daher gesehen meines Erachtens nicht verpflichtet sehen müssen, hier noch weitere Meldungen vorzunehmen. Es kommt also auf die repräsentative Meldung an, und da ist schon mehr getan worden, als nach Recht und Gesetz notwendig ist.

Wie Sie sehen, Niedersachsen hat repräsentativ gemeldet und sich zu Recht aus ökologischen Gründen für die Meldung des wertvollsten Ästuars, der Elbe, entschieden, die durchgängig unter Herausnahme der stark von Menschen veränderten Uferbereiche gemeldet wurde.

Bleibt die Frage, ob Bremen auch repräsentativ melden muss und kann. Bremen ist gar nicht in der Lage dazu, denn allein bei der Weser gehört Niedersachsen dazu, so dass wir uns das im Grunde genommen nur im Gleichschritt mit den Niedersachsen vorstellen können. Ich glaube auch, dass es in Bremen nicht genügend Flächen gibt, die zu melden sind. In der letzten Sitzung der Bürgerschaft ist auf eine Fläche hingewiesen worden, die vor Bremerhaven liegt. Jetzt wird dort der CT IV gebaut, und es ist die Frage, ob das dann noch eine solche Fläche ist, die hier mit hineingehört.

(B) (Abg. I m h o f f [CDU]: Herr Wedler, kommen Sie doch einmal auf den Punkt!)

Ich komme auf den Punkt! Momentan gibt es nach meiner Kenntnis Vertragsverletzungsverfahren gegen Frankreich wegen der unzureichenden Meldung von drei Flüssen. Sollte sich aus diesen Verfahren, wobei das Urteil in diesem Jahr wohl zu erwarten ist, Handlungsnotwendigkeit für den Senat ergeben, so habe ich keine Zweifel, dass der Senat dann unverzüglich seine notwendigen Schritte einleitet und dann vielleicht sogar Meldungen nachholen wird.

Ich hätte mir gewünscht, wir würden hier heute diskutieren, was wir tun können, um die Außenweservertiefung zügig voranzubringen. Der Containerverkehr nimmt zu, Arbeitsplätze werden gebraucht, da ist es schon schlimm, wenn immer wieder auf die an sich schon hohen ökologischen Standards der EU noch draufgesattelt werden soll. Planverfahren sollen nicht unnötig erschwert und verteuert werden. Wichtig ist, dass die Natureingriffe angemessen ausgeglichen werden und nicht, dass sie unnötig verzögert und verteuert werden durch zusätzliche FFH-Verträglichkeitsprüfungen. Eines ist auch klar, auch ohne Ausweisung als FFH-Gebiet bleibt dieser Lebensraum erhalten, und Eingriffe in die Natur sind auch unabhängig von einer Meldung auszugleichen, deshalb bedarf es hier keiner Schwarzmalerei. Im Falle des CT IV haben wir das wunderbar gesehen und können das nachvollziehen, dass dort die Natureingriffe ausgeglichen werden.

In der Vergangenheit wurde an verschiedenen Stellen gefordert, Ästuare, also Lebensraum für die Finte, um jetzt noch einmal dieses Beispiel zu bringen, einen heringsähnlichen Fisch, auszuweisen, doch wo die Finte lebt, ist bisher noch nirgendwo klargestellt. Es gibt jetzt eine wissenschaftliche Untersuchung, und danach wurde festgestellt, dass dieser Fisch nicht, wie ursprünglich von der Fachwelt gedacht, im Brackwasserbereich laicht. Das beobachtete Laichgebiet liegt zwischen Elsfleth und Blumenthal, das habe ich diesem Gutachten entnommen, einem Bereich, der auf niedersächsischer Seite bereits gemeldet wurde.

Ob weitere Meldungen an der Weser nötig sind, steht sehr in Frage, deshalb begrüße ich alle Ansätze, die Meldungen auf das Notwendigste zu beschränken. Deshalb sollte bei der Meldung der Weser die Linie des Gesamtsenats verfolgt werden, denn Bremen braucht Niedersachsen, gerade auch in diesem Bereich. Wir brauchen auch eine gutnachbarschaftliche Beziehung mit Niedersachsen, und deswegen sollten wir alles tun, damit wir uns in dieser Frage im Gleichschritt mit Niedersachsen bewegen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe das große Vergnügen, für den Senat eine Position darzustellen, die ich im Senat nur bedingt geteilt habe. Ich will aber versuchen, die beiden Positionen, die es im Senat gab, noch einmal darzustellen und zu schildern, wieso der Beschluss am 1. Februar dann entsprechend zustande gekommen ist.

Ich glaube, und das habe ich auch im Senat sehr deutlich gemacht, nach diversen Besuchen und Gesprächen in Brüssel – wo Frau Dr. Mathes mir schon vorgeworfen hat, ich wäre nur dorthin gefahren, um irgendwelche Beamten zu korrumpieren und zu beeinflussen! –, dass, wenn man sich in Brüssel selbst schlau macht, man zu der Auffassung kommen muss, dass es richtig und besser ist, die Weser in diesem Fall als Ästuar anzumelden. Ich sehe auch nicht die Gefahren, meine sehr verehrten Damen und Herren, die hier aufgezählt worden sind.

Wir haben sowohl CT III a, CT IV als auch die letzte Außenweservertiefung bereits nach FFH-Kriterien vorgenommen, und es ist vollkommen klar, dass, wenn man die nächste Außenweservertiefung angeht, auch diese natürlich nur nach FFH-Kriterien vorgenommen werden würde, unabhängig davon, ob das Gebiet bis dahin gemeldet ist oder nicht. Diese Position wird mittlerweile, glaube ich, auch von vielen geteilt.

Nicht geteilt wird sie von der niedersächsischen Landesregierung. Herr Wedler hat ja sozusagen die Position des Hauses Sander hier gerade vorgelesen,

(C)

(D)

(A) meines Kollegen in Niedersachsen. Wahrscheinlich hat mein ehemaliger Mitschüler Magnus Buhler Ihnen das aufgeschrieben, Herr Wedler, der ja nun Pressesprecher bei Herrn Sander ist, den ich über viele Jahre gut kenne und mich immer wundere, wofür plötzlich die niedersächsische Umweltpolitik steht, aber das steht auf einem anderen Blatt Papier.

Es gab also eine Abwägung dessen, ob es Sinn macht, die Meldung mit oder ohne Niedersachsen vorzunehmen. Das war dann in dieser Senatsitzung zu entscheiden, weil uns die Bundesregierung aufgefordert hatte beziehungsweise die EU-Kommission die Bundesregierung aufgefordert hatte, bis zum 31. Januar die Meldung abzugeben. Der Senat hat dann beschlossen, zunächst keine Meldung abzugeben, „zurzeit“ steht in dem Beschluss des Senats, dass man sich aber sehr wohl weiter ansehen will, wie die Entwicklungen sein werden. Man muss auch sicherlich sagen, dass es naturschutzrechtlich keinen Sinn macht, dass nur die Bremer ihre Wesergebiete melden, sondern es macht natürlich insgesamt nur die Weser auch als Gesamtfluss Sinn.

Bei der Frage der möglichen Konsequenzen aus einer Nichtmeldung muss man aber natürlich auch sehen, dass wir dann das Problem gemeinsam mit den Niedersachsen haben. Mittlerweile hat uns die EU-Kommission mitgeteilt beziehungsweise dem Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel, dass man sich noch mit den niedersächsischen Meldungen beschäftigt, weil es offensichtlich den Eindruck gibt, dass nicht nur im Bereich von Niedersachsen die Außenweser nicht korrekt gemeldet wurde, sondern diverse andere Gebiete in Niedersachsen nicht gemeldet worden sind. Nach meinen Informationen gibt es auch ein Gespräch zwischen dem obersten Naturschützer der EU und dem niedersächsischen Staatssekretär am kommenden Freitag in Brüssel, wo man sich auch noch einmal über die fehlenden Meldungen Niedersachsens unterhalten will.

Gleichzeitig wird dem Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel mitgeteilt, dass die Nichtmeldung Bremens, wir haben nämlich gesagt, es mache nur Sinn, dies insgesamt mit den Niedersachsen zu melden, fachlich nicht akzeptiert wird. Dies ist eine sehr freundliche Stellungnahme. Wir müssen dies aber trotzdem ernst nehmen und weiter beobachten. Es wird in Brüssel jetzt so laufen, dass bis zum Mai die Generaldirektion Umwelt eine Bewertung der deutschen Meldungen vornehmen und dann darüber entscheiden wird, ob das bisher eingefrorene Strafverfahren gegen Berlin von Brüssel aus fortgesetzt wird oder nicht.

Der Unterschied, Herr Wedler, zu den Franzosen, zu den drei Flussgebieten, die Sie gerade angesprochen haben, ist der, dass die Franzosen diesen ersten Schritt schon längst vollzogen und dann im Rahmen der notwendigen Einvernehmenserklärung mit den Nationalstaaten diese Flussgebiete wieder zurückgezogen haben. Deshalb lässt sich das französische

Verfahren nicht mit dem deutschen Verfahren vergleichen, in dem wir uns im Moment befinden, da die Franzosen diese erste Stufe bereits vor einigen Jahren übersprungen haben.

Das Thema ist also schwierig. Wir werden sicherlich weiter auch in einem engen Kontakt, Herr Dr. Schuster, mit den Niedersachsen bleiben. Es gab dann eine Entscheidung des Senats, dass man gesagt hat, ohne die Niedersachsen will man eine solche Meldung nicht vornehmen. Man will diese bilateralen Gespräche weiterhin eng führen. Dies muss man dann auch akzeptieren und respektieren, wenn es dort solche Meinungsfindungen gibt. Ich will nur an dieser Stelle sagen, dass wir natürlich aufpassen müssen. Deshalb habe ich die Frage auch in der Umweltdeputation sehr deutlich beantwortet, dass wir nicht plötzlich, nur weil wir auf dem Beifahrersitz sitzen, wegen Tempoüberschreitung die Strafgebühr mit bezahlen müssen, die vielleicht eigentlich dem Fahrer aufs Auge gedrückt wird.

(Abg. B ö d e k e r [CDU]: Nach der Straßenverkehrsordnung nicht!)

Nach der Straßenverkehrsordnung nicht, die EU sieht es in diesem Fall etwas anders! Es ist weiterhin eine Gratwanderung, auf der wir uns dort befinden.

Ich habe auch noch einmal versucht, sehr deutlich zu machen, dass wir dies insgesamt unter Beobachtung halten müssen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Geld können wir ja beim nächsten Nachtragshaushalt einsetzen!)

Das wird im Zweifel vielleicht notwendig sein, Frau Linnert! Ich möchte an dieser Stelle noch einmal sagen, dass wir – –.

(Zuruf des Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich werde diesen Zwischenruf in der nächsten Senatsitzung weitergeben, Herr Dr. Güldner!

Ich glaube, dass wir, wenn ich das abschließend noch sagen darf, natürlich, und das ist die volle Überzeugung, als Senat die notwendigen nächsten Schritte im Bereich Außenweservertiefung sehr ernst nehmen, das ist eine Frage, die hier im Hause unumstritten ist, die auch im Senat unumstritten ist, und dass wir, glaube ich, gemeinsam insgesamt dafür kämpfen müssen, dass dieser Außenweserausbau passiert.

Vor diesem Hintergrund sehe ich auch keine Differenzen zu dieser Frage, die wir gerade diskutiert haben. Auch unsere Behörde wird dies entsprechend positiv begleiten. Wir werden uns für die Außenweservertiefung einsetzen. Wir werden uns weiter für die Maßnahme CT IV einsetzen. Ich glaube aber, dass

(C)

(D)

(A) dies eine weiter notwendige Maßnahme ist, die wir auch im Rahmen der naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen beleuchten müssen.

Ich möchte noch sagen, dass wir auch in enger Abstimmung mit Niedersachsen diese Schritte vornehmen werden und dass wir dann mit den Niedersachsen zusammen sicherlich auch diese wichtigen Infrastrukturprojekte bewegen werden. – Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/525 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Abg. **T i t t m a n n** [DVU] und Abg. **W e d l e r** [FDP])

(B)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Zweites Gesetz zur Änderung des Bremischen Immissionsschutzgesetzes

Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2005
(Drucksache 16/528)

1. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Eckhoff.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist, glaube ich, ein bisschen ungewohnt, dass ich als Erste zu einer Gesetzesänderung rede. Ich glaube aber, es liegt auch ein wenig daran, dass wir hier doch eine Einigkeit erzielt haben. Der zur Debatte stehenden Änderung des Immissionsschutzgesetzes werden wir Grünen zustimmen. Ziel dieses

Gesetzes ist der Schutz der Bevölkerung vor Lärm, und zwar vor solchem Lärm, der im Wesentlichen durch Gartengeräte verursacht wird, und zwar dem Schutz vor Lärm außerhalb von Industrie- und Gewerbegebieten, das heißt in der Regel eben in Wohngebieten. Als Beispiele sind hier Rasenmäher, Laubbläser und Ähnliches zu nennen.

Hintergrund ist der Schutz der Gesundheit vor solchen Geräten, und es ist auch klar, dass insbesondere im städtischen Raum die Lärmbelastung heute zu einer der größten Umweltbelastungen gehört und daher zum Gesundheitsschutz hier auch Regelungen erforderlich sind. Nichtsdestoweniger erhöht es natürlich auch die Lebensqualität. Hierzu nur ein Beispiel: Wenn man gerade, was weiß ich, am Sonntag froh ist, möchte sich einmal in Ruhe in den Garten setzen, sitzt gerade im Liegestuhl, und plötzlich werfen alle Nachbarn rundherum die Rasenmäher an. Das ist dann natürlich eine Situation, die auch am Wochenende keine Erholung ermöglicht.

Solche Lärmbelastungen quasi einzugrenzen dient diese Gesetzesänderung. Wir hatten auch vorher schon Regelungen. Es gab eine Rasenmäherlärmschutzverordnung und diverse andere gesetzliche Festschreibungen in Ortsgesetzen. Das wird jetzt, letztendlich durch EU-Recht angestoßen, durch die Änderung des Immissionsschutzgesetzes vereinheitlicht.

Das Prinzip, das dahinter steht – es war schon durch die Presse gegangen, dass es eine schreckliche Änderung und eine Überbürokratisierung sei, deswegen möchte ich das noch einmal deutlich machen –, ist relativ einfach. Es werden nämlich nur bestimmte Nutzungszeiten erlaubt, und wie sich diese Nutzungszeiten gestalten, ist auch davon abhängig, wie lärmverursachend die Geräte sind und wie umweltschädlich sie in dem Sinne sind, wie viel Schadstoffe sie freisetzen.

Das heißt, diejenigen Geräte, die mit dem EU-Umweltzeichen gekennzeichnet sind, haben geringere Nutzungseinschränkungen als solche Geräte, die besonders laut oder besonders unsinnig sind. Das ist der Hintergrund. Hier muss man feststellen, es gab den Vorschlag vom Ressort, er war aber sehr differenziert und sehr eng angelehnt an die EU-Vorgaben beziehungsweise die dann umgesetzten im nationalen Recht. Wir haben dann, glaube ich, durch ganz konstruktive Zusammenarbeit aller drei Fraktionen erreicht, dass jetzt quasi eine Übersicht, wann man welche Geräte wie nutzen darf, zustande gekommen ist, die auch verständlich ist. Sie basiert auf dem Prinzip, dass schon einmal ganz deutlich keine Nutzung zwischen 19 Uhr und sieben Uhr und in der anderen Zeit zwischen sieben Uhr und 19 Uhr Nutzungen abhängig davon, ob es nun gewerbliche Nutzung ist oder ob eine Kennzeichnung mit dem EU-Umweltzeichen vorhanden ist, stattfinden darf.

Wir Grünen finden es gut, insbesondere weil hiermit natürlich auch ein Wettbewerbsvorteil für lärmarme

(C)

(D)

- (A) Geräte verbunden ist, was hoffentlich dann perspektivisch dazu führt, dass schon allein aufgrund der Technik die Lärmbelastung reduziert wird. Wir hoffen und erwarten jetzt, dass diese Regelungen entsprechend durch den Senator für Bau, Umwelt und Verkehr bekannt gemacht werden, damit sie auch bei der Bevölkerung ankommen. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hoffe, dass Herr Imhoff nicht so viele Sachen sagt, die so problematisch sind, dass ich dann noch einmal etwas sagen muss.

(Heiterkeit)

Ich kann mich den Ausführungen von Frau Mathes weitgehend anschließen. Diese Verordnung wird teilweise ein bisschen ins Lächerliche gezogen, weil auch in der Presse immer so schön der Unterschied zwischen einem Graskanten- und einem Rasenkantenschneider hoch getragen wurde. Der Hintergrund ist schlicht. Es geht nur um die Frage, ob es ein Elektromotor oder ein Benzinmotor ist, was erheblich für die Lautstärke ist. Wir stehen auch dazu, dass in bestimmten Zeiten Lärmschutz favorisiert werden sollte und dementsprechend bestimmte Geräte nicht genutzt werden dürfen.

- (B) Lärm ist gerade im städtischen Bereich eine erhebliche Belastung. Insofern ist das Gesetz sinnvoll, wenn es auch im ersten Moment sehr, sehr bürokratisch anmutet. Das wollte ich nur noch einmal für die SPD-Fraktion unterstreichen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Präsident Weber: Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Imhoff. Er hat sich ordnungsgemäß gemeldet.

Abg. **Imhoff** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Kleen [SPD]: Bauernschlau würde ich sagen!)

Ja, Herr Kleen, das ist das, was Ihnen fehlt!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sprechen hier heute über das Bremische Immissionschutzgesetz, und, Frau Mathes, Sie haben

*) Von Redner nicht überprüft.

Recht, dass wir uns geeinigt haben. Wir mussten uns auch einigen, weil das Bremische Immissionschutzgesetz auf der Zweiunddreißigsten Bundes-Immissionschutzverordnung basiert.

(C)

Mit dieser Gesetzesinitiative ist es natürlich so wie mit vielen Dingen im Leben, der eine oder die andere findet einen Mann oder eine Frau hübsch und die anderen wiederum überhaupt nicht. So ist es auch bei einem Gesetz. Sie finden es sehr gut, und ich finde es eigentlich zu kompliziert. Aber okay! Wir haben Vorgaben, die wir einhalten müssen. So machen wir es auch!

Warum das alles so ist, das möchte ich eben kurz erklären. Bisher war es in Bremen so, dass abends von 19 Uhr bis morgens um sieben Uhr und mittags von 13 Uhr bis 15 Uhr keine hand- und motorbetriebenen Rasenmäher sowie andere motorbetriebene Gartengeräte betrieben werden durften. Ausgenommen waren der Gartenbau und die Landschaftspflege.

Ähnlich war es auch in Bremerhaven. Das war eine eindeutige Regelung, mit der konnten wir, denke ich, auch gut leben. Es wusste jedenfalls jeder, woran er war. Die Zweiunddreißigste Bundes-Immissionschutzverordnung sieht allerdings vor, dass es grundsätzlich keine Mittagsruhe mehr gibt, die wir hier bei uns in Bremen eingeführt hatten und die auch allgemein anerkannt und sehr gut angenommen wurde.

Außerdem ist sie kompliziert, weil sie zwischen den einzelnen Geräten unterscheidet. Das ist das, was wir in langen Sitzungen – alle drei Fraktionen waren dabei – auseinander genommen haben, um eine Liste zu erstellen, um für die Bürgerinnen und Bürger einigermaßen Klarheit zu schaffen.

(D)

Ich will nur einmal ein Beispiel sagen. Sie unterscheidet darin zwischen einem Rasentrimmer und einem Gartentrimmer, oder sie unterscheidet zwischen einem Rasenkantenschneider und einem Graskantenschneider. Doch nicht genug, unterscheidet sie dann noch wieder, ob das Gerät das EU-Umweltzeichen hat oder nicht. Da fragen Sie einmal die Leute, ob sie die einzelnen Unterschiede zwischen Rasen- und Gastrimmer kennen, oder ob Sie vielleicht zu Hause eigentlich alle wissen, ob ihr Gerät das EU-Umweltzeichen hat oder nicht und wo es überhaupt steht, ob es ein Aufkleber ist oder nicht! Das ist schwierig und kompliziert!

Meine Damen und Herren, das sind die geltenden Bundesverordnungen. Wir setzen sie hier um, doch wir ändern das Bremische Immissionschutzgesetz, weil wir unsere guten Gepflogenheiten und die Mittagsruhe nicht aufgeben wollen.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Lärmschutz allgemein sagen! Lärm ist eine immer größer werdende Problematik, auch im Umweltschutz, denn Lärm bedeutet Stress, Lärm bedeutet Gesundheitsbeeinträchtigung. Das ist einfach so, und Sie können

(A) mir glauben, ich selbst habe einen Beruf, in dem ich oft mit Lärm zu tun habe, und wenn man den ganzen Tag das Dröhnen in den Ohren hat, dann ist man abends fertig, selbst wenn man sich körperlich nicht angestrengt hat, das ist einfach so. Deswegen müssen wir uns auch weiterhin um den Lärmschutz kümmern, hier in der Stadt allgemein, und wir werden dort auch wegbegleitend guter Dinge sein und werden weiterhin hier in diesem Haus auch dementsprechend vorangehen. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich nur bei allen Parlamentariern recht herzlich bedanken, die daran mitgearbeitet haben, eine doch in Ansätzen komplizierte EU-Verordnung teilweise über Bundesrecht und Landesrecht, manchmal noch verkompliziert, in den Formulierungen verkleistert, wieder so abzarbeiten, dass es jetzt hoffentlich auch die Menschen in unseren beiden Städten verstehen. Dafür herzlichen Dank! Da haben sich viele engagiert, haben das genau Gerät für Gerät auseinander gefummelt, lieber Frank Imhoff, um das dann auch in eine vernünftige Bahn zu bringen. Ich hoffe, dass es jetzt den

(B)

Menschen nutzt, und für diese Mitarbeit meinen herzlichen Dank im Namen des Senats!

(C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Zweite Gesetz zur Änderung des Bremischen Immissionsschutzgesetzes, Drucksache 16/528, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, dass wir um diese Uhrzeit keinen weiteren Tagesordnungspunkt mehr aufrufen. – Das ist der Fall.

Ich bedanke mich und schließe die Sitzung. Wir sehen uns morgen wieder pünktlich um 10 Uhr.

(Schluss der Sitzung 17.48 Uhr)

(D)

(A)

Anhang zum Plenarprotokoll**Schriftlich vom Senat beantwortete Anfrage aus
der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag)
vom 16. März 2005****Anfrage 11: Übernahme von Anwärtern des All-
gemeinen Justizvollzugsdienstes**

Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele der zurzeit beschäftigten Anwärter für den Allgemeinen Justizvollzugsdienst beabsichtigt der Senat dauerhaft einzustellen?

Zweitens: Welche Zusicherungen hat der Senat gegenüber den Anwärtern im Hinblick auf ihre weitere Beschäftigung nach erfolgreichem Absolvieren der Ausbildung gemacht?

Drittens: Welche Auffassung hat der Senat dazu, dass Anwärter für den Allgemeinen Justizvollzugsdienst genauso gute Aussichten auf dauerhafte Über-

nahme haben müssen wie Anwärter für den Polizeivollzugsdienst?

(C)

Köhler, Frau Linnert und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antwort des Senats:

Zu Frage eins: Die Übernahme geeigneter Auszubildender für den Justizvollzugsdienst genießt für den Senat eine hohe Priorität. Dies gilt in gleichem Maße auch für die Justizfachangestellten, die in diesem Jahr die Prüfung absolvieren. Der Senator für Justiz und Verfassung wird prüfen, inwieweit die Übernahme der Auszubildenden innerhalb der personalwirtschaftlichen Rahmenbedingungen realisiert werden kann.

Zu Frage zwei: Eine Rechtsverpflichtung zur Übernahme der Auszubildenden besteht nicht. Dies ist den Anwärtern bekannt.

Zu Frage drei: Der Senat ist der Auffassung, dass für Anwärter und Auszubildende grundsätzlich gleiche Aussichten auf eine Übernahme bestehen. Je nach personalwirtschaftlicher Ausgangslage können diese differieren. Dies gilt für die Anwärter für den Allgemeinen Justizvollzugsdienst sowie für den Polizeivollzugsdienst.

(B)

(D)